

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 72, Juli 2017



Aus dem Inhalt:

[Bayerischer Janus 2017 an Hans Kratzer \(S. 5\)](#)

[Staatsminister Dr. Spaenle beim Ersten Spatenstich in Bamberg \(S. 6\)](#)

[10. Bayerischer Archivtag in Landshut zur Öffentlichkeitsarbeit \(S. 14\)](#)

[Kolloquium zur Geschichte der Staatlichen Archive in der NS-Zeit \(S. 16\)](#)

Aktuelle Ausstellungen:

1517
**DIE WELT DER PFLEGE
 COBURG
 VOR 500 JAHREN**

Begleitausstellung zur
 Bayerischen Landesausstellung
 „Ritter, Bauern, Lutherner“

**1. JUNI BIS
 5. NOVEMBER
 2017**

Staatsarchiv Coburg
 Herrngasse 11
 Mo–Do 8–16 Uhr
 Fr 8–13.30 Uhr
 Eintritt frei!

Vor genau fünfhundert Jahren veröffentlichte Martin Luther in Wittenberg seine 95 Thesen. Sie beeinflussten den Lauf der Geschichte entscheidend. Es war eine Zeit des Umbruchs und des Aufbruchs. Was uns heute selbstverständlich ist, war für viele damalige Zeitgenossen, gerade die „kleinen“ Leute, eine weit entfernte Sphäre. Die Menschen in einer so kleinen Welt, wie es die Pflege Coburg war, hatten gewiss andere Sorgen. Was beschäftigte die Menschen im südlichsten Teil des Kurfürstentums Sachsen im Jahr 1517? Was lässt sich aus den Dokumenten über den Alltag in den fränkischen Ortlanden zwischen Thüringer Wald und Main vor genau 500 Jahren herauslesen?

Dreizehn Exponate aus den Beständen des Staatsarchivs Coburg, die allesamt aus dem Jahr 1517 stammen, bieten einen spannenden Blick auf das Leben und Leiden der Menschen in Coburg, genau zu der Zeit, als sich 300 Kilometer weiter nördlich in Wittenberg eine neue Epoche ankündigte.

Führungen für Gruppen können kostenfrei gebucht werden unter Tel. 09561-4270711 und E-Mail: alexander.wolz@staco.bayern.de



**Niederbayern
 und die Welt – die
 Grafen von Spreti**

14. Juni bis 15. September 2017
 Eine Ausstellung des Staatsarchivs Landshut

Schlachthofstraße 10, 84034 Landshut
 Mo, Di, Do 8.00 – 16.00 Uhr, Mi 8.00 – 18.00 Uhr, Fr 8.00 – 13.30 Uhr
 (15.6., 15.8. geschlossen) Eintritt frei

Verbundenheit mit der Region und Bewusstsein für historische Traditionen zeichnet die in Niederbayern ansässigen Adelsfamilien seit jeher aus. Aber besonders in der Familie der Grafen von Spreti werden diese Eigenschaften traditionell durch weltläufige Offenheit ergänzt.

Das Staatsarchiv Landshut zählt seit einigen Jahren das Schlossarchiv Kapfing zu seinen wertvollen Beständen. Die Ausstellung will im neuen Archivgebäude deshalb ein kleines Streiflicht auf einzelne Mitglieder der Familie und die Geschichte von Schloss Kapfing und der Region Landshut werfen. Dazu werden bisher unbekannte Originaldokumente aus den Magazinen des Staatsarchivs, aber auch kunsthistorisch bedeutende Objekte und Portraits aus dem Besitz der Familie präsentiert.

Jeweils Mittwoch um 16 Uhr findet eine öffentliche Führung statt. Info unter Tel. 0871/923280

Inhalt

Aktuelles

Bayerischer Janus 2017 geht an Hans Kratzer	5
Staatsminister Dr. Spaenle beim Ersten Spatenstich für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg.....	6
Finanzminister Dr. Söder verkündet Generalsanierung des Staatsarchivs Nürnberg	8
Amtswechsel im Staatsarchiv Würzburg	8
Staatsarchiv Coburg unter neuer Leitung	10
Generaldirektion in Kompetenzverbund Historische Wissenschaften München aufgenommen.....	11
Kooperationsvereinbarung mit dem USHMM unterzeichnet.....	11
Studiengruppe aus Lothringen besucht das Kriegsarchiv	12

Tagungen

10. Bayerischer Archivtag widmet sich der Öffentlichkeitsarbeit der Archive.....	14
Neue Stiftung zur Erforschung der Geschichte Mittelfrankens	14
Dreitägiges Kolloquium beschäftigt sich mit der Geschichte der Staatlichen Archive in der NS-Zeit	16
Rat für Informationsinfrastrukturen tagte in München.....	20
Berichte aus der Praxis digitaler Archivierung – die Fachtagung „Kreative digitale Ablagen und die Archive“	21
Die Topothek – das lokale Online-Archiv	21
Das 12. Bayerisch-Schwäbische Archivarstreffen in Augsburg.....	23
Tagung „Kaiser und Stadt“ zum 700. Geburtstag Karls IV. im Staatsarchiv Nürnberg	24
26. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest	25

Veranstaltungen

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv beteiligt sich am gemeinsamen Tag der offenen Tür von Staatskanzlei, Landtag und Verfassungsgerichtshof.....	26
Schadensbilder, Prävention, Handling – Workshop zur Bestandserhaltung mit der Staatlichen Graphischen Sammlung	28
Fortbildungsveranstaltung: Migrationsgeschichte im Spiegel der Archive.....	29
Aktivitäten der „Freunde und Förderer des Hauptstaatsarchivs e.V.“ im Jahre 2016.....	29
Neubau des Staatsarchivs Landshut als Besuchermagnet	30
IHK Niederbayern tagt im Staatsarchiv Landshut.....	32
Staatsarchiv Würzburg beteiligt sich an Feierlichkeiten zum 200-jährigen Bestehen der Regierung von Unterfranken	32

Archivpflege

Oberpfälzer Archivpflegertagung zu digitaler Archivierung und zu Schülerunterlagen	34
Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg	35
Kommunen im Landkreis Coburg zum Archivpflegetreffen eingeladen.....	36
Treffen der niederbayerischen Archivare und Archivpfleger im neuen Staatsarchiv Landshut	36
Archivpflegertagung im Staatsarchiv München	36
In Mittelfranken sind alle Sprengel in der Archivpflege wieder besetzt.....	38

Schriftgutverwaltung

Schwäbische Registratoren zu Gast im Staatsarchiv Augsburg	39
Registratorenfortbildung der niederbayerischen Landratsämter	40

Bestände

<i>Bayerisches Hauptstaatsarchiv</i>	
Siegelmagie im schriftarmen frühen Mittelalter? Menschenhaare in Siegeln der frühen Karolingerzeit nachgewiesen.....	41
Typarsammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erfasst.....	42
Amtsbücher und Akten aus dem Regierungsarchiv Heitersheim des Malteserordens zusammengeführt.....	43
Zahlreiche neue Akten zur Entschädigung von NS-Unrecht archiviert....	44
Verzeichnung der Überlieferung bayerischer Kommandostellen zum Ersten Weltkrieg macht Fortschritte	46
Lagerung und Benützbarkeit der Reichswehr-Überlieferung entscheidend verbessert.....	47
Neue Online-Findmittel der Abteilung V.....	50
Hochkarätige Nachlieferung für das Familienarchiv Schrenck von Notzing	50
Nachlass der Sozialpolitikerin Marielies Schleicher (1901–1996) übernommen	51
Das Grundgesetz im Faksimile	51
München – die „Krone der deutschen Städte“	52
Die Büste von Friedrich Joseph Maria Rehse in der Abteilung V	53
Neue Findbücher zum Verbandschriftgut	54
Der Nachlass des sudetendeutschen Politikers und Aktivisten Franz Jesser – eine ideengeschichtliche Perspektive	59
<i>Staatsarchiv Augsburg</i>	
Grenzziehung mit Holzklötzen	61
<i>Staatsarchiv Coburg</i>	
Neuer Bestand „Bienenzuchtverein“ erschlossen	61

Staatsarchiv Landshut

Landespolizeikommandos Landshut, Passau und Straubing neu verzeichnet.....62

Staatsarchiv Nürnberg

Mindestens ein Drittel weniger am Fach – Erfolgreiche Ausdünnung und Kassation von Bauakten im Staatsarchiv Nürnberg62

Staatsarchiv Würzburg

Die Akten der Gestapostelle Würzburg – Ein Ausnahmebestand zum nationalsozialistischen Unterdrückungsstaat und seine Erhaltung....64

Bestandserhaltung

Bayerisch-baden-württembergische Zusammenarbeit: Intensivkurs zur Tintenfraßbehandlung66

Bestand „Kraftfahr- und Fliegertruppen (WK)“ des Kriegsarchivs konservatorisch behandelt.....68

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung im Jahre 2016.....70

Notfallplanung

„Land unter“ im Archiv der Freiherren Zobel zu Giebelstadt72

Notfallverbund Augsburg probt den Ernstfall.....74

Archivbau

Besucherrekord beim neueröffneten Magazinbau des Staatsarchivs Augsburg.....76

Ausstellungen

Eröffnung der Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“77

Zur Ausstellung „1914–1918: Der Krieg und die Frauen“78

Neue Grenzen für Bayern – Ausstellung zum „Münchner Vertrag“ von 1816 und seinen Auswirkungen80

700 Jahre Reichsstadt Augsburg!? – Eine kleine Ausstellung des Staatsarchivs und des Stadtarchivs Augsburg81

Wanderausstellung „Ma Tovu ...“ „Wie Schön sind deine Zelte, Jakob ...“ Synagogen in Schwaben“ im Staatsarchiv Augsburg82

Wanderausstellung „Schuld und Sühne?“ im Labertal.....83

Archivschule

Berufsstart für zehn Referendarinnen und Referendare85

Die Frankenfahrt des Referendarkurses der Archivschule85

Studienfahrt des Referendarkurses nach Berlin87

Personalia

Ltd. Archivdirektor a.D. Dr. Günther Schuhmann im Alter von 96 Jahren verstorben.....89

Archivdirektor Dr. Joachim Lauchs verstorben.....90

Dr. Reinhard Seitz für sein Lebenswerk ausgezeichnet91

Direktor des Hauptstaatsarchivs neues Mitglied der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.....92

Neuwahl des Vorstands der Societas Amicorum im Staatsarchiv Augsburg.....92

Neue Veröffentlichungen93

Impressum.....95

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ..95

Aktuelles

Bayerischer Janus 2017 geht an Hans Kratzer

Am Vorabend des 10. Bayerischen Archivtags in Landshut wurde am 17. März 2017 der „Bayerische Janus“ in feierlichem Rahmen verliehen. Der Preis, der alle zwei Jahre durch den Bayerischen Archivtag vergeben wird, soll die Verdienste einer Person für das bayerische Archivwesen anerkennen. Dieses Jahr wurde Hans Kratzer, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung, für seine Beiträge zur öffentlichen Wahrnehmung der bayerischen Archive ausgezeichnet.

Bürgermeister Erwin Schneck zeigte sich erfreut, dass der Preis im geschichtsträchtigen Rathausprunksaal der Stadt Landshut verliehen wurde. Dieses Jahr werde die Landshuter Hochzeit zum 41. Mal gefeiert, ein Ereignis, das ohne Studium archivischer Quellen nicht nachvollzogen werden könne. Alle Landshuter seien bereits letztes Jahr mit dem Thema Archive konfrontiert worden; der damals eingeweihte Neubau des Staatsarchivs Landshuts habe für großes Interesse gesorgt. Gegenwärtige Entwicklungen wie das schnelle



V.l.n.r.: Bürgermeister Erwin Schneck, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Michael Stephan, Hans Kratzer, Staatssekretär Bernd Sibler, MdL, Gerhard Tausche (Foto: Christine Vincon)

Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, begrüßte die anwesenden Gäste und den Preisträger. Der Bayerische Janus als Auszeichnung für die Erhaltung des kulturellen Erbes wurde bisher an Personen verliehen, die sich für die Einrichtung und Ausstattung von Archiven verdient gemacht haben. Dieses Jahr werde er zum ersten Mal an einen Journalisten verliehen. Der Preisträger Hans Kratzer habe die Archive bei seiner Tätigkeit seit Jahren im Blick und sich um die öffentliche Wahrnehmung bayerischer Archive verdient gemacht. Dr. Ksoll-Marcon bedankte sich bei der Stadt Landshut für die Einladung und die Gastfreundschaft und bei der Bayerischen Einigung für die finanzielle Unterstützung zum Bayerischen Janus 2017.

Wachstum Landshuts in den letzten Jahren würden in den Archiven für die kommenden Generationen abgebildet und damit Teil der langen Stadtgeschichte.

Im Anschluss überreichte Bernd Sibler, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, in Vertretung von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, den „Bayerischen Janus“ an Hans Kratzer. In seiner Laudatio würdigte Staatssekretär Sibler Kratzers Berichterstattungen, in denen sich Archive, Archivquellen und der Alltag der Archivarbeit widerspiegeln, als „Lobbyarbeit“ für die Belange des bayerischen Archivwesens. So habe Kratzer in jüngerer Zeit archivische Ausstellungen, die Gründung von Notfallverbänden, die Bedrohung historischer Dokumente

durch Papierzerfall und auch das wissenschaftliche Kolloquium über Archive in der NS-Zeit in der Süddeutschen Zeitung thematisiert. Besonders Kratzers Berichterstattungen über Bayerns Phänomene hob Sibler hervor. So habe sein Artikel über den letzten Brief Ludwigs II. den Mythos um dessen Tod auf ein historisches Fundament gesetzt.

Hans Kratzer zeigte sich in seiner Dankesrede erfreut über die Ehrung; ein Lob aus heiterem Himmel käme heute, da Pressevertreter regelmäßig mit Vorwürfen wie „Lügenpresse“ oder „Fake News“ konfrontiert würden, nicht häufig vor. Er sprach den Archivarinnen und Archivaren ein großes Kompliment für deren Hilfsbereitschaft aus, auch wenn journalistische und archivische Arbeit grundsätzlich anders getaktet seien. Er berichtete von der Arbeitsweise des Medienarchivs der Süddeutschen Zeitung, das die weltweite Berichterstattung auswerte und den Redakteuren innerhalb kürzester Zeit Informationen aus hunderttausenden Dossiers recherchieren und vorlegen müsste. Er riet den Archiven, sich nicht zu bescheiden zu geben und ihre Schätze, unter denen sich so mancher für einen „Scoop“, einen aufsehenerregenden Exklusivbericht, eignen würde, zu zeigen. Als Beispiel führte er den letztes Jahr entdeckten Brief Ludwigs II. auf, den dieser kurz vor seinem Tode verfasst hat, auf den er in einer für ihn eher entlegenen Publikation, den „Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns“, gestoßen sei. Solche „Funde“ müssten die Archive für sich reklamieren und öffentlichkeitswirksam präsentieren. Zum Schluss regte er an, besonders junge Menschen und Schulklassen einzuladen und aufzuzeigen, was Stadt und Geschichte geprägt hat. Das Archiv solle für alle Bürger ein offener, leicht zu erreichender Ort sein.

Alsdann stellte der Künstler Jakob Wiener von der traditionsreichen Keramikschule Landshut die von ihm geschaffene Plastik „Bayerischer Janus 2017“ vor. Im Gegensatz zur glänzenden Oscar-Statue habe der Janus eine matte Oberfläche, um die Ernsthaftigkeit der Arbeit der Archive darzustellen. Auf der einen Seite sind Buchstaben, auf der anderen Seite der für elektronische Informationen stehende Binärcode aus Nullen und Einsen eingearbeitet – zwei Generationen verfestigten Wissens.

Die musikalische Umrahmung der Preisverleihung zeigte dieses Mal ein modernes Gesicht: „LOVE“, „East of the sun“ und „Sunny“, wohlklingend interpretiert von Patricia Römer (Gesang), Rene Haderer (Bass) und Leonhard Kuhn (Gitarre), sorgten für spannende, zeitlose Momente. Im Anschluss lud die Stadt Landshut zu einem großzügigen Empfang ein,

in dessen Rahmen der Preisträger und die Gäste einen geselligen Informationsaustausch pflegen konnten.

Andreas Nestl

Staatsminister Dr. Spaenle beim Ersten Spatenstich für den Erweiterungsbau des Staatsarchivs Bamberg

Als eine der „bedeutendsten kulturellen Einrichtungen in Nordbayern“ würdigte der Bayerische Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, MdL, in seiner Festrede das Staatsarchiv Bamberg. Gemeinsam mit ca. 80 weiteren Personen des öffentlichen Lebens war er am Montag, dem 17. Oktober 2016, angereist, um den Ersten Spatenstich für den Erweiterungsbau im Bamberger Hainviertel feierlich auszuführen.

Die Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, konnte als weitere bayerische Spitzenpolitiker die Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, MdL, die Landtagsabgeordnete Heinrich Rudrof, MdL, und Hans Herold, MdL, sowie den ehemaligen Landtagspräsidenten Johann Böhm, jetzigen Vorsitzenden des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege und Vorstand der Sudetendeutschen Stiftung, begrüßen. Sie freute sich, dass durch die Unterstützung aus den Reihen der Politik nun schon das dritte Bauvorhaben der Staatlichen Archive Bayerns innerhalb kurzer Zeit angegangen werden kann. Im Sommer 2016 konnten bereits der Neubau des Staatsarchivs Landshut sowie ein Magazinbau in Augsburg eingeweiht werden.

Die hohe Bedeutung, die auch Vertreter oberfränkischer Behörden dem für sie zuständigen Staatsarchiv Bamberg zuerkennen, zeigte ihre zahlreiche Anwesenheit. Allen voran sind hier die Regierungspräsidentin von Oberfranken, Heidrun Piwernetz, der Bamberger Landrat Johann Kalb sowie der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg, Clemens Lückemann, zu nennen. Auch Bambergs Zweiter Bürgermeister Dr. Christian Lange und der Präsident der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Dr. Godehard Ruppert, Preisträger des Bayerischen Janus 2015 für seinen Einsatz für das Universitätsarchiv, sowie Repräsentanten der Kirchen und sämtlicher Archivsparten nahmen an der Feierstunde im Lesesaal des Staatsarchivs teil.

Das Hauptgebäude des Staatsarchivs Bamberg wurde zwischen 1902 und 1905 im neobarocken Stil nach dem Vorbild der Schlossbauten Balthasar Neumanns errichtet. Es galt damals als moderner Archivzweckbau und spiegelt mit seinen hohen, lichtdurchfluteten



V.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Heinrich Rudrof, MdL, Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Staatsministerin Melanie Huml, MdL, 2. Bürgermeister Dr. Christian Lange, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz
(Foto: Reinhold Schäffer, Staatsarchiv Bamberg)

Räumen die Bedürfnisse der Zeit um die Jahrhundertwende wider. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Magazinkapazitäten knapp wurden, entstand in den Jahren 1959/61 ein den damaligen Anforderungen entsprechender erster Magazinbau. Auch dessen Reserven sind bereits seit vielen Jahren erschöpft, umfasst das Staatsarchiv Bamberg doch mittlerweile insgesamt rund 25 Kilometer Archivgut, bei einem jährlichen Zuwachs von ca. 300 laufenden Metern. Archivalien müssen daher seit längerem an zwei externe Lagerorte ausgelagert werden. Die nun begonnene dritte Baumaßnahme an dem Gebäudekomplex in der Bamberger Hainstraße, die Dank des vorhandenen Grundstücks möglich war, ist somit dringend erforderlich. 2005 wurde dazu ein Bauantrag gestellt. Im August 2014 erging der Planungsauftrag, woraufhin das Vorhaben rasch angegangen und vorangetrieben wurde.

Dr. Ksoll-Marcon dankte den dafür zuständigen Vertretern der Obersten Baubehörde, Ministerialrat Muschialik und seinem Amtsvorgänger Ministerialrat i.R. Bauer, sowie dem Leiter des Staatlichen Bauamts Bamberg, Jürgen König, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Außerdem galt ihr Dank dem Architekturbüro Peter W. Schmidt in Pforzheim, das bei

einem Architektenwettbewerb 2015 den Zuschlag erhielt, den anwesenden Vertretern der Ingenieurbüros und ihrem Baureferenten Dr. Christian Kruse.

Anschließend trat Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle an das Rednerpult und würdigte in seiner Festansprache die Staatlichen Archive Bayerns als das kollektive Gedächtnis von Staat und Gesellschaft. Sie bewahren deren kulturelles Erbe und tragen zugleich zur Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips bei, indem sie das Verwaltungshandeln nachvollziehbar machen. Deshalb finanziere der Freistaat nicht nur die Errichtung moderner Magazine, sondern auch den Aufbau eines Digitalen Archivs, um sie für den Weg in das digitale Zeitalter auszustatten. Dem Staatsarchiv Bamberg, das Unterlagen aus gut 1200 Jahren verwahrt, komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der geplante Erweiterungsbau wurde schließlich vom Leiter des Staatlichen Bauamts Bamberg, Jürgen König, vorgestellt. Er betonte die hohen Anforderungen an einen Magazinbau, der bestimmten statischen, klimatischen und sicherheitstechnischen Vorgaben entsprechen und möglichst viel Lagerfläche bieten muss. Insbesondere die Fassadengestaltung erweise sich als schwierig, da diese aus den genannten Gründen einen auf den ersten Blick abwehrenden Charak-

ter erhalte, sich zugleich jedoch in das Gebäudeensemble des um die Jahrhundertwende als Villengegend entstandenen Hainviertels einpassen sollte. Der Entwurf des Architektenbüros Peter W. Schmidt erfülle diese Ansprüche und biete auf sechs Stockwerken und insgesamt 3.500 Quadratmetern Platz für insgesamt 27 Kilometer Regalböden, auf denen knapp 19 laufende Kilometer Archivalien gelagert werden können. Damit wird mindestens für die kommenden 25 Jahre ausreichend Platz geschaffen. Außerdem enthält das Gebäude Arbeitsräume und einen speziell klimatisierten Raum für besondere Bestände. Die Kosten belaufen sich auf ca. neun Millionen Euro.

Im Anschluss an den Spatenstich auf dem Neubaugrundstück fand ein Empfang statt, bei dem die Gäste Gelegenheit hatten, ins Gespräch zu kommen und sich weiter über den Planungsstand zu informieren.

Hannah Hien

Finanzminister Dr. Söder verkündet Generalsanierung des Staatsarchivs Nürnberg

Bei seiner Eröffnung im Jahr 1880 galt das Kreisarchiv und spätere Staatsarchiv Nürnberg als einer der modernsten derartigen Zweckbauten Europas. Das in der Ära König Ludwigs II. im Stil der Neorenaissance errichtete Gebäude diente deshalb auch als Vorbild für das Staatliche Archiv des Russischen Imperiums, das 1886 unter Zar Alexander III. in Moskau eingeweiht wurde.

Der älteste reine Archivzweckbau Bayerns wurde jedoch am Ende des Zweiten Weltkriegs schwer beschädigt, nachdem vor allem der Ostflügel durch einen Bombenvolltreffer zerstört worden war. Wie sich nach jüngeren statischen Untersuchungen plötzlich herausstellte, waren die im Zuge des Wiederaufbaus in den Jahren 1946 bis 1954 eingezogenen Betondecken wegen Korrosion der Baustähle nicht mehr voll tragfähig. Abgesehen von logistisch unzulänglichen Standards entspricht auch die Unterbringung der ca. 23.000 Laufmeter Archivalien nicht mehr den heute üblichen Lagerbedingungen. Das ebenfalls unter Denkmalschutz stehende Verwaltungsgebäude nördlich des Magazins diente ursprünglich als Wohnhaus für Mitarbeiter, bis es seit 1952 sukzessive mit Lesesaal, Repertorienzimmer und Fotowerkstatt ausgebaut und umfunktioniert wurde. Eine Generalsanierung und Erweiterung des Staatsarchivs Nürnberg war deshalb überfällig, wozu das Staatliche Bauamt Erlangen-Nürnberg erste Planungen vorbereitet hatte.

Bei einem Besuch am Freitag, dem 2. September 2016, verkündete schließlich der Bayerische Staats-

minister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder, MdL, die Sanierung und Erweiterung des Staatsarchivs Nürnberg. Anlässlich der Planungsfreigabe für das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst rechnet Staatsminister Dr. Söder mit Kosten von rund 48 Millionen Euro. Allein für die Sanierung des Magazinegebäudes und des bestehenden Verwaltungsgebäudes werden 42,4 Millionen Euro veranschlagt. Für weitere 4,6 Millionen Euro wird angrenzend an die östlich gelegene Pilotystraße ein Besucherzentrum mit großem Lesesaal, Ausstellungsfläche, Seminarraum usw. errichtet. Dr. Markus Söder äußerte gegenüber den anwesenden Medien, dass das „historisch wertvolle Archivgut ein modernes, zukunftsfähiges und benutzerfreundliches Zuhause erhält. Die generationenübergreifende Bedeutung eines sorgfältig und mit viel Mühe gepflegten Archivs ist für uns und für unsere Kinder und Nachfahren nicht zu unterschätzen“.

Das Staatsarchiv Nürnberg steht wegen der für das Jahr 2018 geplanten vollständigen Räumung des Standorts vor einer großen logistischen Herausforderung. Das Archivgut im Umfang von 23 Laufkilometern wird innerhalb Nürnbergs in das Landeskirchliche Archiv der ELKB, außerdem an die Außenstelle Lichtenau und an die Staatsarchive Augsburg und Landshut ausgelagert; abgesehen von geringfügigen Einschränkungen werden die Archivalien benutzbar bleiben. Für die Baumaßnahme wird ein Zeitraum von etwa drei bis vier Jahren veranschlagt.

Peter Fleischmann

Amtswechsel im Staatsarchiv Würzburg

Am 28. November 2016 wurde Leitender Archivdirektor Dr. Werner Wagenhöfer offiziell in den Ruhestand verabschiedet und sein Nachfolger Archivober- rat Dr. Klaus Rupprecht, der bereits seit 1. November die Leitung des Staatsarchivs Würzburg innehatte, in sein Amt eingeführt. Über 150 geladene Gäste nahmen an dem Festakt im Kaisersaal der Würzburger Residenz teil.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der auch anlässlich der 250-Jahr-Feier des Staatsarchivs in der Residenz die enge Verbindung zwischen Staatsarchiv und Regierung in einem Grußwort betont hatte, bedankte sich bei dem scheidenden Amtschef für das gute Miteinander. Er wünschte dem neuen Leiter des Staatsarchivs „gutes Gelingen für [die] Aufgabe das Kulturgut, ..., auf Dauer zu erhalten und zu erschließen, damit wir uns mit unserer Vergangenheit immer wieder auseinandersetzen können und so gleichsam

‚eintauchen‘ können in die geschichtliche Prägung der Strukturen des Zusammenlebens in unserem Land“. Dr. Beinhofer führte als Beispiel für die kollegiale Zusammenarbeit im Verwaltungsalltag die Abgabe von Verwaltungsakten an das Staatsarchiv an – die Regierung sei der „wichtigste Lieferant“. Ebenso arbeiteten die Regierung und das Staatsarchiv in kultureller und historischer Hinsicht eng zusammen, beispielsweise bei der Wanderausstellung „Vom neuen zum modernen Bayern“, für die das Staatsarchiv das Modul „Land mit Charakter: Unterfranken“ hinzugefügt hatte, und bei der Ausstellung „200 Jahre

Bestand „Mainzer Urkunden Weltlicher Schrank“ abschließen. Daneben verdient der große Bereich der Beständebereinigung Erwähnung, im Allgemeinen ebenso wie bei der Verzeichnung der Fuldaer und Würzburger Überlieferung. Zwei neue große Aufgabenbereiche wurden in den letzten Dienstjahren angegangen: die Entsäuerung von Akten – beginnend mit der Überlieferung der Gestapo-Akten – und die Digitalisierung von Findmitteln und Archivalien. In die Amtszeit Dr. Wagenhöfers fiel die Beteiligung an der Würzburger „Langen Nacht der Residenz“, die mit jeweils einigen hundert Besuchern sehr erfolgreich war. Dr. Wagenhöfer bedauerte in seiner Abschieds-



V.l.n.r.: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Dr. Klaus Rupprecht, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Dr. Werner Wagenhöfer
(Fotos: Erwin Jäcklein, Staatsarchiv Würzburg)

Regierung von Unterfranken“, die im Frühjahr 2017 zu sehen sein wird.

Dr. Werner Wagenhöfer leitete das Staatsarchiv Würzburg seit dem 1. Januar 2000. Er konnte damit auf beachtliche 16 Dienstjahre als Leiter zurückblicken. Dr. Wagenhöfer war mit großer Begeisterung Archivar. Wiederholt wurde seine „ausgesprochene Freude“ an der Arbeit herausgestellt. Arbeitsschwerpunkte waren während seiner Amtszeit u.a. die Rekonstruktion und Erschließung der Mainzer Bestände, Aufgaben, denen sich Dr. Wagenhöfer, sofern es seine Zeit erlaubte, selbst annahm. So konnte er den

rede zutiefst die Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen.

Archivoberrat Dr. Klaus Rupprecht, der an der Universität Bamberg Geschichte, Anglistik und Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien studiert hatte, besuchte von 1993 bis 1996 den Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule in München. Sein beruflicher Werdegang führte ihn über das Bayerische Hauptstaatsarchiv an das Staatsarchiv Bamberg und seit dem 1. November 2016 an das Staatsarchiv Würzburg. Neben einer großen Hilfsbereitschaft zeichnet sich Dr. Rupprecht

durch eine zupackende, zielgerichtete Arbeitsweise aus. In seinen Händen liegt die Vorbereitung des Umzugs nach Kitzingen, dann der Umzug selbst und die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Bauamt Würzburg und der Generaldirektion bei den Neubauplanungen für ein Staatsarchiv in Kitzingen, die im Jahr 2017 beginnen werden.

Dr. Rupprecht betonte in seiner Antrittsrede seine langen persönlichen Verbindungen zu Würzburg. Er sei nach wie vor vom Beruf des Archivars fasziniert und freue sich darüber, seine langjährigen Erfahrungen in allen archivfachlichen Bereichen nun in die Leitungsaufgabe einbringen zu können. Dr. Rupprecht sieht das Staatsarchiv Würzburg als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger und als wichtiges Glied im Netzwerk der Kultur- und Bildungseinrichtungen in



der Stadt Würzburg sowie im gesamten Regierungsbezirk Unterfranken.

Große Begeisterung fanden Katharina Jungwirt (Violine) und Richard Darian (Gitarre) mit ihrer musikalischen Umrahmung des Festakts; sie spielten Werke von Kreisler, Paganini und Ravel. Der anschließende Empfang in den Räumen des Staatsarchivs Würzburg, das sich seit 252 Jahren in der Würzburger Residenz befindet, bot Gelegenheit zum Gespräch und zum Kennenlernen des neuen Amtsleiters.

Margit Ksoll-Marcon

Staatsarchiv Coburg unter neuer Leitung

Am 31. Januar 2017 wurde Archivrat Dr. Alexander Wolz als neuer Leiter des Staatsarchivs Coburg in sein Amt eingeführt und sein Vorgänger, Archivrat Johannes Haslauer M.A., von seiner bisherigen Aufgabe verabschiedet. Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden und Gerichten, der Hochschule und der Schulen, der Stadt Coburg, der Bibliotheken, der Vereine und Verbände sowie Kollegen aus dem benachbarten Thüringen wohnten dem Amtswechsel bei. Begrüßt werden konnten auch die früheren Amtslei-

ter Archivdirektor a.D. Dr. Rainer Hambrecht, Leiter des Staatsarchivs Coburg vom 1. August 1982 bis 31. Dezember 1999, und Horst Gehringer, jetziger Leiter des Stadtarchivs Bamberg. Unter Dr. Hambrecht wurden die jetzigen Räumlichkeiten, das adaptierte Zeughaus, 1990 bezogen.

Als Herr Haslauer 2013 die Leitung des Staatsarchivs übernahm, stand fest, dass er nicht auf Dauer in Coburg bleiben würde. Wann jedoch ein Wechsel eintreten würde, war offen. Mit der Übernahme der Leitung des Staatsarchivs Würzburg durch Archivoberrat Dr. Klaus Rupprecht war im Staatsarchiv Bamberg die Stellvertreterstelle freigeworden. Archivrat Haslauer wurde mit Wirkung vom 20. Dezember 2016 an das Staatsarchiv Bamberg versetzt und zum stellvertretenden Amtsvorstand bestellt.

Herr Haslauer, der als gebürtiger Münchner rasch die Coburger von sich überzeugen konnte, nahm sich von Anfang an mit großem Engagement der Aufgaben des Staatsarchivs an. Arbeitsschwerpunkte waren vor



Johannes Haslauer M.A. und Dr. Alexander Wolz
(Foto: Rainer Grimm, Staatsarchiv Coburg)

allem die Entsäuerung von Spruchkammerakten, gut besuchte Ausstellungen und in diesem Kontext die Zusammenarbeit mit anderen Kultureinrichtungen in der Stadt und die Konzeptionierung der Umbaumaßnahmen der Verwaltungsräume des Staatsarchivs. In seinen Abschiedsworten betonte er, wie wohl er sich in Coburg gefühlt und dass er es nicht bereut habe, sich um die Leitung dieses Archivs beworben zu haben.

Dr. Alexander Wolz, geboren in Dettelbach, Landkreis Kitzingen, besuchte das Gymnasium in Kitzingen. Nach dem Besuch der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Hof studierte Herr Wolz Geschichte, Volkskunde, Kulturgeographie und Politische Wissenschaften. Seine Magisterarbeit hatte zum Thema „Die Stadt Kitzingen und der Aufstieg des Nationalsozialismus“ – eine Fallstudie über die NS-Machtergreifung 1933/34. In seiner Promotion untersuchte er „Die Rheinlandkrise 1936. Das Auswärtige Amt und die Locarnopolitik in der Anfangsphase des Dritten Reiches 1933–1936“. Dr. Wolz war Lehrbeauftragter an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Beschäftigter am Stadtarchiv Lohr am Main.

Von 2014 bis 2016 besuchte Dr. Wolz an der Bayerischen Archivschule den Vorbereitungsdienst für den Einstieg in der 4. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen, den er mit dem Staatsexamen im Dezember 2016 abschloss. Dr. Wolz skizzierte in seiner Rede seine künftigen Arbeitsschwerpunkte und hob hervor, wie sehr er sich auf die neue Aufgabe freue.

Oberbürgermeister Norbert Tessmer betonte in seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv, insbesondere mit Herrn Haslauer, den er gerne noch länger in Coburg gesehen hätte und bei dem er sich für das große Engagement bedankte, und er wünschte dem neuen Amtschef Herrn Dr. Wolz für seine künftige Aufgabe alles Gute.

Margit Ksoll-Marcon

Generaldirektion in Kompetenzverbund Historische Wissenschaften München aufgenommen

München ist seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der Geschichtswissenschaft. Um die Bedeutung Münchens zu unterstreichen, schlossen sich 2014 die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Bayerische Akademie der Wissenschaften, die Monumenta

Germaniae Historica, das Collegium Carolinum, das Historische Kolleg und die Bayerische Staatsbibliothek zu einem Kompetenzverbund Historische Wissenschaften München zusammen. Vorsitzender des Kompetenzverbunds ist der 1. Vorsitzende des Collegium Carolinum Prof. Dr. Martin Schulze-Wessel. Assoziierte Partner des Kompetenzverbunds sind die Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München und das Institut für Zeitgeschichte. Die intensive Kooperation dieser Einrichtungen hat u.a. zum Ziel, den Geschichtswissenschaftsstandort München zu stärken und sichtbar zu machen, beispielsweise durch öffentliche Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Vorträge und Sommerschulen. Gleichzeitig sollen die Bedingungen für die außeruniversitäre Forschung in München verbessert und die von den Mitgliedern erbrachten Leistungen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Bereits im Februar 2015 beschloss die Direktorinrunde des Kompetenzverbundes die Aufnahme der Generaldirektorin der Staatlichen Archive in die Direktorinrunde des Kompetenzverbundes qua Amt. Mit Vertragszusatz vom 13. Dezember 2016 wurde die Generaldirektion zusammen mit dem Deutschen Museum als Kooperationspartner in den Kompetenzverbund aufgenommen. Die Generaldirektion ist in den Arbeitsgruppen digitale Geisteswissenschaften und Öffentlichkeitsarbeit des Kompetenzverbunds vertreten.

Margit Ksoll-Marcon

Kooperationsvereinbarung mit dem USHMM unterzeichnet

Vornehmliche Aufgabe des United States Holocaust Memorial Museums (USHMM) ist es, den Bürgerinnen und Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika und Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt Kenntnisse über den Holocaust zu vermitteln und nahezubringen und das Gedenken an diejenigen zu bewahren, die den Holocaust erlitten haben. Zu diesem Zweck sammelt das Museum Unterlagen über die Geschichte der Juden unter der NS-Herrschaft, die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung und die juristische Aufarbeitung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an Opfern jüdischer Herkunft und anderer Opfergruppen.

Die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unterstützt ausdrücklich die Zielsetzung des Museums. Die Staatlichen Archive Bayerns verwahren umfangreiche Unterlagen, die einzigartige Einblicke in das Schicksal der Opfer des nationalsozialistischen



V.l.n.r.: Paul Shapiro, Dr. Radu Ioanid, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Dr. Ludwig Spaenle, MdL, präsentieren die unterzeichnete Vereinbarung (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Gewaltregimes erlauben. Beispielhaft zu nennen wären etwa die Akten der Gestapo Würzburg oder die Entziehungs- und die Steuerakten der rassistisch, religiös und politisch Verfolgten. Diese Bestände sind auch zentrale Mosaiksteine für die Erforschung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, die schließlich in dem beispiellosen Holocaust gipfelte.

Daher unterzeichneten am 5. Dezember 2016 Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Dr. Radu Ioanid, Director of International Archival Program des United States Holocaust Memorial Museums, und die Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon im Beisein von Herrn Konsul Anthony Miranda und Paul Shapiro, Director of International Affairs des United States Holocaust Memorial Museums, eine Vereinbarung, die die Kooperation dieser Gedächtnisinstitute auf eine neue Grundlage stellen und intensivieren soll. Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle sprach von einem wichtigen Schritt für die Erinnerungs- und die Versöhnungsarbeit. Nur bei einer intensiven Auseinandersetzung mit den schrecklichen Vorgängen des NS-Regimes, so Staatsminister Dr. Spaenle, wachse die Bereitschaft, sich gegen ein Neuaufleben dieser menschenfeindlichen Ideologie zu engagieren. Paul Shapiro zeigte sich hocherfreut über den Abschluss

der Kooperationsvereinbarung. Er sei überzeugt, die Zusammenarbeit der Gedächtnisinstitutionen werde auch in München zu einer erhöhten Nachfrage nach einschlägigen Beständen für die Holocaustforschung führen. Zugleich betonte er, wie wichtig die Beschäftigung mit der beispiellosen Tragödie des Holocaust gerade in einer Zeit eines wieder aufkommenden nationalistischen Gedankenguts sei.

Im Rahmen der archiv- und datenschutzrechtlichen Regelungen erhält das USHMM auf der Grundlage der Vereinbarung Reproduktionen von sach- und personenbezogenem Archivgut aus den Staatlichen Archiven Bayerns als Mikrofilm zur Verfügung gestellt.

Margit Ksoll-Marcon

Studiengruppe aus Lothringen besucht das Kriegsarchiv

Vom 27. bis 30. November 2016 besuchte eine Gruppe von Kommunalpolitikern, von Vertretern verschiedener Tourismusverbände und von Geschichtsinteressierten aus der Gegend um Verdun, Saint-Mihiel, Étain und Metz Bayern. Die Kommunen jener Region verbindet seit längerem eine Freundschaft mit

der Gemeinde Hohenlinden, die sich zum einen in gegenseitigen Besuchen manifestiert, zum anderen in einer engeren Zusammenarbeit auf kulturellem und historischem Gebiet ihren Ausdruck findet.

Die elf Teilnehmer der Studienreise absolvierten während ihres Aufenthaltes ein straffes Besichtigungsprogramm, das der Koordinator der Fahrt, Dr. Michael Stumpf, ausgearbeitet hatte. Im Mittelpunkt der Reise, die ganz der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gewidmet war, stand der berühmte expres-

Kriegsstammrolle. Diesem sind neben den persönlichen Daten Angaben zu mitgemachten Gefechten, Verwundungen und Erkrankungen sowie erhaltene Auszeichnungen zu entnehmen. Verzeichnet sind darüber hinaus in dem Eintrag auch Ort und Zeitpunkt des Todes von Franz Marc. Bestätigt werden diese Angaben in der gleichfalls vorgelegten einschlägigen Karte aus der Verlustkartei, die beim Kriegsministerium geführt worden war. Hier findet sich überdies neben der Angabe zum vorläufigen Begräbnisort im



Foto: Rolf Kaiser, Hohenlinden

sionistische Maler Franz Marc, der vor hundert Jahren in der Heimatregion der Gäste bei der Schlacht um Verdun nahe der Gemeinde Braquis gefallen war. Entsprechend waren die Besuchsziele ausgewählt: Armeemuseum Ingolstadt (Besichtigung der Ausstellung zum Ersten Weltkrieg im Reduit Tilly, Präsentation persönlicher Gegenstände von Franz Marc, wie etwa dessen Erkennungsmarke), Lenbach-Haus München (umfangreiche Sammlung an Gemälden von Franz Marc), Franz-Marc-Gymnasium Markt Schwaben (Besuch einer von Schülern gestalteten Ausstellung zu Leben und Werk des Künstlers) und schließlich die Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mit Ihrem Schriftgut zum militärischen Werdegang von Franz Marc.

Im Gebäude an der Leonrodstraße informierte sich die Gruppe gemeinsam mit dem Bürgermeister und einigen Geschichtsinteressierten aus Hohenlinden über erhaltene Dokumente zu Franz Marc. Präsentiert wurde zunächst der Eintrag für den Künstler in der

Schlosspark von Gussainville der Hinweis auf eine Umbettung nach Kochel am See. Des Weiteren stieß der Personalakt von Franz Marc auf großes Interesse.

Da in den umfangreichen Fotobeständen des Kriegsarchivs auch zahlreiche historische Aufnahmen, die Gegend um Verdun und Étain betreffend, enthalten sind, wurde den Gästen abschließend noch eine kleine Auswahl an Fotos, speziell von deren Heimatorten wie Boinville, Gincrey, Étain präsentiert. Abgerundet wurde der Besuch durch einen kurzen Gang ins Magazin.

Der Besuch der Studiengruppe aus Lothringen in der Abteilung IV Kriegsarchiv, der von einem angelegten fachlichen Austausch mit lebhaften Diskussionen begleitet war, wurde von beiden Seiten als eine bereichernde Begegnung gewertet, die – so bleibt zu wünschen – Wiederholungen oder Nachahmer finden möge.

Martina Haggemüller

Neue Stiftung zur Erforschung der Geschichte Mittelfrankens

In einer Feierstunde überreichte der Regierungspräsident von Mittelfranken, Dr. Thomas Bauer, am 7. März 2017 im Stadtmuseum Schwabach die Gründungsurkunde der „Heinrich und Lieselotte Schlüpfinger Stiftung“. Der Ort des Festakts war bewusst gewählt, denn Heinrich Schlüpfinger (1907–2002) war wie seine Ehefrau Lieselotte (1921–2016) gebürtiger Schwabacher. Als Beamter der Stadt Schwabach, schon in den 1930er Jahren in leitender Funktion, widmete er sich intensiv der Erforschung der Geschichte seiner Vaterstadt und deren näherer Umgebung. Seit 1957 hatte er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand die Leitung des Stadtmuseums inne

und war für die Betreuung des wertvollen Stadtarchivs zuständig. Seine Witwe hatte testamentarisch die Errichtung einer rechtsfähigen öffentlichen Stiftung des bürgerlichen Rechts verfügt mit dem Zweck der Förderung der Erforschung und Pflege der Geschichte Mittelfrankens, vorrangig der Stadt Schwabach und Umgebung. Gemäß Satzung soll dies durch Druckkostenzuschüsse, Prämierungen und die Förderung von Forschungsvorhaben erfolgen. Als Vorstand fungieren der Leiter des Staatsarchivs Nürnberg und als Stellvertreterin die Leiterin der Bezirksheimatpflege von Mittelfranken. Dank dem stattlichen Grundstockvermögen zählt die Stiftung zur ersten größeren historischen Forschungsstiftung für Mittelfranken.

Peter Fleischmann

Tagungen

10. Bayerischer Archivtag widmet sich der Öffentlichkeitsarbeit der Archive

„Gefällt mir! – Archive in der Öffentlichkeit“. Unter diesem Titel befasste sich der 10. Bayerische Archivtag am 18. März 2017 in Landshut mit verschiedenen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit der Archive.

Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, eröffnete die Tagung und begrüßte die rund 210 Teilnehmer aus allen Archivsparten, die vornehmlich aus Bayern, aber auch aus anderen Bundesländern angereist waren. Die hohe Resonanz zeuge von der Aktualität des Themas.



Oberbürgermeister Alexander Putz (Foto: Christine Vincon)

Anschließend hieß Alexander Putz, Oberbürgermeister der Stadt Landshut, die Gäste willkommen. Er zeigte sich erfreut, dass der Archivtag dieses Jahr in Landshut gastiert. Die Landshuter Hochzeit, die 2017 zum 41. Mal gefeiert wird, sei auf historische Authentizität bedacht, was ohne die einschlägigen Quellen in den Archiven gar nicht möglich wäre. Archive müssten aber in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, sowohl die klassischen analogen als auch neue digitale Möglichkeiten müssten im Kampf um die Aufmerksamkeit genutzt werden. Im Lichte aktueller Schlagwörter wie „postfaktisch“ oder „alternative Fakten“ sei ein verantwortungsvoller Umgang mit Quellen und mithin die Fähigkeit, Quellen richtig zu interpretieren, kaum zu überschätzen. Die Vermittlung dieser Fähigkeiten müsse im Rahmen der historischen Bildungsarbeit als wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen werden.

Für seinen Einführungsvortrag wählte Prof. Dr. Ulrich Raulff, Direktor des Deutschen Literaturarchivs Marbach, den Titel „Das Archiv und sein Bild“. Das Deutsche Literaturarchiv Marbach sei von Beginn als Teil der Öffentlichkeit, als direkt an das Publikum gerichtete Bildungseinrichtung konzipiert worden, die in direktem Austausch mit der lebendigen Kunst stehe. Er sei bei seinem Amtsantritt aufgefordert worden, das Literaturarchiv sowohl an die allgemeine als auch an die wissenschaftliche Öffentlichkeit zu bringen. Ein Teil der Aufforderung entspringe dem politischen Imperativ, sich öffentlich zu erklären, wofür die zur Verfügung gestellten Mittel eingesetzt werden, was die eigenen Ziele und Leistungen sind. Prof. Raulff plädierte dafür, diese Verpflichtung auch als Chance



Prof. Dr. Ulrich Raulff (Foto: Christine Vincon)

zu begreifen und aktiv Nutzer zu rekrutieren, insbesondere junge Benutzer anzuwerben, die gute Fragen stellen und das Archiv als Reflexionsinstrument aus seiner Wartestellung erwecken. Daher sollten zur Kommunikation mit den Interessierten, gerade mit Redakteuren und Journalisten, die eloquentesten, intelligentesten und bestinformierten Mitarbeiter der jeweiligen Einrichtungen für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.

Die anschließende Podiumsdiskussion „Go public! – Sinn und Zweck der Öffentlichkeitsarbeit“ wurde

von Dr. Renate Höpfinger, Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, moderiert. Neben dem Janus-Preisträger Hans Kratzer, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung, nahmen die Historikerin Isabella Hödl-Notter, Dr. Wiltrud Fischer-Pache vom Stadtarchiv Nürnberg, Dr. Eva Moser, Leiterin des Bayerischen Wirtschaftsarchivs, und Dr. Werner Lengger, Leiter des Universitätsarchivs Augsburg, teil. Dr. Höpfinger führte in die Diskussion ein, indem sie die stetig steigende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit und die Veränderung der Informations- und Kommunikationsstruktur durch das Internet erläuterte. Sodann diskutierte das Podium Erwartungen, Ziele, Absichten und Adressaten der archivischen Öffentlichkeitsarbeit. Besonders deutlich wurden dabei die konkret artikulierten Anforderungen bestimmter Nutzergruppen – exemplarisch vertreten durch Kratzer und Hödl-Notter. Die anschließende Plenumsdiskussion nahm die vorgebrachten Vorstellungen sehr lebhaft auf. Unter dem Titel „Bayern und seine Archive“ wurde dem Janus-Preisträger aus dem Publikum ein konkretes Projekt für eine mögliche Berichtsserie vorgelegt.

Die Nachmittagssitzung wurde unter dem Titel „Das große WIE. Formen und Strategie der Öffentlichkeitsarbeit“ abgehalten. Dr. Roland Götz vom Archiv des Erzbistums München und Freising wählte mit „Archivausstellung analog“ ein klassisches, aber deshalb mitnichten veraltetes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Der große Unterschied zu virtuellen Ausstellungsformaten oder anderen Präsentations-



V.l.n.r.: Hans Kratzer, Dr. Eva Moser, Dr. Werner Lengger, Dr. Renate Höpfinger, Isabella Hödl-Notter und Dr. Wiltrud Fischer-Pache (Foto: Christine Vincon)

formen wie einem Vortrag oder einer Publikation sei die Anwesenheit des Originals, dessen Anziehungskraft in letzter Zeit gestiegen sei. Das Original biete zahlreiche Geschichten, neben dem Inhalt auch seine Form und das Schicksal seiner Überlieferung; diese Geschichten gelte es durch die Auswahl der Ausstellungsstücke nachzuerzählen.

Als Gegenstück stellten Dr. Stephan Kellner von der Bayerischen Staatsbibliothek München und Johannes Haslauer M.A. vom Staatsarchiv Bamberg eine virtuelle Ausstellung vor: „Luther, Eck und die frühe Reformation in Bayern. Eine kooperative virtuelle Ausstellung von Archiven, Bibliotheken und Museen im Kulturportal bavarikon“. Zwar biete eine virtuelle Ausstellung „nur“ eine Abbildung des Originals. Allerdings werde dieses Minus durch ein Mehr an Zugangsperspektiven und Darstellungsmöglichkeiten ausgeglichen. Bei einer Vorführung der Online-Ausstellung konnte sich das Publikum zu einzelnen Personen oder Orten der Reformationszeit in Bayern entführen lassen.

„Vom Imagefilm zum Archivstipendium“ erzählt die Erfolgsgeschichte eines Werbefilms des Archivs des Deutschen Museums. Dr. Wilhelm Füßl, Leiter des Archivs des Deutschen Museums, erläuterte daneben die ganze Palette der Öffentlichkeitsarbeit seines Instituts, die in ihrer Bündelung zu messbaren Erfolgen wie dem im Titel angegebenen Stipendienprogramm für Nachwuchswissenschaftler führe.

Anschließend berichtete Karsten Kühnel, Faculty of Humanities der Universität von Amsterdam, von seinen Erfahrungen mit dem Einsatz von sozialen Medien während seiner Zeit als Leiter des Universitätsarchivs Bayreuth. „Social media in Archiven – Top oder Flop?“ – die Beantwortung dieser Frage hänge vornehmlich von der Zielsetzung des Einsatzes des einzelnen Mediums ab. Während der Referent den Einsatz von Facebook mit dem Ziel, Diskussionen zu eröffnen, als Flop bezeichnete, stufte er die Aktivitäten auf Twitter, insbesondere aber die des Blogs „UniBlogT“ als Erfolg ein.

Dr. Michael Stephan, Leiter des Stadtarchivs München, dankte zum Abschluss allen Beteiligten, besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsarchivs und des Stadtarchivs Landshut im Namen des Bayerischen Archivtags und verabschiedete das Publikum in ein wohlverdientes Wochenende.

Bereits am Vortag fanden sich Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Archivsparten zu Arbeitstreffen zusammen. Die Archivare aus Privat- und Adelsarchiven diskutierten unter der Moderation von Franz Karg M.A. vom Fugger-Archiv in Dillingen über die grundsätzliche Möglichkeit von Öff-

entlichkeitsarbeit. Zur 50. Jahrestagung traf sich die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive. Dr. Michael Stephan moderierte die Tagung, die sich mit verschiedenen aktuellen Themenfeldern befasste. Unter der Leitung von Dr. Bernhard Grau von der Generaldirektion der Staatlichen Archive diskutierten die bayerischen Archivpfleger über die Archivierung von Schülerunterlagen und das Berufsbild der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv. „Öffentlichkeitsarbeit in Kirchenarchiven“ war das Thema des Treffens der Kirchenarchivare, das von Dr. Peter Pfister, Leiter des Archivs des Erzbistums München und Freising, und von Dr. Andrea Schwarz, Leiterin des Archivs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Nürnberg, moderiert wurde. Die Archivarinnen an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Einrichtungen schließlich tagten unter der Leitung von Dr. Wilhelm Füßl. Mit „Wie viel Service darf’s denn sein? – Archive und ihre Benutzer“ setzten sie sich mit den Erwartungen der Nutzer und den Servicemöglichkeiten der Institute auseinander.

Die auf dem 10. Bayerischen Archivtag gehaltenen Vorträge sowie die Podiumsdiskussion werden in Band 10 der Zeitschrift „Archive in Bayern“ veröffentlicht.

Andreas Nestl

Dreitägiges Kolloquium beschäftigt sich mit der Geschichte der Staatlichen Archive in der NS-Zeit

Vom 26. bis 28. Oktober 2016 veranstaltete die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns im Vortragssaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs ein Kolloquium, das sich mit der Geschichte der Staatlichen Archive Bayerns in der Zeit der NS-Herrschaft befasste und nach ihrer Rolle im NS-Staat fragte, ein Thema, das damit erstmals auf breiter Front aufgegriffen wurde. Neben der kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit wurde dabei auch der allgemeineren Frage nachgegangen, wie stark die Arbeit der Archivare vom Wandel der staats- und verfassungspolitischen sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zum Totalitären beeinflusst wurde. Dies hatte zur Folge, dass ein Schwerpunkt der Vorträge auf den Fachaufgaben und ihrer Wahrnehmung durch die damaligen Kollegen lag. Nur exemplarisch konnte dagegen am Werdegang einiger profilierter Berufsvertreter vorgestellt und untersucht werden, wie sich die Machtergreifung in Bayern auf das archivische Institutionengefüge ausgewirkt hat. Um den Gesamtzusammenhang der NS-Kulturpolitik nicht aus dem Blick zu verlieren, waren außerdem der Einfluss der

vorgesetzten Instanzen auf Reichs- und Landesebene sowie das Schicksal verwandter Kultureinrichtungen in den Blick zu nehmen.

Das Kolloquium begann mit einem kleinen Festakt zu Ehren des Staatsarchivrats I. Klasse, Dr. Fritz Gerlich, der im Jahr 1933 Mitarbeiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs war und noch am Tag der Macht ergreifung in Bayern verhaftet wurde. Gerlich hatte sich die Nationalsozialisten zu erbitterten Feinden gemacht, weil er die Partei und ihre führenden Persönlichkeiten seit dem gescheiterten Putschversuch des Jahres 1923 erbittert und ohne Rücksicht auf die eigene Person bekämpft hatte - zunächst als Chefredakteur der einflussreichen „Münchner Neuesten Nachrichten“, dann als Leiter und maßgeblicher Autor der Wochenzeitung „Illustrierter Sonntag“, die unter seiner Ägide in „Der gerade Weg“ umbenannt wurde. Diesen Einsatz musste Gerlich letztlich mit dem Leben bezahlen. Im Rahmen des Röhmputsches wurde er aus der Polizeihaft nach Dachau verlegt und dort am 30. Juni 1934 ohne Verfahren erschossen. Gerlich



Dr. Margit Ksoll-Marcon und Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, enthüllen die Gedenktafel
(Fotos: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

war damit der einzige bayerische Archivar, der dem aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus zugeordnet werden kann. Um die Erinnerung daran bei den bayerischen Archivarinnen und Archivaren, aber auch bei den Besucherinnen und Besuchern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs wachzuhalten, wurde ihm zu Ehren von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, am ersten Tag der Veranstaltung eine Gedenktafel enthüllt.

Den Auftakt zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte bildete der sich an den Festakt anschließende Abendvortrag von Prof. Ferdinand

Kramer vom Institut für bayerische Geschichte zum Thema „Bayern und die NS-Zeit“. Der Beitrag reflektierte nicht nur die Rolle Bayerns im NS-Staat, sondern mehr noch den Umgang des Freistaats Bayern mit dieser Vergangenheit nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Einen ähnlichen Zugang wählte der Abendvortrag des folgenden Tages, in dem sich Prof. Magnus Brechtken, stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte mit der NS-Vergangenheit der Geschichtswissenschaft und deren bis in die jüngste Zeit reichenden Konsequenzen auseinandersetzte. Beide Vorträge machten eindrucksvoll deutlich, dass das Jahr 1945 keine Stunde Null darstellte, die Schatten der NS-Vergangenheit vielmehr weit in die Gegenwart hereinreichten, ein Faktum, das für die Geschichte des Archivwesens in gleicher Weise anzunehmen ist. In diesem Zusammenhang wurde auch darüber nachgedacht, wie weit nach Ende des Zweiten Weltkriegs persönliche Abhängigkeiten und Loyalitäten eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit verhinderten.



Die Auseinandersetzung mit archivgeschichtlichen Fragen eröffnete am zweiten Tag Sven Kriese, der die preußischen Generaldirektoren und Reichsarchivdirektoren Albert Brackmann und Ernst Zipfel vorstellte und den von ihnen ausgehenden Einfluss auf die bayerische Archivverwaltung untersuchte. Der Vortrag machte deutlich, dass die dem NS-Staat eigenen Verreichlichungstendenzen auch das Archivwesen tangierten. Fast noch wichtiger für die Neuausrichtung der bayerischen Archive war aber das vorgesetzte Staatsministerium für Unterricht und Kultus, mit dem sich Prof. Hermann Rumschöttel auseinandersetzte, wobei er sein Augenmerk auch auf die führenden Protagonisten richtete, allen voran auf die Staatsminister Hans Schemm und Adolf Wagner, aber auch auf den einflussreichen Staatsrat und späteren Staatssekretär Ernst Böpple sowie den von Adolf Wagner protegierten Stabsleiter Emil Klein. Einen Blick auf



V.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Maria-Rita Sagstetter, Dr. Bernhard Grau (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

die Kommunalarchive eröffneten Dr. Michael Stephan und Dr. Dominik Radlmaier. Dr. Stephan berichtete über das Stadtarchiv München, dessen Leiter Dr. Pius Dirr und den Historischen Verein für Oberbayern, dessen Überlieferung das Münchner Stadtarchiv verwahrt. Nachfolger Dirrs wurde Dr. Reinhold Schaffer, der zuvor das Stadtarchiv Nürnberg geleitet hatte, dessen Entwicklung von Dr. Radlmaier vorgestellt wurde. Dr. Susanne Wanninger beschäftigte sich hingegen mit der Bayerischen Staatsbibliothek und deren Leiter, Dr. Rudolf Buttman. Für das Verständnis der Entwicklung im staatlichen Archivwesen war dieser Beitrag umso wichtiger, als Staatsbibliothek und Hauptstaatsarchiv in der NS-Zeit im selben Gebäude untergebracht waren und eine von zunehmenden Reibungen begleitete Nachbarschaft pflegten, mit der Folge, dass das Bayerische Hauptstaatsarchiv im Zweiten Weltkrieg seine angestammten Verwaltungs- und Magazinräume räumen und das gemeinsame Haus verlassen musste.

In einem zweiten Tagungsabschnitt wurden einige wichtige Protagonisten aus den Reihen der bayerischen staatlichen Archivverwaltung näher in den

Blick genommen. Dazu gehörten an erster Stelle die Generaldirektoren der Weimarer Zeit, der NS-Zeit und der frühen Bundesrepublik, Dr. Otto Riedner, Dr. Josef Franz Knöpfler, Dr. Ignaz Hösl und Dr. Wilhelm Winkler, mit denen sich Dr. Margit Ksoll-Marcon auseinandersetzte. Ihre Betrachtungen machten bereits deutlich, in welcher kurzen Zeit und in welchem Ausmaß der Geist des NS-Staates in die Archivverwaltung einsickerte und dass dies keineswegs nur von außen aufgezwungen war, sondern auch auf freiwilligen Anpassungsleistungen beruhte. Davon ausgehend konnte der Unterzeichnende am Beispiel der Personalpolitik verdeutlichen, in welchen Formen der Umbau der Archivverwaltung vor sich ging und mit welchen Mitteln er vorangetrieben wurde. In Verbindung damit zeigten sich aber auch bereits die Grenzen, die Verantwortungsträgern durch äußere Faktoren wie die Nachwuchsrekrutierung gesetzt waren. Mit Archivaren auf der regionalen Leitungsebene beschäftigten sich im Anschluss Prof. Peter Fleischmann, der den Leiter des Nürnberger Staatsarchivs Dr. Fridolin Solleder vorstellte, sowie Dr. Stefan Nöth, der sich mit dem Bamberger Archivar Dr. Michel Hofmann

auseinandersetze. Im Vergleich zeigten beide Beiträge unterschiedliche Formen der Anpassung und aktiven Teilnahme, aber auch die damit verknüpften Hoffnungen und Frustrationen. Prof. Rudolf Morsey war es schließlich vorbehalten, das berufliche wie politische Wirken Dr. Fritz Gerlichs noch einmal ausführlich zu würdigen und dessen durch seine Außenseiterrolle bedingte prekäre Stellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu beleuchten.

Am letzten Tag des Kolloquiums wurde in einem weiteren Vortragsblock zunächst einigen Sonderfällen im institutionellen Bereich nachgegangen. Während das Staatsarchiv Coburg, das von Johannes Haslauer vorgestellt wurde, schon 1924 als eine dem Staatsarchiv Bamberg unterstellte Staatsarchivalienabteilung zur bayerischen Archivverwaltung gekommen war, blieb das Kriegsarchiv während der gesamten NS-Zeit Teil der Reichsmilitärverwaltung. Dies hatte, wie Johannes Moosdiele-Hitzler auf der Basis eines von Dr. Martina Hagggenmüller erarbeiteten Vortrags berichtete, ein spezifisches Selbstverständnis und einen deutlich anderen Entwicklungsgang zur Folge. Einen ganz eigenen Stellenwert und eine ganz eigene Funktionsweise besaß auch das Hauptarchiv der NSDAP in München, dessen Entwicklung Dr. Walter Naasner von Bundesarchiv vorstellte. Aufgabe des Hauptarchivs war es, die Geschichte der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände zu dokumentieren und den Parteidienststellen als Auskunftsstelle zur Verfügung zu stehen.

Im abschließenden Themenfeld beschäftigten sich sechs weitere Referenten mit ausgewählten archivischen Fachaufgaben und fragten nach den ideologisch bedingten Änderungen in der Aufgabenwahrnehmung. So beschäftigte sich Dr. Gerhard Hetzer mit der Aktenaussonderung, indem er ausgehend von der Bewertungsdiskussion der Weimarer Zeit der Frage nachging, ob die NS-Ideologie das Auswahlgeschäft beeinflusst habe. Spürbarere Veränderungen waren im Bereich der Archivpflege zu konstatieren, mit der sich Dr. Klaus Rupprecht auseinandersetzte. Speziell im Verhältnis zu den Kommunalarchiven ergab sich ein Paradigmenwechsel, indem die landschaftliche Archivpflege, die bis dahin durch wenige Facharchivare versehen worden war, die den Gemeinden oft auch das Erschließungsgeschäft abnahmen, auf die bis heute übliche Betreuung durch ehrenamtliche Archivpfleger umgestellt wurde, eine Maßnahme, die ihre Wirkung allerdings erst nach Kriegsende entfalten sollte. Besonders deutlich wurde die Indienststellung der Archive am Beispiel der Archivbenützung, die Dr. Markus Schmalzl vorstellte. Der starke Anstieg der Benutzerzahlen machte

schon für sich betrachtet deutlich, dass den Archiven im Rahmen der Blut- und Boden-Ideologie und der dafür erforderlichen Ariernachweise eine neue Rolle zugewachsen war. Mit der Beteiligung der staatlichen Archive an der Ausplünderung der rassistisch, religiös und politisch Verfolgten beschäftigte sich der Vortrag von Dr. Michael Unger, der anhand konkreter Beispiele nachwies, wie die staatlichen Archive von der Vermögensentziehung profitierten.

Fundamentale Auswirkungen auf die Archive hatte schließlich der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Wie Dr. Herbert Schott zeigte, zwangen vor allem die Luftangriffe auf die bayerischen Großstädte die Archive zum Handeln. Im Vergleich der Staatsarchive Nürnberg und Würzburg lässt sich zeigen, dass es von der Konsequenz der Archivalienauslagerungen abhing, ob und in welchem Maße Archivgut im Bombenkrieg verloren ging. Für die Archivalienflüchtungen standen allerdings – wie Dr. Christoph Bachmann verdeutlichte – nur sehr beschränkte personelle Kapazitäten zur Verfügung, da der Kriegseinsatz bayerischer Archivbeamter den Personalbestand drastisch reduzierte. Vereinzelt war der Sachverstand der Berufskollegen aber auch im Kriegsgebiet gefragt, betätigten sich doch auch einzelne bayerische Archivare beim Schutz bzw. bei der Beschlagnahme von Archivgut in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten.

Das Kolloquium ließ klar erkennen, dass die Archive vom Umbau von Staat und Verwaltung im NS-Staat keineswegs unberührt blieben. An vielen Stellen wurde auch deutlich, dass die Neuausrichtung nicht nur eine von außen auferlegte Notwendigkeit war, sondern in hohem Maße auf Anpassungsleistungen beruhte. So fiel nicht nur die konservativ-autoritäre Wende, die der Nationalsozialismus mit sich brachte, bei vielen Angehörigen der bayerischen Archivverwaltung auf einen fruchtbaren Boden. Auch in fachlicher Hinsicht hatte das neue Regime Angebote zu machen, die den Archiven einen größeren Stellenwert versprochen und daher beherzt ergriffen wurden.

Die Veranstaltung wurde von insgesamt 150 Teilnehmern besucht, die sich rege an der Diskussion der Vortragsthemen beteiligten. Ein über das Fachpublikum hinausgehendes Interesse dokumentierte auch die Berichterstattung in der Presse. Umfangreiche Berichte erschienen in der Süddeutschen Zeitung, im Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung und in der Zeitschrift *aviso*.

Bernhard Grau

Rat für Informationsinfrastrukturen tagte in München

Am 3. und 4. November 2016 fand die siebte Sitzung des Rats für Informationsinfrastrukturen (www.rfii.de) in den Räumlichkeiten der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns statt. Ministerialdirigent Dr. Johannes Eberle, Leiter der Abteilung Forschung und Planung im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, be-

teilnehmende Sitzung fand am 3. November 2014 in Göttingen statt.

Der Rat begleitet die Entwicklung des deutschen Wissenschaftssystems in der Gestaltung zukunftsfähiger Informationsinfrastrukturen und Dienstleistungen für die Wissenschaft. Das Plenum tagt zwei- bis dreimal jährlich, wobei ausgewählte Themen in Ausschüssen und Arbeitsgruppen bearbeitet werden. So wurden in den Arbeitsgruppen „Nachhaltigkeit“ und



Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv

dankte sich im Namen von Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL, für die Einladung und berichtete in seinem Grußwort u.a. über den digitalen Wandel im Bereich der Infrastrukturen in Bayern. Als Beispiel für die Gestaltung des digitalen Wandels führte Dr. Eberle das „Zentrum Digitalisierung Bayern“ in Garching an und im Rahmen der Initiative „Digitaler Campus Bayern“ sei ein landesweites Projekt für das Forschungsdatenmanagement geplant.

Der Rat für Informationsinfrastrukturen wurde 2014 ins Leben gerufen und seine 24 Mitglieder wurden von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) auf vier Jahre bestellt. Die Mitglieder, die im gleichen Jahr berufen wurden, setzen sich zusammen aus Vertretern der Wissenschaft, des öffentlichen Lebens, aus öffentlichen Einrichtungen sowie sind Repräsentanten von Bundes- und Landesbehörden. Der Vorsitz des Rates liegt in den Händen von Prof. Dr. Otto Rienhoff von der Universität Göttingen. Die konsti-

„Internationale Orientierung“, im Ausschuss Datenschutz und in den Redaktionsausschüssen „Landkarte der Begriffe“ und „Landkarte der Konzepte“ Diskurse der vergangenen Jahre aufgearbeitet, Rechtsgrundlagen und neue Herausforderungen an bestehende Gesetze, u.a. das Datenschutzgesetz, erörtert sowie internationale Strategien und Verflechtungen analysiert.

2016 gab der Rat sein Positionspapier „Leistung aus Vielfalt. Empfehlungen zu Strukturen, Prozessen und Finanzierung des Forschungsdatenmanagements in Deutschland“ heraus.

Der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz empfahl der Rat den Aufbau einer nationalen Forschungsdateninfrastruktur, um den Forscherinnen und Forschern ein hocheffizientes und disziplinen-übergreifendes Forschungsdatenmanagement zu ermöglichen.

Margit Ksoll-Marcon

Berichte aus der Praxis digitaler Archivierung – die Fachtagung „Kreative digitale Ablagen und die Archive“

Am 22. und 23. November 2016 fand unter dem Motto „Kreative digitale Ablagen und die Archive“ in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv eine Tagung mit Workshopcharakter statt. Ausgerichtet wurde diese vom Arbeitskreis „Digitale Archive“ der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA).

Gegenstand der Tagung war der archivische Umgang mit all jenen Formen digitaler Überlieferung, die nicht in Fachverfahren oder als E-Akten in Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagementsystemen geführt werden: E-Mail-Konten, Fileablagen, Intranetseiten und verschiedene Kollaborationsplattformen.

Nach Grußworten der Generaldirektorin der Staatlichen Archive, Dr. Margit Ksoll-Marcon, und von Dr. Kai Naumann (Landesarchiv Baden-Württemberg) als Vorsitzender des KLA-Ausschusses „Digitale Archive“ beleuchteten Dr. Sigrid Schieber und Dr. Annekathrin Miegel (Landesarchiv Hessen) sowie Dr. Christoph Schmidt (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen) die besonderen Herausforderungen unstrukturierter digitaler Unterlagen für die archivische Bewertung und Erschließung sowie die Zugänglichmachung des elektronischen Archivgutes. Im Anschluss ging Dr. Susanne Belovari (Universität Illinois / USA) der Frage archivischer Bewertungskriterien am Beispiel ihrer Bearbeitung digitaler Video- und Fotobestände im Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Ludwigsburg nach. Den Nachmittag des ersten, von Jörg Filthaut (Landesarchiv Thüringen) moderierten Sitzungstages rundete die Vorstellung verschiedener Bewertungs-, Übernahme- und Strukturierungswerkzeuge für unstrukturierte Dateisammlungen durch Fabian Näser (Startext GmbH, Bonn), Karsten Huth (Sächsisches Staatsarchiv) und Marc Straßenburg (Landeshauptarchiv Koblenz) ab.

Den zweiten, von Dr. Michael Puchta (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) geleiteten Sitzungstag eröffnete Dr. Niklas Konzen (Archivschule Marburg) mit seinem Vortrag. Darin berichtete er über „Bearbeiternester“ und an Dateisammlungen erinnernde Ablagestrukturen in Dokumentenmanagementsystemen auf Landratsamtsebene und unterstrich damit die Bedeutung der Konzeption und Durchsetzung von normativen Vorgaben für die elektronische Schriftgutverwaltung in den Behörden. Diesen Ausführungen schloss sich der Vortrag von Bart Klein und Andreas Steigmeier (Docuteam GmbH, Baden-

Dättwil / Schweiz) an, die bei der Vorstellung ihres Übernahmeassistenten auch über ihre Erfahrungen mit „DMS-Sanierungen“ berichteten. Ergänzt wurden diese Ausführungen durch die Präsentation des Strukturierungs- und Paketierungswerkzeugs „Package Handler“ des Schweizerischen Bundesarchivs durch Dr. Kai Naumann.

Unterstrichen wurde der Charakter der Veranstaltung als Workshop mit Lern- und Fortbildungscharakter durch die gemeinsame Erarbeitung einer Handreichung zur Aufbereitung von „kreativen“ digitalen Ablagen sowie die separate Präsentation verschiedener hierfür verfügbarer Werkzeuge und Hilfsmittel an mehreren Demo-Tischen. An diesen stellten sich das Sächsische Staatsarchiv, die Docuteam GmbH, das Landeshauptarchiv Koblenz, das Landesarchiv Baden-Württemberg, das Kreisarchiv Reutlingen, die Startext GmbH, das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft und das Stadtarchiv Braunschweig der archivfachlichen Diskussion.

Den Erfolg dieses praxisorientierten Tagungsansatzes zeigte der rege Zuspruch, den die Veranstaltung „Kreative digitale Ablagen und die Archive“ fand: Mehr als 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Bundes-, Landes-, Kommunal-, Gewerkschafts-, Wirtschafts-, Kirchen-, Partei-, Stiftungs- und Universitätsarchiven sowie aus sonstigen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen aus ganz Deutschland, aber auch aus Österreich und Luxemburg nahmen an der Tagung teil.

Michael Puchta

Die Topothek – das lokale Online-Archiv

Unter dem Motto „Einladung ... in die private Geschichte Bayerns“ wurde im Hörsaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs am 17. Februar 2017 die Plattform für private Quellen der Lokalgeschichte „Topothek“ vorgestellt.

Die Topothek ist eine virtuelle Sammlung, in der unter Mitarbeit der Bevölkerung das lokalhistorisch relevante Material und Wissen, das sich in privaten Händen befindet, gesichert, erschlossen und online sichtbar gemacht werden kann. Sie bietet die Möglichkeit, Fotos oder schriftliche Dokumente auf einer intuitiv und einfach zu bedienenden Plattform hochzuladen, zu verzeichnen und der interessierten Öffentlichkeit online zugänglich zu machen. Die Dateien werden auf einem von ICARUS (International Centre for Archival Research) gepflegten Server gespeichert und lesbar gehalten.

2010 gründete Mag. Alexander Schatek, Initiator der Topotheken-Idee in der niederösterreichischen

Gemeinde Breitenstein die erste Topothek, die auf Erfahrungen fußt, die er bei der Erstellung einer Datenbank für seine private Fotosammlung gemacht hatte. Seitdem hat die Topothek besonders in Österreich stetig an Bedeutung gewonnen; mittlerweile werden in 150 lokal organisierten Topotheken 150.000 Datensätze bereitgestellt.

sehe in der Topothek eine Chance für die Sicherung u.a. privater Fotobestände, die andernfalls aufgrund des stetig schlechter werdenden Erhaltungszustandes und mangelnden Interesses der Nachkommenschaft verloren gehen können. Dr. Michael Stephan, Direktor des Stadtarchivs München und Vorstandsmitglied des Verbandes Bayerischer Geschichtsvereine,



V.l.n.r.: Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Thomas Aigner, Dr. Michael Stephan, Dr. Wolfgang Pleidl, Manfred Wegele, Mag. Alexander Schatek, Ernst Schütz (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

In Bayern werden erst zwei Topotheken betrieben (Metten, Hauzenberg – www.topothek.at/de/unsere-topotheken). Um engagierten Freiwilligen aus den Bereichen Heimat- und Familiengeschichte dieses Instrument zur Sicherung und Zugänglichmachung historischer Quellen aus privater Hand näherzubringen, haben die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, der Verband Bayerischer Geschichtsvereine, der Bayerische Landesverein für Heimatpflege, der Bayerische Landesverein für Familienkunde und ICARUS zu der ganztägigen Veranstaltung geladen. Das Thema fand mit 80 Interessierten regen Zuzpruch.

Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, begrüßte die Teilnehmenden. Sie

sagte, er erhoffe sich von der Topothek, bestehende Geschichtsvereine in ihrer Arbeit zu unterstützen und möglicherweise auch die Gründung neuer historischer Vereine auf lokaler Ebene anzuregen.

Dr. Wolfgang Pleidl vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege erläuterte, dass Aufgabe der Heimatgeschichte neben der Auswertung gerade die Quellschaffung im lokalen Bereich sei. Die Topothek biete für beide Aufgaben ein höchst hilfreiches Instrument und schaffe einen zeitgemäßen Online-Zugang. Manfred Wegele, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde, ging in seiner Ansprache auf den hohen Stellenwert der ehrenamtlich organisierten familiengeschichtlichen Vereine ein und wertete die Topothek als nutzbringendes Recherche-

instrument. Unter dem Motto „Geschichte für alle“ postulierte Dr. Thomas Aigner, Präsident von ICA-RUS, dass die Sicherung der Geschichte alle angehe. Leider würden historische Dokumente aus der Privatschatulle kaum als historisch relevant angesehen – in seinen Augen eine Fehleinschätzung. Dr. Aigner rief zur Hebung dieses unerkannten Schatzes aus, der ungeahntes Potenzial für das Geschichtsbewusstsein und die Herausbildung einer lokal-historischen Identität besitze.

Anschließend stellte Mag. Alexander Schatek die Plattform selbst vor. Die Idee: Offiziell betrieben und finanziert von einer Kommune oder einer Gedächtnisinstitution ist die Arbeit, das Hochladen und Verzeichnen der historischen Dokumente aus privater Hand, ehrenamtlichen Kräften vorbehalten. Mag. Schatek erläuterte die Möglichkeiten der Erfassung der Topografie und die sehr variantenreich zur Verfügung stehenden Verzeichnungsmöglichkeiten. Ernst Schütz führte abschließend in die tatsächlichen Arbeiten an der von ihm initiierten Topothek Metten ein.

Nach einem gemeinsamen Imbiss schloss sich am Nachmittag ein Workshop zur Arbeit an einer Topothek an, den Mag. Schatek betreute. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten rege mit und zeigten großes Interesse an der Plattform. Erste Interessensbekundungen schlossen die informative und gleichsam unterhaltsame Veranstaltung ab.

Andreas Nestl

Das 12. Bayerisch-Schwäbische Archivarstreffen in Augsburg

Am 26. Oktober 2016 fand das Bayerisch-Schwäbische Archivarstreffen bereits zum zwölften Mal statt. Es ist damit eine echte Institution in der schwäbischen Archivlandschaft. Gastgeber war das Staatsarchiv Augsburg, das seinen Vortragsraum als Tagungsort zur Verfügung stellte. In seiner Begrüßung zeigte sich Dr. Thomas Engelke, Leiter des Staatsarchives, sehr erfreut über die hohe Zahl an Teilnehmern. Denn mit ca. 40 anwesenden schwäbischen Archivarinnen und Archivaren war das Archivtreffen im Vergleich zum Vorjahr deutlich gewachsen. Grund dafür war neben der Möglichkeit, den neuerbauten Magazinbau des Staatsarchivs besichtigen zu können, vor allem das interessante Vortragsprogramm zum Thema Bestandserhaltung.

Den Auftakt machte dabei Dr. Werner Lengger, der Leiter des Archivs der Universität Augsburg. Er stellte den Notfallverbund Augsburg vor. Dieser Zusammenschluss von 10 Augsburger Kulturinstitutionen –

neben Archiven auch Bibliotheken und Museen – ist der Vorreiter seiner Art in Bayern. Der Verbund hat die Aufgabe, im Katastrophenfall die gegenseitige Unterstützung der beteiligten Einrichtungen sicherzustellen. Während einzelne Einrichtungen oft mit der Bewältigung eines Unglücksfalles überfordert sind, können mit Hilfe anderer verwandter Institutionen die Folgen leichter bewältigt werden. So sichern sich die Mitglieder gegenseitig etwa Hilfe bei der Bergung von beschädigten Objekten und Bereitstellung von benötigtem Lagerraum zu. Auslöser zur Gründung dieses Verbandes, wie zahlreicher ähnlicher Organisationen in Deutschland, waren gehäufte Katastrophenfälle zu Beginn des Jahrhunderts, wie der Brand der Anna-Amalia-Bibliothek oder der Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Um solche Unglücke zu verhindern oder ihre Folgen zu beschränken, bereitet sich der Notfallverbund auf den Ernstfall vor, etwa, indem man Gebäudebegehungen und Übungen veranstaltet.



Anna Ventura, Restauratorin des Stadtarchivs Augsburg, bei der Vorstellung der Notfallboxen des Notfallverbundes (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg)

Hier konnte der Vorsitzende des Notfallverbundes Rainer Jedlitschka (Staatsarchiv Augsburg) ansetzen, als er von den aktuellen Entwicklungen des Verbundes berichtete. So hat vor Kurzem eine Brandübung bei der Berufsfeuerwehr stattgefunden, bei der die Teilnehmer nicht nur Feuerlöscher testen konnten, sondern auch den Brand eines Archivregals gelöscht und anschließend die beschädigten Objekte fachgerecht geborgen haben. Die Anwesenden erfuhren auch von einem Treffen deutscher Notfallverbände in Darmstadt, wo man neben dem dort ansässigen Staatsarchiv auch ein hochmodernes Lagezentrum im Wiesbadener Innenministerium besichtigt hat. Außerdem hob Herr Jedlitschka hervor, dass der Notfallverbund eine lebendige Organisation ist, deren Mitglieder regelmäßig zu Sitzungen, Übungen und Begehungen zusammenkommen.

Den nächsten Vortrag übernahm Stefanie Schweigkofler vom Staatsarchiv Augsburg. Sie referierte dabei über die fachgerechte Verpackung und Aufbewahrung von Archivalien. Anhand von Beispielen erläuterte sie, dass Fremdmaterialien, wie Metall oder Kunststoffe, dem Papier großen Schaden zufügen können und daher ebenso wie Schmutz vor der Verbringung ins Magazin unbedingt zu entfernen sind. Bei der endgültigen Archivierung ist dann besonders auf eine schützende Verpackung zu achten, die in ihren Eigenschaften an das jeweilige Archivale angepasst ist. Außerdem spielen die klimatischen Verhältnisse im Magazin eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die letzte Präsentation des Tages stammte von Anna Ventura, Restauratorin am Stadtarchiv Augsburg. Sie stellte die Notfallboxen des Notfallverbandes vor. Dabei handelt es sich um Kisten mit zahlreichen Materialien, die bei der Bergung von Archivalien im Katastrophenfall benötigt werden. Dazu gehören etwa Werkzeuge, Schutzkleidung oder Schreibmaterialien. Diese Boxen wurden auch vom Augsburger Notfallverbund erworben und an die Mitglieder verteilt. Sie bilden damit eine wichtige Grundlage bei der Vorbereitung des Verbundes für den Ernstfall.

Zum Abschluss des Archivtreffens konnte Dr. Engelke den Teilnehmern noch den kürzlich fertiggestellten Magazinbau des Staatsarchivs präsentieren. Das Treffen kann als voller Erfolg gewertet werden und findet seine Fortsetzung im Herbst 2017 in Memmingen, wo die Themen Digitalisierung und E-Government behandelt werden.

Patrick Rieblinger

Tagung „Kaiser und Stadt“ zum 700. Geburtstag Karls IV. im Staatsarchiv Nürnberg

Die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung über Kaiser Karl IV. fand von Mai bis September 2016 in der Wallenstein-Reithalle in Prag und von Oktober 2016 bis Anfang März 2017 im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg statt. Wer geglaubt hatte, denselben Objekten wie 1978 auf der Kaiserburg in Nürnberg und 2005 im Metropolitan Museum in New York sowie 2006 auf der Prager Burg bei den zwei großen Ausstellungen über das Leben und die höfische Kunst des böhmischen und römisch-deutschen Königs zu begegnen, wurde eines besseren belehrt. Bei der Bayerisch-Tschechischen Landesausstellung in Prag und Nürnberg waren viele seltene, sehr hochkarätige Exponate vorwiegend aus Deutschland und der Tschechischen Republik zu sehen, darunter auch Urkunden aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und den Staatsarchiven Amberg, Augsburg und Nürnberg.

Begleitend zur Landesausstellung fand vom 19. bis zum 21. Januar 2017 in Nürnberg eine Tagung zur „Nürnberger Kunst im 14. Jahrhundert“ statt. Sie wurde organisiert von der Nationalgalerie in Prag, dem Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa sowie dem Lehrstuhl für Kunstgeschichte, Schwerpunkt Mittelalter, der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Neben dem Besuch der Ausstellung und bedeutender Kirchen in Nürnberg wurde am Freitag die Tagung mit Referaten und Diskussionen von Experten aus Deutschland, Wien, Krakau und Bern im Staatsarchiv Nürnberg abgehalten. Annähernd 100 Interessierte fanden sich im sogenannten Kaisersaal ein, wo auch eine kleine Präsentation mit einzigartigen Dokumenten aus der Zeit Karls IV., darunter auch zwei Urkunden mit goldenen Bullen, zu sehen war.

Den Auftakt der neun Vorträge machte Prof. Dr. Eva Schlotheuber von der Universität Düsseldorf, die anhand bislang unbekannter Quellen die Umstände der Verkündung der Goldenen Bulle von 1356 in Nürnberg und Metz näher fassen konnte. Dr. Kaja von Cossart aus Greifswald referierte am Beispiel der vier rund um Nürnberg gelegenen Siechkobel über Pest und Sozialfürsorge in der Ära Karls IV.; dabei machte sie besonders auf die an der Goldenen Straße nach Prag gelegene Auffangstation für Lepra-Kranke von St. Jobst aufmerksam, bei der um 1355 ein relativ prächtiger Kapellenostchor gebaut wurde. Vom Lehrstuhl von Prof. Dr. Stephan Albrecht aus Bamberg kamen die beiden Kunsthistorikerinnen Magdalena Teubel M.A. und Katharina Arnold M.A. Dank modernster Aufnahme- und Messmethoden konnten

sie völlig neue und überraschende Erkenntnisse einerseits über das Westportal der Lorenzkirche und andererseits über die Westportalanlage der Nürnberger Frauenkirche und die Fürstentore des Wiener Stephansdoms vortragen. Ähnlich aufsehenerregend waren die Erkenntnisse von Dr. Gabriele Bartz und Dr. Martin Roland vom Institut für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Bei einer illuminierten Urkunde von 1362 August 28 entdeckten sie als Urheber denselben unbekanntem Maler, der den Klarenaltar aus dem Klarissenkloster Nürnberg oder Bamberg (Original heute im Germanischen Nationalmuseum) geschaffen hat; während ihres Vortrags konnten die beiden Referenten direkt auf die in Vitrinen ausgestellten Exponate Nürnberger Provenienz verweisen. Dr. Mateusz Grzeda von der Jagiellonen-Universität Krakau sprach über Porträts Karls IV., und dem Kult des heiligen Wenzel widmeten sich Dr. Richard Němec, Institut für Kunstgeschichte der Universität Bern, sowie Dr. Marco Bogade. Beim Abendvortrag nahm Prof. Dr. Peter Fleischmann, Leiter des Staatsarchivs Nürnberg, Bezug auf die Arenga einer Urkunde vom 20. November 1366, in der Kaiser Karl IV. von Nürnberg als „*der vornemsten und baz gelegensten stat des richs*“ sprach. Darüber hinaus konnte zur Thematik „Der Nürnberger Rat unter Karl IV.“ weiter ausgeführt werden, dass der Kaiser der Reichsstadt noch im Februar 1378 eine zehnte Urkunde mit goldenem Siegel ausgestellt hat, die jedoch zu Beginn des 19. Jahrhunderts verloren gegangen ist.

Peter Fleischmann

26. Jahrestagung des International Institute for Archival Science (IIAS) in Triest

Das International Institute for Archival Science of Trieste and Maribor (IIAS) in Triest (Italien) lädt jährlich im Herbst Archivarinnen und Archivare aus zahlreichen europäischen und außereuropäischen Ländern zu einer Fachtagung ein. Auf der 26. Jahrestagung am 24. und 25. Oktober 2016 wurden zwei Themen behandelt: der Datenschutz und die Nutzung von Archiven.

Der Direktor des Instituts, Dr. Peter Pavel Klasinc, führte in die Tagungsthemen ein. Im Anschluss an die Grußworte überreichte er Dr. Andrei Rybakou (Weißrussisches Forschungsinstitut für Dokumentation und Archivwissenschaft BelNIIDAD, Minsk) und Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München) für ihre Verdienste um das IIAS jeweils einen „Atlanti“, metallene Atlasstatuen mit Weltkugel. Die Geehrten bedankten sich herzlich

für die Auszeichnung. Dr. Klasinc seinerseits wurde für seine langjährigen Leistungen als Institutsleiter mit dem eigens geschaffenen Ehren-Atlanti geehrt.

Zwölf Vorträge widmeten sich dem ersten Tagungsthema, dem Datenschutz und Archivbeständen, die sensible Daten enthalten. Es wurde der jeweilige Stand in Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Italien, Montenegro, Polen, Russland und Slowenien vorgestellt. Weitere Beiträge dieser Sektion behandelten die aufwändige Suche nach biographischen Daten über Schweizer Kinder, die aus ihren Familien zu Knechtsdiensten weggegeben worden waren (Dr. Cristina Bianchi, Schweiz), die Datenrecherche in Datenbanken (Dr. Zdenka Semlič Rajh, Slowenien) und die Veröffentlichung von archivalischen Quellen (Dr. Andrei Rybakou, Weißrussland).

Die 28 Vorträge des zweiten Tagungsthemas „Nutzung von Archiven“ waren inhaltlich breiter gestreut, sollten sie doch die wissenschaftliche, rechtliche und öffentliche Nutzung ebenso ansprechen wie Ausstellungen, Veröffentlichungen und Tagungen. Sie behandelten den Wandel des Benutzungsprofils (Dr. Elisabeth Schögl-Ernst, Österreich) und weitere Fragen der Nutzung (Burkina Faso, Großbritannien, Italien, Kroatien, Mazedonien, Oman, Rumänien, Serbien, Südafrika). Thematisiert wurden u.a. auch der Nutzen der Archive im Rahmen der Gewaltenteilung insbesondere für die Rechtssicherheit (Slowenien), Archive und Verwaltung (Türkei), die Bedeutung von Archivalien für die historische Forschung (Bosnien und Herzegowina), Archivalienausstellungen (Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Serbien, Tschechische Republik), die Digitalisierung von Archivalien (Rumänien), Archive im Internet (Polen, Russland, Tschechische Republik, USA) und restauratorische Maßnahmen (Italien, Spanien). Jonathan Rhys-Lewis (Leiter der ICA-Expertengruppe „Archive Buildings & Environment“) berichtete über die Lagerungsbedingungen von archivischen Sammlungen in Großbritannien und darüber, wie Freiwillige zu Bestandserhaltungsmaßnahmen herangezogen werden, um auf diese Weise Kulturgut zu erhalten, das andernfalls wegen fehlender Geldmittel verloren ginge. Dr. Dieter Schlenker stellte das von ihm geleitete Historische Archiv der Europäischen Union in Florenz vor.

Das deutsche Institutsmitglied, Dr. Christian Kruse, fasste unter dem Titel „Der Charme des Originals: Ausstellungen in Archiven“ Erfahrungen der letzten acht Jahre in den Staatlichen Archiven Bayerns zusammen. Die schriftlichen Dokumente aus allen Lebensbereichen, die in Archiven verwahrt werden, seien nahezu ausschließlich Originale und häufig Unikate. Er betonte den besonderen Charme dieser Ori-

ginale, die deshalb im Zentrum jeder Archivausstellung stünden. Er stellte Möglichkeiten und Grenzen archiverischer Ausstellungen vor, üblich seien in den staatlichen Archiven große und kleine Ausstellungen, Lehrausstellungen der Bayerischen Archivschule sowie Wanderausstellungen, die mit Stellwandsystemen und bedrucktem Stoff auch außerhalb der Archive gezeigt werden können. Bei ihnen würden wesentliche Ausstellungsinhalte großer oder kleiner Ausstellungen zusammengefasst. Bewährt hätten sich die Anpassung der Lehrausstellungen an die heutige Zeit, der verstärkte Einsatz von Wanderausstellungen, der Abschluss von Verträgen über die Finanzierung und die Aufgabenverteilung bei Ausstellungen mit Mitveranstaltern, eine modernere Ausstellungs- und Kataloggestaltung, die Professionalisierung der Pressearbeit und die Zusammenarbeit mit dem Museumspädagogischen Zentrum in München.

Die Beiträge werden bereits zum Tagungsbeginn in der Zeitschrift „Atlanti. Review for modern archival theory and practice“ veröffentlicht; sie liegen einschließlich Band 26 (2016) vor. Weil die Druckfassung der Zeitschrift nicht weit verbreitet ist – in Deutschland in der Bibliothek des Bayerischen Hauptstaatsarchivs –, werden die Bände auch im Internet veröffentlicht. Unter der Adresse www.ias-trieste-maribor.eu liegen die Jahressbände 15 (2005) bis 25 (2015) unter *activities/meetings* vor, die Bände 15 (2005) bis 17 (2007) auch unter *publications*. Das Einstellen des Bandes 26 (2016) im Internet folgt in Kürze. Zwei der Beiträge dieses Doppelbandes liegen auf Deutsch vor, 22 Beiträge auf Englisch, einer auf Französisch und vier auf Italienisch. Alle Beiträge sind in englischer, italienischer und slowenischer Sprache zusammengefasst.

Christian Kruse

Veranstaltungen

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv beteiligt sich am gemeinsamen Tag der offenen Tür von Staatskanzlei, Landtag und Verfassungsgerichtshof

Am 26. November 2016 fand der erste gemeinsame Tag der offenen Tür der Bayerischen Staatskanzlei, des Bayerischen Landtages und des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes statt. Die beteiligten Institutionen ergriffen die Gelegenheit und feierten den Geburtstag der bayerischen Verfassung von 1946, der sich 2016 zum 70. Mal jährte.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof wurde bei den Vorbereitungen seiner eigenen Ausstellung vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv mit Digitalisaten, Repros, Vitrinen und einer Leihgabe unterstützt. In der Staatskanzlei waren das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Bayerische Staatsbibliothek mit einem gemeinsamen Stand vertreten. Die Staatsbibliothek präsentierte auf ihrem „E-Reader“ in einer digitalen Blätternversion die im Bestand Staatskanzlei des Hauptstaatsarchivs überlieferten Protokolle des vorbereitenden Verfassungsausschusses. In einer Vitrine des Hauptstaatsarchivs waren das Original des ersten Sitzungsprotokolls sowie weitere Dokumente zur Entstehung der Bayerischen Verfassung von 1946 zu sehen. Zur Erläuterung näherer Zusammenhänge war eine Text- und Bildtafel aufgestellt. Eine Mitarbeiterin des Hauptstaatsarchivs stand für Fragen der Besucher zur Verfügung. Dieses Angebot wurde sehr rege genutzt, zumal die Überlieferungsgeschichte der Verfassung von 1946 alles andere als langweilig ist.



Staatsminister Dr. Marcel Huber, MdL, beim Betrachten der Ausstellungsstücke (Foto: Bayerische Staatskanzlei)



Stand des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Eine (Schmuck-)Ausfertigung der Verfassung mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten, wie sie eigentlich zu erwarten wäre, ist nämlich nicht überliefert.

Nach diesem Original der Verfassung, deren Text am 8. Dezember 1946 veröffentlicht wurde, wird spätestens seit 1947 mit wechselnder Intensität gesucht. Das Fehlen wurde aktenkundig, als ein Mitarbeiter der Staatskanzlei aufgrund von Fehlern in der gedruckten Fassung das Original einsehen wollte. Weder in der Registratur der Staatskanzlei oder des Landtages noch in den Nachlässen von Wilhelm Hoegner und Hans Ehard ist das Dokument bisher aufgetaucht. Allerdings liegt der Entwurf einer „Verfassung des Volksstaates Bayern“ von Wilhelm Hoegner vor. Enthalten ist der Entwurf in den Akten der Bayerischen Staatskanzlei zur Verfassung von 1946, weitere Fassungen finden sich u. a. im Nachlass Ehard. Beide Bestände werden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrt.

Von 1934 bis 1945 lebte der Jurist Hoegner im Exil in der Schweiz. Dort machte er sich bereits Gedanken über die Zukunft Bayerns und arbeitete an Gesetzes- und Verfassungsentwürfen. Auf diese Entwürfe

griff Hoegner zurück, als ihn die amerikanische Militärregierung 1946 mit der Vorbereitung einer Verfassunggebenden Landesversammlung beauftragte. Am 8. März 1946 traf sich der vorbereitende Verfassungsausschuss zu seiner ersten Sitzung. Hoegner ließ an die Ausschussmitglieder einen Vorentwurf der Verfassung verteilen. Auf der Basis dieses Entwurfs konnte der Ausschuss sein Ziel, die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für Bayern, innerhalb eines engen zeitlichen Rahmens bis Juni 1946 erfüllen. Mit den Ergebnissen des vorbereitenden Verfassungsausschusses beschäftigte sich dann die gewählte verfassunggebende Landesversammlung und erarbeitete schließlich die im wesentlichen noch heute gültige Verfassung. In einem Volksentscheid, der zeitgleich mit den ersten Landtagswahlen abgehalten wurde, wurde die Verfassung im Dezember 1946 angenommen. Obwohl sich die Militärregierung die Genehmigung von Gesetzen vorbehielt, erlangte Bayern mit dem Inkrafttreten der Verfassung ein deutlich größeres Maß an Selbständigkeit.

Laura Scherr

Schadensbilder, Prävention, Handling – Workshop zur Bestandserhaltung mit der Staatlichen Graphischen Sammlung

Welche Schadensbilder sind an Archiv- und Sammlungsgut zu finden? Wie sind diese einzuschätzen? Besteht sofortiger Handlungsbedarf? Falls ja, was ist zu tun? Was kann ich als Nicht-Restaurator selber machen? Welche Maßnahmen kann ich selbst durchführen und welche Arbeiten gebe ich bei einem Restaurator in Auftrag? Welche Fachleute können mir noch helfen?

Auch wenn die Staatlichen Archive Bayerns mit der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs selbst über ein Kompetenzzentrum für alle praktischen Fragen der archivischen Bestandserhaltung verfügen, lohnen für weiterführende Ant-

worten auf Fragen wie diese immer auch ein frischer Blick von außerhalb und der Vergleich mit den Praxiserfahrungen von Institutionen, denen sich vergleichbare Probleme stellen.



Schimmelschaden an einem Aktenschriftstück, Detail (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kasten Blau 369/79)



Schäden an Fotoabzügen durch ungeeigneten Klebstoff (Staatsarchiv München, Polizeidirektion 15976).

Deswegen war der Workshop mit dem Titel „Bestandserhaltung von Kunst- und Archivgut – Schadensbilder, Prävention, Handling“, der am 25. und 26. Oktober 2016 in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns stattfand, eine willkommene Chance. Das Schulungsprogramm war vor allem auf Praxistipps und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungswegen für organisatorisch-konservatorische Problemstellungen ausgerichtet. Behandelt wurden auch folgende Fragen: Wie gehe ich mit einem wertvollen, aber schlecht gelagerten und vielfach vorgeschädigten „Dachbodenfund“ um? Wie verpacke ich Objekte in Sonderformaten in Vorbereitung eines Umzugs?

Kerstin Jahn vom Kompetenzzentrum Bestandserhaltung für Archive und Bibliotheken (KBE) der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, leitete den Workshop in Kooperation mit der Staatlichen Graphischen Sammlung München, die freundlicherweise die Seminarkosten getragen hat. Jeweils ungefähr die Hälfte der Teilnehmenden kam aus der Graphischen Sammlung (Magazinverwaltung und Studiensaalbetrieb) und aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv (Archivarinnen und Archivare sowie Restauratorinnen).

Julian Holzapfl

Fortbildungsveranstaltung: Migrationsgeschichte im Spiegel der Archive

Am 23. Februar 2016 veranstaltete die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns in Kooperation mit dem Stadtarchiv München und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Migration in München und Bayern im Spiegel der Archive“. Der ganztägige Workshop richtete sich an Lehrkräfte der Fächer Geschichte und Sozialkunde, die Seminararbeiten aus dem Bereich der Migrationsgeschichte unter Zuhilfenahme originaler Quellen anbieten wollen.

Am Vormittag erläuterte Dr. Philip Zölls Schlüsselbegriffe und Definitionen und stellte das von ihm geleitete Projekt des Stadtarchivs München „Migration bewegt die Stadt“ vor. Unmittelbare Eindrücke in die Situation der ersten Arbeitsmigranten aus Italien konnten anhand eines Filmausschnittes mit Zeitzeugeninterviews gewonnen werden. Zudem präsentierte Dr. Zölls ein von ihm geführtes aktuelles Interview mit dem ehemaligen Münchner Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, der München als Einwanderungsstadt bezeichnete und maßgeblichen Anteil bei der in München weitestgehend gelungenen Integrationsarbeit hatte.

Nach einem Mittagsimbiss wurde die Veranstaltung am Nachmittag in den Räumen der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns fortgesetzt. Andreas Nestl von der Generaldirektion referierte zur Arbeit von Archiven allgemein und zu den Beständen der Staatlichen Archive Bayerns und deren Benützung durch Schülergruppen. Anschließend konnten die Teilnehmer anhand von Findmitteln und einschlägi-

gen Quellen aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und dem Staatsarchiv München erste „Quellenarbeit“ betreiben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiteten rege mit und konnten bereits erste Ideen für Seminarthemen gewinnen. Abschließend resümierte Philip Rabl von der Landeszentrale mit der Hoffnung, Anregungen für eine Beschäftigung von Seminargruppen mit der Migrationsgeschichte anhand archiverischer Quellen gegeben zu haben und das Format dieser Veranstaltung aufgrund des Zuspruches aus dem Teilnehmerkreis verstetigen zu können.

Andreas Nestl

Aktivitäten der „Freunde und Förderer des Hauptstaatsarchivs e.V.“ im Jahre 2016

Im März 2016 hielt der Förderverein die alljährliche Mitgliederversammlung ab. Dabei wurde unter anderem beschlossen, das Projekt der Neuverpackung von überformatigen Staatsverträgen des 19. Jahrhunderts aus dem Bestand Bayern Urkunden fortzuführen. Die in Arbeit befindliche Neuauflage des Nachlassinventars des Bayerischen Hauptstaatsarchivs soll mit einem Zuschuss des Vereins ermöglicht werden. Wie schon in der Vergangenheit, wird der Verein auch künftig die Öffentlichkeitsarbeit des Hauptstaatsarchivs und den Erwerb von Nachlässen unterstützen.

Mit einer Veranstaltung im Kriegsarchiv stellte das Bayerische Hauptstaatsarchiv im April 2016 den Büchernachlass von Professor Hans Schmidt vor. Hans Schmidt lehrte von 1970 bis 1993 als Professor für Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Militär- und Kriegsgeschichte der Frühen Neuzeit sowie des 19. und 20. Jahrhunderts war einer seiner Forschungsschwerpunkte. Im Zuge seiner Forschungen baute er eine umfangreiche Bibliothek auf, die mittlerweile in der Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung steht. Der damalige Bibliotheksreferent des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Dr. Markus Schmalzl, und die beiden Bibliothekarinnen Andrea Jaumann und Sarah Awesu widmeten sich in ihren Vorträgen dem Büchernachlass. Der Historiker und Experimentalarchäologe Dr. Marcus Junkelmann stellte seinen Doktorvater Hans Schmidt, also den Nachlassgeber, vor. Im Anschluss an die Vorträge lud der Verein der Freunde und Förderer zu einem kleinen Empfang ein.

Auch die Eröffnungsveranstaltungen der kleinen Ausstellungen „Die Englischen Fräulein und das Mädchenabitur. Ein Schritt in der Frauenbildung“ (18.5.–29.7.2016) und „Neue Grenzen für Bayern. Der Münchner Vertrag von 1816 und seine Folgen“



Vorstellen des Büchernachlasses von Prof. Dr. Hans Schmidt: Uta Schmidt (2. v. l.) und Dr. Marcus Junkelmann (3. v. l.) im Gespräch mit Veranstaltungsbesuchern (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

(25.10.–30.12.2016) wurden vom Freundeskreis unterstützt.

Im November 2016 waren die Vereinsmitglieder zu dem Vortrag „Glanzstücke – die Goldsiegel der bayerischen staatlichen Archive“ eingeladen. Die Restauratorinnen Christina Bosch und Hildegard Hagen hatten bei einer internationalen Expertentagung in Paris im Juni 2016 die in Bayern verwahrten Goldbullen einem ausgewählten Fachgremium vorgestellt. Für die Freunde und Förderer des Hauptstaatsarchivs trugen die beiden Restauratorinnen ihre spannenden Erkenntnisse erneut vor. Illustriert wurde der Vortrag durch aussagekräftige Bilder und die Präsentation einiger Urkunden im Original.

Laura Scherr

Neubau des Staatsarchivs Landshut als Besuchermagnet

Der Neubau des Staatsarchivs Landshut stößt seit der Eröffnung im Juli 2016 auf erfreulich großen Anklang bei der kulturell interessierten Bevölkerung in Landshut und darüber hinaus. Seither konnten beinahe wöchentlich verschiedenste Vereine, Firmen, Gremien und sonstige Gruppierungen zu einer Führung mit Rundgang durch das Gebäude begrüßt werden.

Noch im November 2016 wurde bereits der 1000. Führungsteilnehmer gezählt. Dass sich im Vergleich zum bisherigen Sitz auf der Burg Trausnitz im modernen Neubau an der Schlachthofstraße auch die Zahl der Archivbenutzerinnen und -benutzer deutlich erhöht hat, sei hier nur am Rande erwähnt.

Den zahlenmäßigen Höhepunkt des Besucherinteresses bildete **der Tag der offenen Tür** am Samstag, dem 1. Oktober 2016. Rund 500 interessierte Gäste strömten zu den halbstündlich im Wechsel abgehaltenen Vorträgen mit Führungen durch das neue Gebäude einschließlich der Magazine sowie durch die Eröffnungsausstellung „Das Gedächtnis Niederbayerns. Das Staatsarchiv Landshut stellt sich vor“. Das Foyer wurde mit zusätzlichen Sitzgelegenheiten bestückt, damit die Besucher die Wartezeit bis zum Beginn der nächsten Führung überbrücken oder sich von den unerwartet langen Wegen erholen konnten. Für Bücherfreunde stand eine Auswahl von kostenlos abzugebenden Dubletten aus der Amtsbücherei bereit. Experimentierfreudige hatten die Möglichkeit, sich an einem Internetterminal mithilfe des Online-Lesekurses „Digitale Schriftkunde“ der Staatlichen Archive Bayerns im Lesen alter Schriften zu üben.

Die Resonanz der Gäste sowohl auf das neue Gebäude als auch auf die Tätigkeit der Staatsarchive



Tag der offenen Tür im Staatsarchiv Landshut am 1. Oktober 2016 (Fotos: Dr. Monika Ruth Franz, Staatsarchiv Landshut)



war durchwegs positiv und aufgeschlossen. Tatsächlich konnten inzwischen einige Besucher des Tags der offenen Tür als neue Archivbenutzer im Lesesaal begrüßt werden. Besonders erfreulich war die unerwartet umfangreiche Berichterstattung in der örtlichen Presse, die die Veranstaltung nicht nur im Vorfeld beworben hatte, sondern sogar eine ausführliche Nachbesprechung mit ganzseitiger Fotostrecke veröffentlichte.

Doch auch außerhalb besonderer Veranstaltungstage ist das Staatsarchiv Landshut jederzeit bereit, Gruppenführungen anzubieten. Dabei werden die Besucher zunächst in einer einführenden Präsentation zu Funktion, Tätigkeit und Geschichte des Staatsarchivs Landshut in den Vortragsraum eingeladen. Danach schließt sich ein Hausrundgang an, bei dem der Lesesaal, ein Magazingeschoss, der Bürotrakt und schließlich der Ausstellungsbereich besichtigt werden.

Mittlerweile haben den Neubau des Staatsarchivs Landshut bereits ganz unterschiedliche Gruppen aus ganz unterschiedlichen Beweggründen besichtigt: benachbarte Vereine und Firmen, um zu erfahren, was sich hinter der modernen Fassade des neuen Behördengebäudes verbirgt; Heimat- und Familienforscher, um quellenkundliche Fragen zu klären; kirchliche und kulturelle Gruppen aus allgemeinem kulturell-historischem Interesse; Freunde moderner Architektur zum

Austausch über städtebauliche Fragen; Lehrerkollegien, um die Möglichkeit künftiger Zusammenarbeit auszuloten sowie nicht zuletzt Beschäftigte niederbayerischer Behörden, die sich über das Fortleben „ihrer“ ausgesonderten Akten informieren wollen. Bisweilen wurde sogar die Gelegenheit genutzt, nach der Führung noch eine Gremien- oder Arbeitssitzung in den Räumen des Staatsarchivs Landshut abzuhalten (vgl. dazu S 32).

Dieser große Besucheransturm ist vermutlich eine Anfangerscheinung, die im Lauf der Zeit wieder abflachen dürfte. Eine sehr positive Entwicklung kann bereits jetzt festgehalten werden: Das Verlassen des traditionsreichen Standortes Burg Trausnitz und der Bezug des Neubaus waren für das Staatsarchiv Landshut weit mehr als die Bereitstellung zusätzlicher Lagerflächen auf dem heutigen technischen Stand. Vielmehr ist das Staatsarchiv Landshut durch den geschaffenen Öffentlichkeitsbereich und eigene Aktivitäten auf dem besten Weg, sich in der örtlichen und regionalen Wahrnehmung fest als die kulturelle Größe zu etablieren, die es aufgrund der Bedeutung seiner Überlieferung für Niederbayern eigentlich schon längst hätte sein müssen.

Thomas Paringer



IHK Niederbayern im Staatsarchiv Landshut: Professor Dr. Stoffel, Präsident der Hochschule Landshut (Foto: IHK Niederbayern)

IHK Niederbayern tagt im Staatsarchiv Landshut

Am Donnerstag, dem 27. Oktober 2016, fand eine Ausschusssitzung der Industrie- und Handelskammer Niederbayern in den Räumen des Staatsarchivs Landshut statt. Die Idee dazu wurde bei der Einweihung unseres Neubaus im Juli 2016 geboren, zu der auch einige Mitglieder der IHK eingeladen waren. Sie zeigten sich von dem Gebäude sehr angetan und fragten kurze Zeit später an, ob die Abhaltung einer Sitzung möglich sei. Das Staatsarchiv hatte bisher keine Erfahrung auf dem Gebiet der Nutzung seiner Räumlichkeiten durch fachfremde Gruppen. Angesichts der schönen und hierfür geeigneten Räume unseres Neubaus wollten wir dies gerne erproben. Im Nebeneffekt war es eine Möglichkeit, uns und unser Haus einem bisher völlig fremden Zielpublikum näherzubringen.

Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. 26 Mitglieder aus allen Teilen Niederbayerns, vor allem Unternehmer, nahmen an dieser Tagung teil. Sie begann am Nachmittag um 15.30 Uhr mit einer kurzen Einführung in Struktur und Aufgaben eines Staatsarchivs. Anschließend fand eine Führung durch das Haus statt. Das Interesse war sehr groß und es wurden viele Fragen zu Funktion und Aufgaben des Archivs im Allgemeinen und diesem Bau im Besonderen gestellt. Nach einer von der IHK organisierten Kaffeepause hielten die Mitglieder ab 17.00 Uhr ihre Sitzung in dem Lesesaal ab, der sich durch Größe und Aufbau hierfür besser eignete als der Vortragsraum.

Außerdem fanden alle diesen Raum auch architektonisch besonders interessant und ansprechend. Die Veranstaltung endete um 19.30 Uhr mit der Bitte, in diesen Räumen in gleicher oder auch veränderter Form wieder einmal tagen zu dürfen.

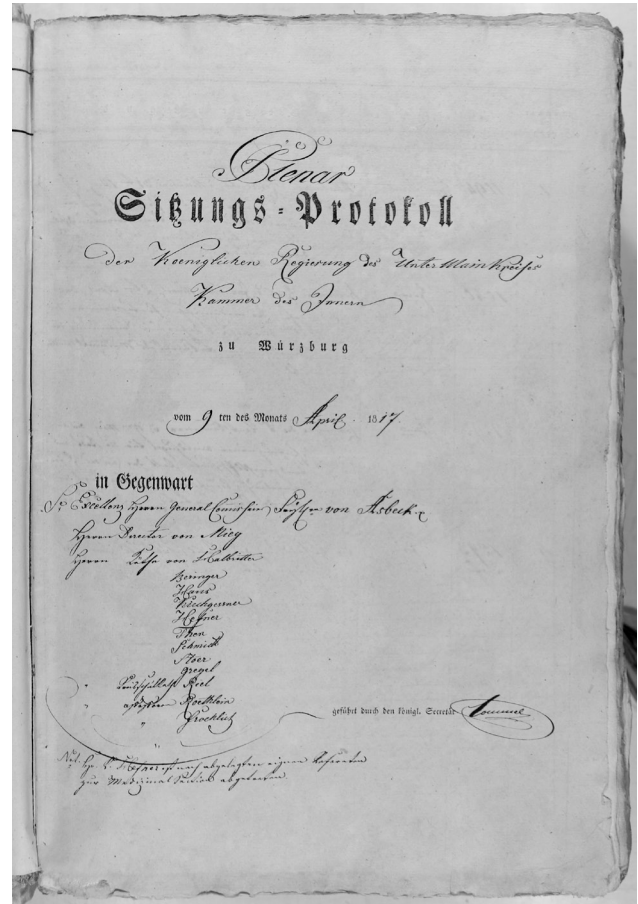
Martin Rüth

Staatsarchiv Würzburg beteiligt sich an Feierlichkeiten zum 200-jährigen Bestehen der Regierung von Unterfranken

Am 1. April 2017 kann auch die Regierung von Unterfranken auf ihr 200-jähriges Bestehen zurückblicken. Zwar waren die beiden größten territorialen Bestandteile des heutigen Regierungsbezirks Unterfranken – das Großherzogtum Würzburg und das Fürstentum Aschaffenburg – staatsrechtlich bereits mit zwei Besitzergreifungspatenten vom 19. Juni 1814 an das Königreich Bayern übergegangen, doch zogen sich die Angleichung der administrativen Gegebenheiten in diesen neubayerischen Gebieten an die Verhältnisse im restlichen Königreich noch fast drei Jahre hin. Ursache dieser ungewöhnlich langen „Hängepartie“ waren offene Gebietsfragen zwischen Bayern und Österreich, die erst mit dem Münchner Vertrag vom 14. April 1816 ihr Ende fanden. Deshalb arbeiteten die Würzburger und Aschaffenburg Behörden auch nach dem 19. Juni 1814 unter der Oberaufsicht je einer eigenen Hofkommission zunächst einmal weiter. Erst im Zuge der Einteilung Bayerns in acht Kreise



Sitzungsprotokoll der Regierung de Untermainkreises von April und Mai 1817 (Staatsarchiv Würzburg, Regierungsprotokoll 2)
(Fotos: Josef Hetzer, Staatsarchiv Würzburg)



durch die Verordnung vom 20. Februar 1817 und der dadurch bedingten Schaffung des Untermainkreises wurden die Landesdirektion Würzburg und die Präfektur Aschaffenburg endgültig aufgelöst und durch die jetzt für den gesamten Kreis zuständige neue Mittelbehörde „Regierung des Untermainkreises“ ersetzt. Sie wurde 1838 zwar in „Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg“ umbenannt, doch blieb ihr Zuständigkeitsprengel mit wenigen Ausnahmen über 200 Jahre konstant.

Aus Anlass dieses denkwürdigen Ereignisses fand am 31. März 2017 eine Feierstunde statt, an der auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann teilnahm. Anschließend wurde im Foyer der Regierung die Ausstellung „200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817–2017“ eröffnet. An Konzeption und Ausgestaltung dieser Ausstellung war unter Federführung der Regierung von Anfang an auch das Staatsarchiv Würzburg beteiligt. Unter anderem wurden dort einige aussagekräftige Originalquellen aus der reichhaltigen Überlieferung der Regierung von Unterfranken präsentiert, beispielsweise der frisch restaurierte voluminöse Band der Sitzungsprotokolle der Kammer des Innern für die Monate April und Mai 1817. Teile der Ausstellung waren im Mai und Juni 2017 auch im Staatsarchiv zu sehen.

Ein noch gewichtigerer Beitrag zum Jubiläumsjahr dürften die seit längerem laufenden Erschließungsarbeiten zur provenienenzgemäßen Neuformierung der umfangreichen Akten- und Urkundenbestände der Regierung von Unterfranken und ihrer Vorgängerinstitutionen sein. Die noch vorhandenen Aktenbestände der kurbayerischen (1803–1806) und der großherzoglich würzburgischen Landesdirektion (1806–1817) sowie der Regierungsfinanzkammern des Untermainkreises (1817–1837) und von Unterfranken und Aschaffenburg (1838–1919), die bisher auf zahlreiche Bestände aufgeteilt waren, wurden zusammengeführt und sachgerecht erschlossen. Es ist geplant, in diesem Jahr weitere Aktenbestände der Regierung des Untermainkreises (Kammer des Innern und Präsidium) neu aufzustellen.

Auch die teilweise seit 1945 nicht mehr zugänglichen Urkundenbestände der Regierung wurden vollständig neu verzeichnet (Bestände „Regierung Untermainkreis, Urkunden“ und „Regierung von Unterfranken, Urkunden“). Nach der Online-Stellung der entsprechenden Findmittel werden der Geschichtsforschung nunmehr zentrale Quellenbestände zur unterfränkischen Geschichte des 19. Jahrhunderts in völlig neuer und leicht zugänglicher Form zur Verfügung stehen.

Jens Martin

Archivpflege

Oberpfälzer Archivflegertagung zu digitaler Archivierung und zu Schülerunterlagen

Die jährlich stattfindenden Archivflegertagungen des Staatsarchivs Amberg bieten den ehren- und nebenamtlichen Gemeindecarchivarinnen und -archivaren sowie Kreisarchivpflegern der Oberpfalz regelmäßig Gelegenheit, sich zu aktuellen archivfachlichen Themen fortzubilden und den kollegialen Informations- und Meinungsaustausch zu pflegen. Die Veranstaltung im zurückliegenden Jahr, zu der die Leiterin des Staatsarchivs Dr. Maria Rita Sagstetter am 13. Oktober 2016 rund 70 Teilnehmer aus dem gesamten Regierungsbezirk in Amberg begrüßen konnte, befasste sich mit der digitalen Erschließung und Langzeitsicherung im Kommunalarchiv sowie der Archivierung von Schülerunterlagen.

Das Vortragsprogramm begann mit einem Werkstattbericht von Dr. Manuela Daschner vom Verein „Kommunale Archivpflege im Landkreis Regensburg e.V.“, zu dem sich 2015 acht Gemeinden zum Zweck der interkommunalen Kooperation zusammengeschlossen hatten. Sie stellte Schwerpunkte und Organisation ihrer Archivarbeit für die Mitgliedsgemeinden vor und ging insbesondere auf die Erschließung von kommunalen Unterlagen mit der Archivsoftware ACTApro ein. Zwar kommt den Ausführungen von Dr. Daschner zufolge das Erfassungsmodul ACTApro Desk aktuell ausschließlich zur Ordnung und Verzeichnung von Papierunterlagen zum Einsatz, jedoch sei vorgesehen, die IT-Ausstattung um das Modul ACTApro Repository für die OAIS-konforme Langzeitarchivierung von elektronischem Archivgut auszuweiten.

Dass aus dem zunehmenden IT-Einsatz in der Verwaltung nicht nur für den Staat, sondern auch für die Kommunen die Notwendigkeit resultiert, sich mit der Aufgabe der Archivierung elektronischer Unterlagen auseinanderzusetzen und hierfür geeignete Lösungen zu finden, machte als weiterer Referent Dr. Bernhard Grau, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, deutlich. Zur Veranschaulichung nannte er Beispiele für gängige bzw. obligatorisch anzuwendende kommunale IT-Verfahren, aus denen bereits jetzt oder in naher Zukunft Daten für die Archivierung anzubieten sind. Zwar seien mittlerweile verschiedene Systemlösungen für die digitale Archivierung verfügbar, jedoch stehe zu vermuten, dass die Mehrzahl der Städte und erst recht der Gemeinden angesichts ihrer personellen und finanziellen Kapazitäten kaum in der Lage sein dürfte, **das Problem der digitalen Lang-**

zeitsicherung allein zu stemmen. Dr. Grau plädierte dafür, die Herausforderung im Verbund anzugehen. Als vorläufige Strategie für den Hausgebrauch empfahl er die Schaffung einer Basisinfrastruktur, die insbesondere folgende Komponenten umfassen sollte: Einrichtung eines Festplattenspeichers mit exklusivem Zugriff (Netzwerkspeicher), Entwicklung einer nachvollziehbaren Ablagestruktur, Konvertierung in archivfähige Formate, Mehrfach-Speicherung und Erfassung der übernommenen Daten sowie Dokumentation der Ablageorte.

Wie aufwendig und langwierig der Weg bis zur Inbetriebnahme eines digitalen Archivs sich gestalten kann, demonstrierte auf beeindruckende Weise der anschließende Vortrag von Dr. Daniel Baumann vom Stadtarchiv München. Er stellte das Münchner Modell vor, die „Übernahme, Speicherung und Benutzung digitaler Unterlagen auf Basis von scopeOAIS“. Die Landeshauptstadt ist bislang die einzige Kommune in Bayern, die über eine Lösung für die digitale Archivierung verfügt. Dr. Baumann skizzierte wesentliche Etappen der Projektgeschichte – vom Stadtratsbeschluss über die Einführung eines Systems zur digitalen Langzeitarchivierung im Jahr 2011 über die Erstellung eines Fachkonzepts und die Ausschreibung eines Basissystems bis zu dessen Inbetriebnahme 2016. Für die Umsetzung der digitalen Archivierung wurde eine Koordinierungsstelle geschaffen, die für die Beratung bei der Bewertung elektronischer Unterlagen, die Konzeption von Archivschnittstellen, die Datenaufbereitung im Pre-Ingest und die Durchführung des Ingests zuständig ist. Ergänzend berichtete Dr. Baumann über bereits erfolgte und unmittelbar geplante Übernahmen sowie **über erste praktische Erfahrungen**. Als nächste Projektetappe steht für 2017 die Einführung von scopeArchiv als Erschließungs- und Nachweisdatenbank für analoges und digitales Archivgut an; zusätzlich soll scopeQuery als Instrument für die online-Recherche in den Beständen des Stadtarchivs zum Einsatz kommen.

Im zweiten Teil der Tagung stand die Archivierung von Schülerunterlagen auf der Agenda. Dr. Grau referierte über die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für den Umgang mit Schülerunterlagen, insbesondere die Verordnung über Schülerunterlagen vom 11. September 2015 und die Archivierungsvereinbarung zwischen dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns vom 14. April 2016, und zeigte die

sich daraus ergebenden Konsequenzen auf, etwa die Unzulässigkeit von Schularchiven, klare Regelungen für Aufbewahrungsfristen, Aussonderungszeitpunkte und Zuständigkeiten sowie die Vernichtung von nicht archivwürdigen Schülerunterlagen. Da der Umfang der Überlieferung eine Komplettarchivierung in den Staatsarchiven nicht zulässt – weder aus Platzgründen noch wegen des jährlich zu erwartenden Aussonderungsaufwands –, sieht die Archivierungsvereinbarung ein Auswahlmodell vor und eröffnet alternativ zur Übernahme durch das zuständige Staatsarchiv unter bestimmten Bedingungen die Option der Depositionierung in einem anderen öffentlichen, z.B. kommunalen Archiv.

Dr. Till Strobel, Staatsarchiv Amberg, präsentierte ergänzend das Archivierungsmodell für Schülerunterlagen der Oberpfälzer Schulen. Er gab einen Überblick über die im Staatsarchiv bereits vorhandenen Unterlagen von Grundschulen, Gymnasien und pädagogischen Ausbildungseinrichtungen und erläuterte die Kriterien, die der im Anhang der Archivierungsvereinbarung veröffentlichten Auswahl von 29 Oberpfälzer „Musterschulen“ zugrunde gelegt wurden. Auf der Grundlage der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen sind nunmehr alle Schulen aufgefordert, entbehrlich gewordene Verwaltungsunterlagen sowie Schülerunterlagen aus der Zeit vor 1950 und zu Personen von besonderem Interesse dem zuständigen Staatsarchiv anzubieten; bei den für die Auswahlarchivierung bestimmten „Musterschulen“ gilt diese Anbietepflicht darüber hinaus für sämtliche bei ihnen erwachsenen Schülerunterlagen nach Ablauf der längsten Aufbewahrungsfrist.

Maria Rita Sagstetter

Tagung der Archivpfleger des Regierungsbezirks Schwaben im Staatsarchiv Augsburg

Manches an der jährlichen Arbeitstagung der Archivpfleger der Landkreise des Regierungsbezirks Schwaben, die am 19. Oktober 2016 im Staatsarchiv Augsburg stattfand, mag den Teilnehmern wie ein Déjà-vu vorgekommen sein. Denn wie 2015 standen wieder die Themen Archivierung von Schülerunterlagen und Magazinbau des Staatsarchivs Augsburg im Vordergrund.

Zum ersten Bereich, den Schülerunterlagen, berichtete Dr. Claudia Kalesse ausführlich über die bisherige Praxis bei der Aussonderung von staatlichen Schulen im Regierungsbezirk. Im Anschluss daran erläuterte Dr. Thomas Engelke die Archivierungsvereinbarung zwischen der Staatlichen Archivverwaltung und dem Kultusministerium. Am Nachmittag folgte eine ausführliche Führung durch den Magazinbau.

Dazwischen tauschen sich die Archivpfleger wie gewohnt rege aus. Als Zusammenfassung der Arbeitsberichte der Archivpfleger kann konstatiert werden, dass sich die Archivpflege im Regierungsbezirk Schwaben auf einem guten Weg befindet. Bei rund einem Drittel der kommunalen Archive im Sprengel sind inzwischen vertretbare bis gute Bedingungen für die Unterbringung des Archivguts geschaffen, und sie sind weitgehend geordnet und verzeichnet. Bei einem weiteren Drittel sind entsprechende Arbeiten zumindest auf den Weg gebracht.

Auch 2016 konnten Gemeindearchive, die im Staatsarchiv Augsburg eingelagert gewesen waren, an Gemeinden zurückgegeben werden, nämlich Warmisried (Gde. Unteregg) und Blindheim (vgl. Nachrichten Nr. 70/2016 und Nr. 71/2016).

Sorgen bereitet jedoch die Besetzung der Archivpflegerstellen in den einzelnen Landkreisen. Während zum Beispiel der Landkreis Unterallgäu mit zwei erst seit Kurzem tätigen und vergleichsweise jungen Archivpflegern hervorragend besetzt ist, ist der Landkreis Ostallgäu das Sorgenkind im Sprengel, da derzeit beide Archivpflegerposten vakant sind. Auch in anderen Landkreisen sind einzelne Sprengel derzeit nicht besetzt.

Thomas Engelke



Dr. Thomas Engelke (rechts) mit schwäbischen Archivpflegern in der Lichtfuge zwischen Bestandsbau und Magazinneubau (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg)

Kommunen im Landkreis Coburg zum Archivpflegetreffen eingeladen

Auf reges Interesse stieß bei den Kommunen im Landkreis Coburg die Einladung zum „Archivpflegetreffen“ am 8. Dezember 2016. Auf Einladung der Kreisarchivpfleger und des Staatsarchivs Coburg bestand Gelegenheit, sich über aktuelle Fragen im Bereich des kommunalen Archivwesens zu informieren und auszutauschen.

Zielgruppe der Veranstaltung waren sowohl die mit der Betreuung der Archive betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinden als auch die geschäftsleitenden Beamten der Kommunalverwaltungen. Auch das hauptamtlich besetzte Stadtarchiv der kreisfreien Stadt Coburg nahm teil und stand als kompetenter Ansprechpartner für Fragen zur Verfügung. Helmut Schöttner, Kreisarchivpfleger für den Landkreis Coburg (Süd), und Johannes Haslauer, Leiter des Staatsarchivs Coburg, führten die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen in Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Herausforderungen der Archivierung auf gemeindlicher Ebene ein.

Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der immer bedeutsamer werdenden Thematik der Verwaltung, Sicherung und Übernahme digitaler Unterlagen, die inzwischen in nahezu jeder Gemeinde entstehen. Auch über die zwischen dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns geschlossene Archivierungsvereinbarung zur Archivierung der Schülerunterlagen wurden die Gemeindevorteiler informiert, besteht doch hier künftig in bestimmten Fällen auch ein kommunales Handlungsfeld.

Archivamtfrau Birgit Hufnagel demonstrierte an praktischen Beispielen die Palette an modernen konservatorisch geeigneten Verpackungsmaterialien für verschiedenste Typen von Archivgut – vom klassischen Papierakt über Fotoabzüge bis hin zum Glasplattennegativ. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich von der Möglichkeit des Austauschs und der Fortbildung sehr angetan. Es ist vorgesehen, die Veranstaltung künftig mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten regelmäßig durchzuführen.

Johannes Haslauer

Treffen der niederbayerischen Archivare und Archivpfleger im neuen Staatsarchiv Landshut

Für den 22. November 2016 lud das Staatsarchiv Landshut zu seinem alljährlichen Treffen der niederbayerischen Archivpflegerinnen und -pfleger, der

kommunalen Archivarinnen und Archivare und der für die Registraturen der Landratsämter zuständigen Personen ein. Diese Treffen finden in Niederbayern an stets wechselnden Orten statt, Gastgeber ist meist ein kommunales Archiv. Da der Neubau des Staatsarchivs Landshut gerade erst bezogen worden war und wir nun die Möglichkeit besitzen, eine solche Tagung auch im eigenen Haus durchzuführen, fand die diesjährige Tagung im Staatsarchiv statt.

Das Hauptthema der Veranstaltung bildete die Bewertung und Aussonderung in den gemeindlichen Archiven. Als Referentin hierfür konnte Kirsten Stahmann M.A., Archivarin der Gemeinde Haar und Mitglied des Arbeitskreises „Bewertung von kommunalem Schriftgut“, gewonnen werden. Daneben war aber wie immer Raum für sonstige Probleme und Diskussionen. Mit 34 Teilnehmenden war diese Tagung eine der bisher größten. Nach einem Vormittag mit lebhaften Rede- und Diskussionsbeiträgen und einem gemeinsamen Mittagessen bildete eine ausgedehnte Führung durch den Neubau des Staatsarchivs das Schwergewicht der zweiten Tageshälfte.

Wie häufig konnte man auch diesmal das Resümee ziehen, dass neben der gebotenen externen Information vor allem der Austausch untereinander der wertvollste und wichtigste Teil der Gesamtveranstaltung war. Die meisten der Anwesenden verrichten ihre Arbeit als „Einzelkämpfer“ und nehmen daher gerne die Gelegenheit wahr, sich auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und auch einmal Randthemen anzusprechen, die in ihrer Alltagsarbeit aber gerade dominieren.

Martin Rüth

Archivpflögertagung im Staatsarchiv München

Am 25. Oktober 2016 trafen sich 20 oberbayerische Archivpflegerinnen und -pfleger im Staatsarchiv München. Sie wurden vom Leitenden Archivdirektor Dr. Christoph Bachmann und von Archivrätin Christine Kofer M.A. empfangen, die eine Reihe von aktuellen Themen aus den Bereichen der Übernahme von Schriftgut und Fotos, der rechtlichen Grundlagen und der Bestandserhaltung präsentierten. Schwerpunkt war die Archivierung von Schulunterlagen. Da Archive in den Schulen nicht mehr bestehen dürfen und das Staatsarchiv München nicht die Unterlagen aller staatlichen Schulen im Regierungsbezirk Oberbayern übernehmen kann, besteht die Möglichkeit, diese auch in die Stadt- und Gemeindearchive zu übernehmen. Die vorgestellten Entwicklungen und Vorgehensweisen boten Stoff für rege Diskussionen.

Daneben wurde auf die Bedeutung von Satzungen als rechtliche Grundlage für die Archivierung und



Archivare und Archivpfleger im Staatsarchiv Landshut (Foto: Dr. Monika Ruth Franz, Staatsarchiv Landshut)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Archivpflegertagung im Staatsarchiv München
(Foto: Claudia Mannsbart, Staatsarchiv München)

Benützung hingewiesen. Wie sich im Laufe der Gespräche herausstellte, gibt es jedoch noch längst nicht in allen Gemeindearchiven entsprechende Satzungen. Daher wurde dringend empfohlen, darauf hinzuwirken, dass Satzungen erlassen werden.

Im Bereich der Bestandserhaltung wurde auf unterschiedliche Arten von Schäden, u.a. Schimmel, aufmerksam gemacht sowie verschiedene Möglichkeiten der Schadensbehebung und Restaurierung gezeigt, wie die Nassverfahren zur Entsäuerung von Papier. Eindringlich geraten wurde, die Schadensbekämpfung schon im Interesse der eigenen Gesundheit nicht selbst durchzuführen, sondern Spezialfirmen damit zu beauftragen. Generell sollte für den Erhalt von Archivgut auf ein konstantes Klima ohne größere Schwankungen geachtet werden. Bei der Übernahme von Unterlagen, die in Gebäuden mit Lindan- und Pentachlorphenol (PCP)-Belastung gelagert wurden, ist besondere Vorsicht geboten, da diese Holzschutzmittel als krebserregend gelten. Hinweise auf die Belastung mit verdächtigen Stoffen bietet die „MAK-Datenbank“ (Maximale Arbeitsplatz-Konzentration): <https://www.wiko-berlin.de/institution/bibliothek/recherche/dbis/dbis-detail/?libconnect%5Btitleid%5D=8613>

Die Archivpflegerinnen und -pfleger gaben Einblicke in die räumliche und personelle Situation in den verschiedenen Gemeindearchiven und wiesen darauf hin, dass gerade in kleineren Kommunen oftmals keine geeigneten Räume und kein Personal vorhanden seien, um eine geregelte Benützung zu gewährleisten. Sie wünschten sich größeres Verständnis von Seiten der Bürgermeister und Gemeinden. Den Abschluss eines informativen und abwechslungsreichen Tages bildete eine themenbezogene Magazinführung zu Karten und Plänen von Dr. Bachmann.

Christine Kofer

In Mittelfranken sind alle Sprengel in der Archivpflege wieder besetzt

Mit der Bestellung von Dr. Martina Switalski und Manfred Gleitsmann zu Archivpflegern für den Landkreis Erlangen-Höchstadt zum 1. November 2016 konnte eine seit neun bzw. 13 Jahren anhaltende Vakanz bei der Betreuung von 20 nicht hauptamtlich besetzten Archiven von Städten, Märkten, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften beendet werden. In Mittelfranken gibt es neben den kreisfreien Städten in sieben Landkreisen insgesamt 230 Kommunen, die gemäß Artikel 57 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern im eigenen Wirkungskreis für die Archivierung ihrer Unterlagen selbst verantwortlich

sind. In den jeweiligen Registraturen und Archiven sind in der Regel Damen und Herren im Neben- oder im Ehrenamt für die Betreuung der einzigartigen historischen Unterlagen zuständig. Allerdings fehlt häufig das Fachwissen v.a. bei der Betreuung und Erschließung der Archivalien, bei der Aktenaussonderung und bei manchmal etwas kniffligen Fragen der Benützung.

Diese Lücke füllen durch ihre beratende Funktion die Archivpfleger, die ebenfalls im Ehrenamt für die Dauer von jeweils fünf Jahren im Zusammenwirken der Kreistage bzw. Landratsämter und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns bestellt werden. In Mittelfranken gab es in dieser Hinsicht erfreuliche Kontinuitäten, so in den Landkreisen Ansbach, Fürth, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Nürnberger Land und Roth.

Dagegen war der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen über mehrere Jahrzehnte verwaist, bis mit Siglinde Buchner seit August 2013 eine kenntnisreiche und tatkräftige Persönlichkeit für dieses Amt nominiert werden konnte. Allerdings musste sie beim Besuch von 30 Kommunalarchiven zum Teil erhebliche Überlieferungsverluste feststellen, die als unwiederbringlich anzusehen sind.

Gute Unterbringung, Erschließung und Betreuung der Archive sind letztlich das Verdienst der neun Archivpflegerinnen und Archivpfleger, die mit hohem Engagement für die Bewahrung der archivalischen Überlieferung in den Kommunen Sorge tragen. Dabei werden sie unterstützt vom zuständigen Staatsarchiv Nürnberg, das regelmäßig Fortbildungen abhält. So wurde die jährliche Arbeitstagung dem „Papierlosen Büro“ bzw. Fragen der Digitalisierung und des elektronischen Umgangs mit internen wie externen Geschäftsprozessen gewidmet. Nach dem vorangehenden, obligatorischen Erfahrungsaustausch am Samstag, dem 10. Dezember 2016, im Staatsarchiv Nürnberg referierten Archivamtsrat Gunther Friedrich über die „Elektronische Vorgangsbearbeitung im Staatsarchiv Nürnberg“ und Thomas Ebeling von document capture & management softgate GmbH, Erlangen über „Kofax Capture – Automatisierte Posteingangserfassung“. Denn in den Kommunen hat das digitale Zeitalter längst Einzug gehalten und gerade die langfristige Speicherung elektronischer Daten muss professionell begleitet werden.

Peter Fleischmann

Schriftgutverwaltung

Schwäbische Registratoren zu Gast im Staatsarchiv Augsburg

Wie seit gut 15 Jahren üblich, trafen sich auch im Herbst 2016 die Registratorinnen und Registratoren der zehn schwäbischen Landratsämter unter der Leitung von Archivoberrat Rainer Jedlitschka M.A. zum Erfahrungsaustausch. Aus aktuellem Anlass der kurz zuvor eingeweihten Magazinerverweiterung war als Tagungsort das Staatsarchiv Augsburg gewählt worden, wo man sich am 17. Oktober 2016 versammelte.

einigen Ämtern zu schaffen. Hier wurde von Seiten des Staatsarchivs empfohlen, derartige Aktengruppen regelmäßig anzubieten, um so deren überwiegende Vernichtung bzw. Archivierung im Einzelfall zu erreichen und auf diese Weise Raum zu gewinnen. Die Landratsämter Aichach-Friedberg und Günzburg planen die Anbietetung von Baugenehmigungsakten. Von Archivseite wurde nochmals erläutert, dass nach einer Vereinbarung der bayerischen Archivverwaltung mit der Obersten Baubehörde in München Baugenehmigungsakten ab dem Jahrgang 1963 vor einer Abgabe an das Staatsarchiv nachkassiert werden müssen, sofern es sich um nach heutiger Rechtslage genehmigungsfreie Bauten handelt. Als Orientierungshilfe kann die vom Staatsarchiv Bamberg erarbeitete Handreichung dienen, die bei früheren Treffen bereits ausgeteilt worden war. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) ist überall Thema, dabei kommen unterschiedliche Produkte zum Einsatz. In der täglichen Arbeit bereits trefflich bewährt hat es sich im Landratsamt Günzburg (Produkt *d.3 von d.velop*). Der Tagungsleiter betonte, dass bei einer solchen Maßnahme die Registratur des jeweiligen Landratsamtes in jedem Fall miteinbezogen werden müsse, und hob die Bedeutung eines durch



Die Tagungsteilnehmer vor dem Magazinbau des Staatsarchivs Augsburg (Foto: Richard Helfrich, Staatsarchiv Augsburg)

Am Anfang stand wie immer die Berichtsrunde der Teilnehmenden zur Situation in ihren Landratsämtern. In vielen Ämtern hat die Flüchtlingskrise zu einer Aufstockung von Personal geführt, was einerseits die Raumsituation verschärft, andererseits durch Auslagerungen von Abteilungen zusätzlichen Aufwand für die Arbeit des Registraturpersonals (z.B. Kurierdienst für Aktentransport zwischen den Standorten) bedeutet. Die Aktenführung scheint bei manchen Sachbearbeitern optimierbar (chronologische Ablage, saubere Heftung, Beachtung des Aktenplans). Es gibt aber auch sehr positive Beispiele. Der Einheitsaktenplan findet in fast allen Landratsämtern routinierte Verwendung. Der hohe Platzbedarf für Massenakten wie Führerscheinunterlagen und Sozialhilfeakten macht

nehmigungsakten ab dem Jahrgang 1963 vor einer Abgabe an das Staatsarchiv nachkassiert werden müssen, sofern es sich um nach heutiger Rechtslage genehmigungsfreie Bauten handelt. Als Orientierungshilfe kann die vom Staatsarchiv Bamberg erarbeitete Handreichung dienen, die bei früheren Treffen bereits ausgeteilt worden war. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) ist überall Thema, dabei kommen unterschiedliche Produkte zum Einsatz. In der täglichen Arbeit bereits trefflich bewährt hat es sich im Landratsamt Günzburg (Produkt *d.3 von d.velop*). Der Tagungsleiter betonte, dass bei einer solchen Maßnahme die Registratur des jeweiligen Landratsamtes in jedem Fall miteinbezogen werden müsse, und hob die Bedeutung eines durch

die Registratur gepflegten Aktenplans hervor. Da das Landratsamt Aichach-Friedberg ebenfalls die Einführung eines DMS plant, waren die Registratorinnen Ende 2016 nochmals im Staatsarchiv zu Gast, um sich die hier verwendete *Fabasoft eGovSuite* vorführen zu lassen.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen besichtigten alle Teilnehmer die im Sommer 2016 fertiggestellte Magazinerweiterung des Staatsarchivs. Die Kolleginnen und Kollegen waren von diesem Treffen sehr angetan. Es wurde erneut deutlich, wie effizient durch diese Tagungen der im Bayerischen Archivgesetz verankerte Beratungsauftrag des Staatsarchivs erfüllt werden kann. Aufgrund der in diesem Kreis gewonnenen Informationen lassen sich einzelne Besuche vor Ort gezielt planen, wenn es z.B. darum geht, den Verantwortlichen die Bedeutung einer geordneten Schriftgutverwaltung gerade auch in Zeiten digitaler Aktenführung zu erläutern.

Rainer Jedlitschka

den sind aufgrund der großen Aufgabenfülle für die Überlieferungsbildung der Staatsarchive besonders wichtig. Damit sollte baldmöglichst nach Bezug des Neubaus und der damit erfolgten Beseitigung der Kapazitätsprobleme ein Impuls für die Fortsetzung der Aussonderungstätigkeit gegeben werden; diese ist in der Regel ohnehin recht intensiv, aber durchaus unterschiedlich. Den Bedarf für eine solche Schulung bestätigten die regen Anmeldungen, die aus allen niederbayerischen Landratsämtern mit Zentralregistratur eingingen. Aufgrund des zeitlichen Abstandes zur letzten Schulung wurde der Titel der Fortbildung („Aktenaussonderung und Aktenführung“) bewusst allgemein gehalten. Der Schwerpunkt der von Dr. Thomas Paringer durchgeführten Veranstaltung sollte auf die Praxis der Aktenaussonderung sowie auf einen allgemeinen Erfahrungsaustausch gelegt werden. Die Teilnehmenden wurden daher bereits in der Einladung dazu aufgefordert, eigene Probleme anzusprechen, bewährte Vorgehensweisen weiterzugeben und Erfahrungen auszutauschen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Registratorenschulung mit Dr. Martin Rütth (2. v. r.) und Dr. Thomas Paringer (4. v. r.)
(Foto: Dr. Monika Ruth Franz, Staatsarchiv Landshut)

Registratorenfortbildung der niederbayerischen Landratsämter

Nach vielen Jahren konnte das Staatsarchiv Landshut im November 2016 wieder eine Fortbildung für die Registratorinnen und Registratoren der niederbayerischen Landratsämter anbieten. Diese Behör-

den sind aufgrund der großen Aufgabenfülle für die Überlieferungsbildung der Staatsarchive besonders wichtig. Diese teils abstrakten Vorgaben wurden dann anhand praktischer Beispiele erläutert. Auch die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel (z.B. EAPL mit Fristenkatalog, Liste der nicht

anbietepflichtigen Unterlagen) wurden vorgestellt. Schließlich wurde auch der Umgang mit besonderen Gruppen innerhalb der Überlieferung der Landratsämter (insbesondere Baugenehmigungsakten und Personenstandszweitschriften) angesprochen. Die regen Wortbeiträge der Teilnehmenden belegten den Charakter der Veranstaltung als praxisorientiertes Seminar eindrucksvoll.

Mit der Vorstellung des im Staatsarchiv Landshut bereits seit dem Jahr 2010 eingesetzten Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems *Fabasoft eGov-Suite Bayern* im Echtbetrieb rundete Dr. Paringer die Fortbildung ab, so dass schließlich auch

der Themenbereich elektronische Aktenführung, der bei der Aussonderungspraxis bis dahin nur am Rande angesprochen worden war, noch die notwendige Würdigung erfuhr.

Zum Abschluss der Fortbildungsveranstaltung konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen einer Gebäude- und Magazinführung persönlich davon überzeugen, dass das Staatsarchiv Landshut auf Jahrzehnte hinaus wieder über ausreichend Magazinkapazität, nicht zuletzt für die Unterlagen der niederbayerischen Landratsämter verfügt.

Thomas Paringer

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Siegelmagie im schriftarmen frühen Mittelalter? Menschenhaare in Siegeln der frühen Karolingerzeit nachgewiesen

Im deutschsprachigen Raum weist die Urkundenlehre (Diplomatik) eine lange und starke Tradition auf. Die Siegelkunde (Sphragistik) hingegen erfuhr weniger Aufmerksamkeit. Das eher überschaubare Forschungsinteresse spiegelt sich auch in den archivischen Erschließungsdaten für Siegel wider, die meistens wenig aussagekräftig sind. Mehr Zuwendung erfahren die Siegel in Frankreich, wo den „äußeren

Merkmale“ von Archivalien traditionell besonders viel Beachtung geschenkt wird. Von diesem regen Interesse konnten vor einiger Zeit auch die Staatlichen Archive Bayerns profitieren, als im Herbst 2015 zwei Mitarbeiterinnen des Französischen Nationalarchivs in Paris das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv Augsburg besuchten: Marie-Adélaïde Nielen, „Conservateur en chef“ der Abteilung für Mittelalter und Frühe Neuzeit des Nationalarchivs und in dieser Eigenschaft auch für die dortige umfangreiche und berühmte Siegelsammlung zuständig, und Agnès Prévost, die der dortigen Werkstatt für Restaurierung und Siegelabgüsse vorsteht.



Siegel mit herausstehenden Haaren. Das Siegel gehört zur Urkunde mit der Signatur BayHStA, Kloster St. Emmeram Regensburg Urkunden 1 (Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Die beiden Spezialistinnen hatten bei Untersuchungen an „französischen“ Siegeln aus merowingischer und frühkarolingischer Zeit ganz Erstaunliches festgestellt: Haare, und zwar, wie Laboruntersuchungen zeigten, menschliche Haare. Für die Siegelforscherinnen stellte sich nun die Frage, ob sich dieses Phänomen auch bei den Beurkundungspraktiken des Ostfrankenreichs nachweisen lässt. Um dies zu klären, reisten sie nach Bayern. Allein im Bayerischen Hauptstaatsarchiv werden rund eine Viertel Million Urkunden aus der Zeit des Alten Reiches verwahrt darunter auch einige aus der Zeit Karls des Großen und dessen Nachfolger.

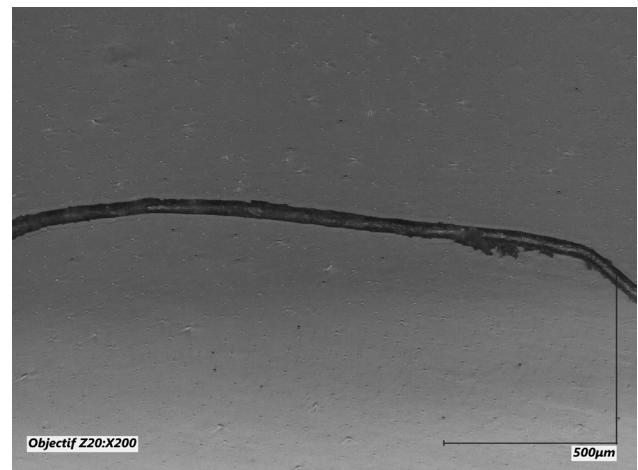
Die beiden Französisinnen wurden fündig. Gleich bei mehreren Siegeln entdeckten sie Haare, die bei genauerer Betrachtung zum Teil sogar mit bloßem Auge sichtbar waren. Von einem Siegel wurde eine kleine Probe genommen und den französischen Kolleginnen mitgegeben, ein Haar im Siegel der bekannten Schenkungsurkunde Karls des Großen für das Regensburger Kloster St. Emmeram aus dem Jahre 794 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kloster St. Emmeram Regensburg Urkunden 1). Außerdem erhielten die Pariser Kolleginnen einige Wochen nach ihrem Besuch per Post Abgüsse einzelner Siegel sowie auch Siegelrückseiten zugeschickt. Bei den Rückseiten interessierten vor allem die darauf sichtbaren Fingerabdrücke. Diese waren auf den Abgüssen sogar noch besser als auf den Originalen erkennbar; gleiches gilt auch für die Brustbildnisse der Herrscher auf den Vorderseiten.

Die Münchner Haarprobe wurde in Frankreich mit Hilfe eines Mikroskops untersucht. Im Frühjahr 2016 erhielt das Bayerische Hauptstaatsarchiv die Nachricht, dass das über 1200 Jahre alte Haar tatsächlich von einem Menschen stammt. Die beiden Restauratorinnen glauben, dass es sich bei den von ihnen entdeckten Haaren um Barthaare handeln könnte. Sie halten es für möglich, dass die Haare nicht zufällig im Siegelwachs gelandet sind, sondern dass die Haare die Aufgabe hatten, den Siegeln – und damit den Urkunden – mehr Kraft zu verleihen. Möglicherweise stammen die Haare in den Siegeln von den Ausstellern der Urkunden. Diese waren in dieser schriftarmen Zeit in der Regel des Lesens und Schreibens unkundig. Eine durch gelehrte Kleriker abgefasste Urkunde muss für die Herrscher wie auch für die Empfänger ihrer Urkunden ein recht verschlüsseltes Ding gewesen sein. Auch weiß man, dass die zeichenartigen Beglaubigungsmittel, die bei den karolingischen Urkunden verwendet wurden, in ihrer Bedeutung oft nicht mehr verstanden wurden und antike Vorbilder inhaltsleer nachahmten. Die Zugabe eines

Haares könnte möglicherweise der ganz persönliche Beitrag der fränkischen Herrscher zur Beurkundung gewesen sein. Der Empfänger hätte damit zur Sicherung seines Rechtstitels nicht nur „Schrift“, sondern auch noch etwas „Handfestes“ erhalten, das direkt vom König kam. Es ist jedenfalls bekannt, dass das Erscheinungsbild der Merowingerkönige wesentlich durch ihr wallendes Haar mitbestimmt war. Und nicht zuletzt dieser Haarpracht sollen jene besonderen wundertätigen Kräfte („Königsheil“) innegewohnt haben, die spätere Chronisten diesem frühmittelalterlichen Herrschergeschlecht zugeschrieben haben.

Ob das Haar in der zweitältesten Urkunde der Staatlichen Archive Bayerns nun wirklich vom Bart oder Haupt Karls des Großen stammt, muss mangels weiterer Erkenntnisse bis auf weiteres ein Rätsel bleiben. Der Umstand, dass sich die Fingerabdrücke und Haare von Menschen des frühen Mittelalters im Medium Siegel bis in die Gegenwart erhalten haben, ist aber auch ohne einen „königlichen Hintergrund“ faszinierend.

Sarah Hadry



Mikroskopaufnahme einer Haarprobe desselben Siegels
(Foto: Marie-Adélaïde Nielsen, Paris)

Typarsammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs erfasst

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv besitzt eine Siegelstempelsammlung, die in ihren Anfängen bis in das ausgehende 18. Jahrhundert zurückreicht. Ein Siegel ist der positive Abdruck von einem im Normalfall in Metall geschnittenen Stempel, der als Siegelstempel, Petschaft oder Typar bezeichnet wird. Ein Hinweis auf eine systematische Sammlung von Typaren in bayerischen Zentralarchiven findet sich im Jahre 1792, als Franz Joseph Samet, Oberregistrator bei der Hofkammer, angewiesen wurde, ein nicht mehr

gültiges Reichsvikariatsiegel in das von ihm bei der Hofkammer angelegte Archiv zu übernehmen. Von da an sollten nicht mehr benötigte Ämtersiegel dauerhaft im Archiv verwahrt werden.

Einen enormen Zuwachs erhielt die Typarsammlung im Zuge der Säkularisation, als mit der Aufhebung der Klöster und Stifte nicht nur die klassischen Archivalientypen Urkunden, Akten und Amtsbücher, sondern auch die Siegelstempel der aufgelösten „Dikasterien“ an das Geheime Landesarchiv, seit dem Jahr 1812 dann an das Allgemeine Reichsarchiv abzugeben waren.

Der Umfang der ursprünglichen Typarsammlung lässt sich heute nur noch aus der Literatur erahnen. Im Jahr 1944 fiel die umfangreiche Sammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, die Stücke aus dem 13. bis zum 19. Jahrhundert umfasste, darunter allein circa 1000 Typare der bayerischen Klöster und Stifte, einem Bombenangriff zum Opfer. Lediglich an die 300 Siegelstempel zumeist aus dem 18. und 19. Jahrhundert konnten aus dem Schutt gerettet werden.

Gegenwärtig zählt die Typarsammlung 665 Typare. Sie erhält ihren Zuwachs zum Teil durch Abgaben des Bayerischen Hauptmünzamts, an das Landkreise und Gemeinden ihrerseits nicht mehr benötigte Amtssiegel abgeben, zum Teil durch die bayerischen Staatsarchive, aber auch durch gezielte Ankäufe. Hinzu kommen einige Typare, die als Teil einer Sammlung miterworben wurden. Die Siegelstempel lagern im Siegelkabinett des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Ein Großteil von ihnen verfügt über Griffstücke, bei einigen ist nur noch die Metallplatte vorhanden. Der Erhaltungszustand reicht von sehr gut bis stark abgenutzt und in Bezug auf die Umschriften kaum lesbar.

Der Bestand lässt sich in zwei Gruppen gliedern: Eine Gruppe umfasst 359 ältere Typare, eine weitere 306 Behörden- und Gemeindetypare aus dem 20. Jahrhundert. Erschlossen war die Typarsammlung bislang über maschinenschriftliche Listen, die fortlaufend aktualisiert wurden: eine Liste nach Nummern und eine alphabetische Liste. Zudem sind die Typare einzeln in der Kartei zur Siegelsammlung verkartet. Diese Listen und die jeweils zugehörigen Karteikarten wurden 2016 in der archivischen Datenbank erfasst, um die Recherche zu erleichtern.

Aufgenommen wurden dabei die siegelführende Institution bzw. Person oder in einigen Fällen auch nur das Territorium. Aufgeführt sind in vielen Fällen das Siegelbild, gegebenenfalls die Siegelumschrift und eine Datierung. Siegelstempel von Adeligen sind zeitlich oft schwer zu bestimmen, so wie generell festgestellt werden muss, dass einige Typare nicht



Siegeltypar Erzherzog Ferdinands von Österreich, 1601
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Typarsammlung 308)

zu identifizieren bzw. zu datieren sind. Vertreten sind zahlreiche, hauptsächlich kurbayerische Behörden, aber auch das Großherzogtum Frankfurt. Es finden sich neben diversen Adeligen auch siegelführende Zünfte und Gemeinden, aber nur wenige Bischöfe (Bamberg, Freising, Passau ab 18. Jh.) oder Klöster. An bedeutenden Dynastien sind die Wittelsbacher und die Hohenzollern zu nennen. Zu den ältesten überlieferten Stücken der Sammlung zählt ein Typar des Grafen Ludwig von Württemberg, das auf circa 1440 datiert wird. Als jüngstes Typar wurde im Jahr 2016 das Dienstsiegel des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation in die Sammlung aufgenommen, das nach der Umbenennung der Behörde seine Gültigkeit verloren hat.

Andrea Schiermeier

Amtsbücher und Akten aus dem Regierungsarchiv Heitersheim des Malteserordens zusammengeführt

Neben dem Deutschen Orden mit seiner Zentrale (ab 1525) in Mergentheim, der im Verband des Heiligen Römischen Reiches als Reichsstand einen bedeutenden Rang einnahm, war noch ein zweiter Ritterorden als Territorialherr im Reich und auf dem Reichstag präsent, der ebenfalls in der Zeit der Kreuzzüge entstanden war: der 1048 in Jerusalem zunächst für Zwecke der Krankenpflege gegründete Orden vom Spital des hl. Johannes zu Jerusalem. Nach seiner Umwandlung in einen Ritterorden entstanden Niederlassungen (Kommenden und Spitäler) auch in Europa, die nach regionalen und sprachlichen Gesichtspunkten in „Zungen“ unter der Leitung eines Großpriors zu-

sammengefasst wurden. Der Großprior der deutschen Zunge hatte seit 1428 seinen Sitz in der Herrschaft Heitersheim am Oberrhein (Lkr. Breisgau-Hochschwarzwald) und seit 1548 als Reichsfürst Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat. Anders als der in Mergentheim ansässige „Hoch- und Deutschmeister“ war er aber nicht Ordensoberhaupt, sondern dem Hochmeister untergeordnet. Dessen Sitz war nach dem Ende der Kreuzzüge zunächst nach Rhodos und 1530 nach Malta verlegt worden. Ursprünglich wurden die Ritter nach dem Ordenspatron Johanniter genannt, später wurde es üblich, sie nach dem Ordenssitz Malta als Malteser zu bezeichnen.

Vom Reichsdeputationshauptschluss von 1803 war der Malteserorden ebenso wie der Deutsche Orden nicht betroffen. Allerdings wurde die Herrschaft Heitersheim 1806 im Gefolge der Rheinbundakte von Baden besetzt und die weltliche Herrschaft des Großpriors damit de facto aufgehoben, was de jure aber erst vom Wiener Kongress bestätigt wurde. Die Besitzungen des Malteserordens in Bayern wurden 1808 säkularisiert.

Das deutsche Großpriorat und die ihm zugeordnete Regierung hatte sich im zweiten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts in Heitersheim ein Archiv geschaffen, in dem auch ältere Amtsbücher und Akten aus den Kommenden zentralisiert wurden. Im Falle einer Güterbeschreibung der Kommende Rothenburg ob der Tauber aus den Jahren 1706 bis 1708 lässt sich dieser Vorgang aufgrund eines in dem Band angebrachten Vermerks genau auf den 16. Mai 1719 datieren.

Dieses Zentralarchiv, in dem sich somit Unterlagen nicht nur über die dem Großpriorat unterstellten Kommenden in ganz Deutschland befanden, sondern auch Bestände der Kommenden selbst, wurde im 19. Jahrhundert durch das Badische Generallandesarchiv nach Ortspertinenz aufgeteilt. Die für die bayerischen Ordenshäuser einschlägigen Amtsbücher wurden 1879 an das Königlich Bayerische Allgemeine Reichsarchiv abgegeben. Dieses behielt die Stücke, die die altbayerische Kommende Altmühlmünster (heute: Stadt Riedenburg, Lkr. Kelheim) und die im schwäbischen Ries gelegene Kommende Kleinerdlingen (heute: Stadt Nördlingen, Lkr. Donau-Ries) betrafen, für sich, während die Amtsbücher zu den fränkischen Kommenden Würzburg und Rothenburg ob der Tauber wiederum nach Ortspertinenz an die Kreisarchive Würzburg und Nürnberg abgegeben wurden.

Die zu einem anderen Zeitpunkt aus Karlsruhe nach München gelangten Akten aus dem Heitersheimer Zentralarchiv mit bayerischem Ortsbetreff verblieben dagegen geschlossen im Reichsarchiv und wurden

hier 1915 unter der Bestandsbezeichnung „Johanniter Literalien“ verzeichnet. Sowohl Amtsbücher wie Akten können anhand der Heitersheimer Archivsignaturen aus dem späten 18. Jahrhundert leicht identifiziert werden. Diese weisen das Muster [Römische Zahl] [Buchstabe] [arabische Zahl] auf und sind von nur zwei verschiedenen Händen geschrieben.

Spätere Nachträge zum Bestand „Johanniter Literalien“, bestehend einerseits aus den Altmühlmünster und Kleinerdlingen betreffenden Amtsbüchern, andererseits aus Archivalien der erst 1782 von Kurfürst Karl Theodor begründeten bayerisch-englischen Zunge des Malteserordens sowie aus kurbayerischen und kurpfälzischen Akten über die Beziehungen zu demselben, haben den Überlieferungszusammenhang nach 1915 verunklart. Bei der vor einigen Jahren durchgeführten Provenienzanalyse der „Johanniter Literalien“ konnten die ursprünglichen Zusammenhänge aber rasch festgestellt werden. Zur Wiederherstellung des nach Bayern gelangten Teilfonds des einstigen Heitersheimer Regierungsarchivs haben die Staatsarchive Würzburg und Nürnberg 2014 bzw. 2017 die dorthin gelangten Amtsbücher an das Hauptstaatsarchiv zurückgegeben.

Bei der Erschließung des Bestandes konnte für den Aktenteil (Nr. 1–455) das gute und durch ausführliche Indizes erschlossene Repertorium von 1915 (ohne die nur auf losen beiliegenden Blättern verzeichneten Nachträge) übernommen werden. Die auf verschiedene Archive aufgeteilt gewesenen Amtsbücher wurden neu verzeichnet (Nr. 456–533). Dadurch konnte ohne großen Arbeitsaufwand mit der Rekonstruktion des Bestandes „Malteserorden Regierungsarchiv Heitersheim Amtsbücher und Akten“ ein weiterer Schritt der Provenienzbereinigung getan werden.

Gerhard Immler

Zahlreiche neue Akten zur Entschädigung von NS-Unrecht archiviert

Wer sich mit dem Schicksal von NS-Verfolgten in Bayern und dem späteren Bemühen um „Wiedergutmachung“ des erlittenen Unrechts beschäftigt – sei es im Rahmen von lokalen Gedenkprojekten, familien-geschichtlichen Nachforschungen oder wissenschaftlich fundierten, (gruppen-)biografischen Studien –, stößt unweigerlich auf einen riesigen und reichhaltigen Quellenfundus: die bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen ab 1948 entstandenen und vereinzelt bis heute weitergeführten Einzelfallakten des früheren Bayerischen Landesentschädigungsamtes, das seit 2005 Teil des Landesamtes für Finanzen ist. Sie dokumentieren individuelle Verfolgungsmaßnah-

men und die daraus resultierenden Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, Freiheit, wirtschaftlichem Fortkommen, Versicherungs- und Rentenleistungen und in begrenztem Maß auch Eigentums- und Vermögensschäden, soweit diese nicht im Rahmen der sogenannten Rückerstattung – etwa von Immobilien, Grundstücken und Firmen – geltend gemacht werden konnten. In den Akten finden sich Beschreibungen von Übergriffen und Gewalttaten, erlebt während der nationalsozialistischen Herrschaft, Berichte über Emigrationserfahrungen und Familienschicksale oder Auflistungen verlorener Vermögenswerte, um nur einige Beispiele zu nennen. Doch damit nicht genug: Die Akten geben auch Aufschluss über die mitunter zähen Auseinandersetzungen der früheren NS-Opfer bzw. ihrer Nachkommen mit einer Behörde, die sich an die geltenden Regelungen der Entschädigungsgesetze von 1948 (EG) und 1953/56 (BEG) zu halten hatte. Nicht allen Antragstellern gelang es, Entschädigungsleistungen zu erhalten; Angehörige einzelner Opfergruppen, wie Sinti und Roma oder Zwangssterilisierte, gingen oftmals leer aus.

Mehr als 235.000 dieser Entschädigungsakten gibt es allein in Bayern, und bis vor kurzem befanden sich erst rund 17 Prozent davon im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, abgegeben in den Jahren 1982 und 1983. Ausgesondert worden sind damals alle abgeschlossenen Akten zu Betroffenen mit Geburtsjahr bis 1900 bzw. zu Personen, die vor 1976 verstorben waren. Diese zählen mittlerweile zu den besonders intensiv nachgefragten Akten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Einzelfallakten zu Entschädigungsverfahren werden grundsätzlich in vollem Umfang archiviert. Eine Samplebildung oder eine Auswahl besonderer Fälle findet wegen des Quellenwerts und des Stellenwerts der Wiedergutmachung für die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte nicht statt.

Zu den vorhandenen rund 41.700 Entschädigungsakten sind seit Anfang 2015 bis Februar 2017 weitere ca. 13.100 Archivalien im Umfang von 158 laufenden Metern hinzugekommen. In der gegenwärtigen zweiten Archivierungsaktion werden tranchenweise sämtliche abgeschlossenen Fallakten bis zum Geburtsstichdatum 31.12.1909 in alphabetischer Ordnung übernommen. Bis Ende 2018 sind weitere rund 15.000 Entschädigungsakten zu erwarten. Anschließend steht der nächste Block von Akten zu den Geburtsjahrgängen 1910–1919 zur Archivierung an. Auffälligerweise betrifft ein kleinerer Teil der zuletzt abgegebenen Akten nun auch juristische Personen wie Vereine, Verbände, Firmen und Kircheneinrichtungen, die von nationalsozialistischer Verfolgung betroffen waren.

Anders als bei der Übernahme der frühen 1980er Jahre, bei der lange Zeit das maschinenschriftliche Abgabeverzeichnis als provisorisches Findmittel erhalten musste und vorläufige Nummern verwendet wurden, tragen die seit 2015 archivierten Entschädigungsakten bereits bei der Anlieferung endgültige Signaturen. Die Akten sind sofort benützlich, denn die jeweils mitgelieferten Erschließungsdaten werden direkt aus dem elektronischen Abgabeverzeichnis in die archivische Datenbank eingespielt. Welche Daten erfasst werden, wurde zuvor mit dem Landesamt für Finanzen vereinbart. Neben dem Namen, dem Geburtsdatum, dem Beruf und dem letzten Wohnsitz der Betroffenen sowie der obligatorischen Aktenlaufzeit und dem behördlichen Aktenzeichen (BEG- bzw. EG-Nummer) sind dies auch Informationen über die Antragsteller, sofern diese nicht mit den Anspruchsberechtigten identisch sind. Recherchiert werden kann also nun nach mehreren Kriterien, nicht allerdings nach dem Grund der NS-Verfolgung, der weiterhin bei der Erschließung nicht festgehalten wird. In der Regel muss man also die Namen der Betroffenen oder die seinerzeitigen Aktenzeichen kennen, um die jeweils einschlägigen Fallakten zu finden. Die besondere 60-jährige Schutzfrist nach Aktenschluss, die das Bayerische Archivgesetz vorgibt, trifft zwar noch auf die meisten Entschädigungsakten zu. Bei gut begründeten biografischen Forschungen kann jedoch für den Einzelfall eine Schutzfristverkürzung beantragt werden.

Da die Entschädigungsakten stark abgenutzt und oft durch viele Versendungen strapaziert sind und daher Papierschäden aufweisen, ist es mit der archivischen Erschließung nicht getan. Ohne eine konservatorische Behandlung wären weitere Substanzverluste zu befürchten. Bei den rund 6.400 Akten, die 2015 zugegangen sind, wurden im vergangenen Jahr von einem Dienstleister einfache bestandserhaltende Arbeiten durchgeführt, verbunden mit einer Neuverpackung. Gleiches ist für einen Teil der 2016 übernommenen Akten geplant.

Im Zuge der wiederaufgenommenen Aussonderung von Einzelfallakten zur Entschädigung wurden im Landesamt für Finanzen auch ältere Verwaltungsunterlagen des ehemals selbständigen Landesentschädigungsamtes aufgefunden. Zu den 106 Personalakten von Beschäftigten – vom Präsidenten bis zum Hausmeister – gibt es bereits ein provisorisches Findmittel. Das restliche, äußerst heterogene Material muss erst aufgearbeitet werden. Dazu gehören Akten des Beirats für Wiedergutmachung beim Landesentschädigungsamt, Unterlagen zu Verfolgtenorganisationen, Stiftungen und jüdischen Friedhöfen sowie drei

Karteienkartenbestände, darunter eine umfangreiche Zeugenkartei. Ebenfalls abgegeben wurden mehr als 2.000 Einzelfallakten nach dem Versorgungsschadenrentengesetz (VRG) von 1953, mit dem Verfolgte entschädigt werden sollten, die Versorgungsansprüche verloren hatten, nachdem die Nationalsozialisten ihre Versorgungskassen, etwa von gewerkschaftlichen Trägern, beseitigt hatten. Die Überlieferung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts wächst also weiter und dürfte viele neue Forschungsfragen bedienen.

Gerhard Fürmetz

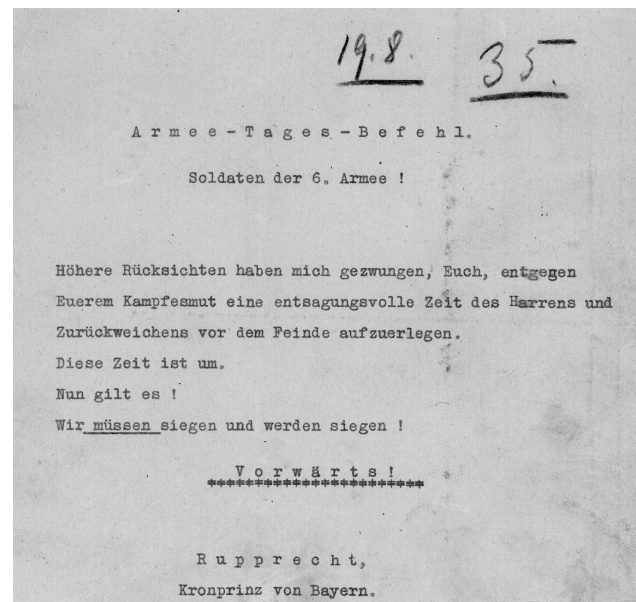
Verzeichnung der Überlieferung bayerischer Kommandostellen zum Ersten Weltkrieg macht Fortschritte

Ende 2016 konnte die Neuverzeichnung der Überlieferungen des Armeeoberkommandos 6 und der (Stellvertretenden) Intendantur des I. Armeekorps nach vierjähriger Bearbeitungszeit abgeschlossen werden. Die im letzten Jahrzehnt intensiv betriebenen Bestandsarbeiten im Bereich der oberen Kommandostellen (siehe Nachrichten Nr. 56/2009, S. 22; Nr. 57/2009, S. 24f.; Nr. 64/2013, S. 37f.; Nr. 67/2014, S. 38f., Nr. 68/2015, S. 34–36) sind damit einen weiteren Schritt vorangekommen.

Die **Stellvertretende Intendantur des I. Armeekorps**, die diese Bezeichnung seit Kriegsbeginn 1914 trug, ging auf die 1870 beim Generalkommando des I. Armeekorps in München errichtete Intendantur zurück. Als oberste Verwaltungs- und Revisionsbehörde auf Ebene des Korpsbezirks, der die heutigen Regierungsbezirke Oberbayern (z.T.), Niederbayern und Schwaben umfasste, stand sie unter dem Kriegsministerium und über den lokalen Verwaltungsbehörden, wie Garnisonsverwaltungen, Garnisonslazaretten, Proviantämtern und Militärbauämtern. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges rückten die Intendanturen der drei bayerischen Armeekorps als „Feldintendanturen“ mit den Truppen aus; an ihre Stelle traten immobile *stellvertretende* Intendanturen, die auch ihre Registraturen weiterführten. Mit Errichtung des Reichswehrministeriums am 1. Oktober 1919 wurden die stellvertretenden Intendanturen in „Abwicklungsintendanturen“ umgewandelt und sukzessive aufgelöst.

Die (Stellvertretende) Intendantur des I. Armeekorps bestand aus acht Abteilungen und war in der Königinstraße am Englischen Garten, ab 1895 in der Herzog-Max-Burg untergebracht. Zu den Schwerpunkten ihres Aufgabengebiets, die sich auch in der Überlieferung niedergeschlagen haben, zählte unter

anderem das Militärbauwesen, die Verwaltung und Bewirtschaftung der Garnisonen, die Versorgung der Dienststellen und Truppenteile mit Lebensmitteln, Bekleidung und Ausrüstung und umfangreiches Rechnungswesen. Außerdem unterstanden der Stellvertretenden Intendantur des I. Armeekorps seit 1917 die Holzbeschaffungsstelle zur Versorgung des Feldheeres mit bayerischem Holz und die Bayerische Heeresbierzentrale zur Bierversorgung des Feld- und Besatzungsheeres sowie der militärischen Betriebe. Die vorher zu 468 Aktenbänden verschnürte Überlieferung umfasst nun – vollständig verzeichnet, gereinigt, verpackt und von Eisenteilen befreit – 2013 Akten und nimmt am Fach 67 laufende Meter ein. Mit einer Kernlaufzeit von 1870 bis 1919 und einer inhaltlichen Erstreckung über den ganzen südbayerischen Raum zählt sie zu den bedeutenderen jüngeren Beständen des Kriegsarchivs.



Armeebefehl des Kronprinzen Rupprecht am Vorabend der Schlacht in Lothringen (Signatur: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, AOK 6, Nr. 460)

Das **Armeeoberkommando 6** (AOK 6) wurde bei der Mobilmachung im August 1914 als Kommandobehörde der 6. deutschen Armee errichtet. Da dieser Großverband im Kern aus der nahezu geschlossenen bayerischen Armee bestand, wurde der bayerische Kronprinz Rupprecht zum Oberbefehlshaber ernannt. Indem Generalmajor Konrad Krafft von Dellmensingen als Generalstabschef fungierte, war die Führungsspitze zu Kriegsbeginn rein bayerisch besetzt. Die 6. Armee war von Anfang bis Ende des Ersten Weltkrieges an der Westfront eingesetzt. Im August 1914 bildete sie den linken Flügel des deutschen Heeres, der die Aufgabe hatte, die französischen

Streitkräfte an der deutsch-französischen Grenze zu binden, während die Hauptmacht in einer Zangenbewegung von Norden her dem feindlichen Heer in den Rücken kommen sollte. Nach mehrtägigen Grenzgefechten in Lothringen ging die 6. Armee am 20. August 1914 in die Offensive und errang in der ersten großen Schlacht des Krieges einen Sieg.

Unmittelbar danach änderte sich die Zusammensetzung der 6. Armee durch den Abzug bayerischer Truppenteile und die Unterstellung von Einheiten anderer deutscher Armeen mehrfach, und mit ihr auch die personelle Besetzung des AOK. Mit dem Übergang zum Stellungskrieg ab November 1914 bezog das AOK 6 sein Hauptquartier in Lille. Vier Jahre später wurde es wie die übrigen Verbände und Einheiten des deutschen Heeres demobilisiert und aufgelöst.

Die schriftliche Überlieferung des AOK 6 gibt einzigartige Einblicke in die konkreten Planungen und Abläufe auf hoher Kommandoebene und dokumentiert das Kriegsgeschehen und den Frontalltag im Westen über die ganze Länge des Krieges, weswegen sie zu den zentralen Weltkriegsbeständen des Kriegsarchivs zählt. Neben einer besonders breiten Akten- und Kartenüberlieferung zu den militärischen Operationen verdienen die Akten der Geheimen Feldpolizei der 6. Armee Erwähnung, unter denen sich eine Reihe von Personalakten befindet. Der Bestand war erstmals 1931/32 unter Anleitung von Archivrat Erich Freiherr von Guttenberg geordnet und grob verzeichnet worden. 1944 kam noch eine umfangreiche Abgabe vom Reichsarchiv Potsdam hinzu. Vor der Neubearbeitung in den Jahren 2012 bis 2016 belief sich sein Gesamtumfang auf 449 Aktenbünde, die nun zu 2569 Einzelakten aufgelöst wurden; am Fach nimmt der Bestand etwa 74 laufende Meter ein. Aufgrund seiner herausragenden Bedeutung wurde die Verzeichnung in der archivischen Datenbank auch für die Online-Stellung aufbereitet, sodass die im Kriegsarchiv vorhandene AOK-Überlieferung (AOK 6, AOK Süd, AOK 19) nunmehr vollständig im Internet recherchierbar ist.

Johannes Moosdiele-Hitzler

Lagerung und Benützbarkeit der Reichswehr-Überlieferung entscheidend verbessert

Im Sommer und Herbst 2016 wurde die Überlieferung der Einheiten der vorläufigen bayerischen Reichswehr (1919/20) nach über 90 Jahren vollständig einer konservatorischen Ersthilfe unterzogen. Die schiere Masse der Überlieferung – im unverpackten Zustand 130 laufende Meter – bei mangelhaftem Lagerungszustand und einem nicht ohne Weiteres zu durchschauenden, da über die Jahrzehnte hinweg

vielfach gestörten Ordnungssystem, hatten bisher die Benützung erheblich erschwert. Mit Blick auf das gesteigerte Forschungsinteresse, das angesichts der 100. Wiederkehr der Revolutionszeit in den Jahren 2018/19 zu erwarten ist, war hier dringend Abhilfe geboten. Durch den tatkräftigen Arbeitseinsatz dreier Werkstudenten konnten die insgesamt 841 Aktenbünde innerhalb von nur acht Wochen grob gesäubert, in säurefreie Archivkartons verpackt und in ihrer ursprünglichen Reihenfolge neu aufgestellt werden. Um dies mit den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften innerhalb der kurzen Zeit so reibungslos wie möglich bewältigen zu können, mussten im Vorfeld erst einmal Bestandsstruktur und Überlieferungsgeschichte rekonstruiert und auf dieser Grundlage eine Projektplanung erstellt werden.

Der Beschluss der Nationalversammlung vom 6. März 1919 über die Bildung einer *vorläufigen*, 420.000 Mann starken Reichswehr – die genauen Bestimmungen mussten noch auf dem Versailler Friedenskongress ausgehandelt werden – wurde in Bayern, verzögert durch die Wirren von Revolution und Räterepublik, im Mai desselben Jahres vollzogen. Innerhalb eines Monats wurde ein bayerisches Reichswehr-Kontingent von 30.000 Mann, aufgeteilt in vier Brigaden, aufgestellt. Gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags, der eine Reichswehr mit einer Stärke von nur 100.000 Mann vorsah, wurde die vorläufige Reichswehr bis zu Jahresbeginn 1921 auf die vorgesehene Stärke reduziert; das bayerische Kontingent musste um zwei Drittel verringert werden. Damit war die Zeit des „Übergangsheeres“, wie die vorläufige Reichswehr auch genannt wurde, beendet.

Obwohl es nur gut anderthalb Jahre Bestand hatte, ist die Überlieferung sehr umfangreich. Dies liegt vor allem an dem regen Personalauf- und -abbau, der sich in Unmengen an Zu- und Abganglisten sowie umfangreichem Rechnungsschriftgut spiegelt. Die Überlieferung des bayerischen Kontingents wurde an die damaligen Reichsarchiv-Zweigstellen München und Würzburg abgegeben, die im Dezember 1923 im Bayerischen Kriegsarchiv aufgingen. Zwischen 1924 und 1928 wurde die Unterlagen dort von Archivrat Erich Freiherr von Guttenberg und Regierungsinспекtor Hans Schmidt nach dem Schema geordnet, das man auch bei den Truppenakten aus dem Ersten Weltkrieg anwandte. Die Unterlagen der verschiedenen Reichswehreinheiten wurden, von der obersten Kommandostelle an absteigend, als geschlossene Fonds aneinandergereiht, wodurch die Provenienzen gewahrt blieben. Thematisch zusammengehörige Akten wurden zu Bündeln verschnürt und diese jeweils



fondsweise durchnummeriert; die einzelnen Fonds wurden lediglich mit handschriftlichen Zetteln voneinander abgetrennt und die zugehörigen, ebenfalls handschriftlichen Findmittel dazu ans Regal gehängt. Angesichts der sehr großen Aktenmenge musste die Verzeichnung sehr oberflächlich gehalten werden, sodass der Inhalt der Bünde meist nur mit einigen Schlagworten angegeben werden konnte. Spätere Aktenabgaben vom Wehrkreiskommando VII und anderen militärischen Stellen wurden zum Teil in den 1930er Jahren noch in die bestehende Ordnung eingefügt.

Im Zweiten Weltkrieg mussten die Bestände des Kriegsarchivs geflüchtet werden. Um die Handhabung zu erleichtern, teilte man die komplette Reichswehr-Überlieferung in drei Serien ein, die man fondsübergreifend fortlaufend nummerierte: Truppenakten (854 Nummern), Werbewesen (81 Nummern) und Fürsorgewesen (12 Nummern). Damals wurden aber nicht die einzelnen Bünde gezählt, sondern die Fächer, in denen die Bünde lagen; so erklärt sich, dass es teilweise mehrere Bünde mit der gleichen Nummer gibt. Diese neue Nummer wurde auf den Bänden und

Vorher: Unverpackte Lagerung mit nicht erkennbaren Fondsabgrenzungen und Bestellnummern

Nachher: Verpackte Lagerung mit eindeutiger Nummernfolge (Fotos: Johannes Moosdiele-Hitzler, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)



in den Findmitteln vermerkt, sodass man den Bestand nach der Rückkehr ins Archiv 1946/47 wieder eins zu eins aufstellen konnte. Im Zuge der Neuaufstellung wurden allerdings zahlreiche Aktenbünde makuliert, dagegen weitere Aktenbünde aus späteren Abgaben an der passenden Stelle eingereiht, aber nicht in die fortlaufende Fachnummerierung einbezogen. In den 1950er, 1960er, 1980er und frühen 2010er Jahren entstanden durch die Herauslösung und Neuverzeichnung einzelner Fonds aus den Truppenakten (Reichswehrgruppenkommando 4, Schützenbrigade 21, Reichswehrbrigaden 22, 23 und 24, Fliegerhorste) und aus dem Werbewesen (Würzburger Werbestellen) weitere Lücken im ursprünglichen Reichswehr-Überlieferungsblock. Daneben bestanden weiterhin separat die Rudimente der späteren Abgaben.

Dieses Nebeneinander von alten, vorläufigen und neuen Ordnungssystemen spiegelte sich auch in den Repertorien wider. Erschwerend kam hinzu, dass die von Guttenberg erstellten, handschriftlichen Findmittel, die man von Anfang an als vorläufig betrachtet hatte, auf minderwertigem Papier angefertigt worden waren und sich nach Jahrzehnten des Hängens am Regal in einem bedrohlich schlechten Zustand befanden. Daher hatte man seit Jahren den Benutzern zur Recherche nur Durchschläge zur Verfügung gestellt, auf denen aber – anders als in den Originalen – weder die makulierten Akten gestrichen, noch die fortlaufende Fachnummerierung eingetragen waren. Diese war aber die einzige Möglichkeit, die Aktenbünde am Fach wiederzufinden, da die bei der Flüchtung auf den Bündeln angebrachten „Aktendeckel“ (eigentlich nur obenauf gelegte und mit verschnürte Folioblätter) die ursprüngliche, fondsweise Nummerierung überdeckten.

Die Überwindung dieses Provisoriums durch sukzessive Neuverzeichnung war und ist die stete Hoffnung mehrerer Archivargenerationen. Angesichts eines wachsenden Aufgabenspektrums und der Vordringlichkeit anderer Bestände und Tätigkeiten dürfte dies noch einige Zeit auf sich warten lassen. Man entschied sich jetzt aber für die Wiederherstellung einer wenigstens notdürftigen Benützbarkeit des noch nicht neu verzeichneten Teils, der mit 841 Aktenbänden etwa vier Fünftel der Reichswehr-Überlieferung ausmacht. Hierfür wurden zunächst die seit den 1940er Jahren überholten Findmittel-Durchschläge durch Kopien der Originale mit den relevanten Eintragungen ersetzt. Damit war erstmals die Deckungsgleichheit der Nummerierung im Findmittel mit der Nummerierung am Fach hergestellt. Die Originale, deren Aufhängung am Fach damit überflüssig geworden war, konnten so aus dem Verkehr gezogen und

selbst in eine konservatorisch schonendere Lagerung überführt werden. Die Bündel, die im Lauf der Zeit stellenweise durcheinander geraten waren, wurden im Zuge der Verpackung wieder in die richtige Reihenfolge gebracht. Auf die Lücken durch Makulierung und Neuverzeichnung war bei der Neuaufstellung keine Rücksicht mehr zu nehmen. Nicht selten war der Aktendeckel mit der durchlaufenden Nummer verloren oder durch die Schnürung bis zur Unleserlichkeit beschädigt. In diesen Fällen musste die richtige Nummer durch Prüfung der Provenienz und anhand der älteren, fondsweisen Nummerierung erst ermittelt werden. Erfreulicherweise ließen sich so einige Lücken wieder schließen. Die erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeordneten und nicht in die Fachnummerierung einbezogenen Bündel wurden aus dem Bestand herausgenommen und wieder mit dem noch separat vorhandenen Rumpfbestand der späteren Abgaben vereinigt, für den die alten Abgabelisten der 1930er Jahre als Findmittel nutzbar gemacht wurden. Sie bilden eine eigene Nummernserie. Die bereits neuverzeichneten Fonds, die im Magazin auf fünf Standorte verteilt waren, wurden lagerungstechnisch mit der übrigen Reichswehr-Überlieferung zusammengeführt.

Somit ergibt sich nun folgendes Bild: Neben den neu und endgültig verzeichneten Fonds, die einwandfrei benützbar sind, liegen der Kernbestand, aus dem sie herausgelöst worden waren, sowie die späteren Abgaben wieder in ihrer ursprünglichen Ordnung vor und sind über die alten Findmittel bzw. Abgabelisten greifbar. Wenn auch diese den heutigen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden und an vielen Stellen durch Makulierung und Neuverzeichnung Nummernsprünge entstanden sind, sind sie doch die einzige Zugriffsmöglichkeit auf den größten Block der Reichswehr-Überlieferung. In 865 Archivkartons verpackt, nimmt dieser nun 171 laufende Meter ein; demgegenüber stehen die bisher neu verzeichneten Fonds als eigene Bestände mit insgesamt 106 laufenden Metern in 612 Archivkartons. Durch das Verpackungsprojekt konnte ein in konservatorischer, benützungspraktischer und lagerungstechnischer Hinsicht extrem schlechter Zustand beseitigt werden. Nichtsdestotrotz sind die vorgenommenen Maßnahmen lediglich ein Pflaster auf einen wunden Punkt des Kriegsarchivs. Die vollständige „Heilung“ in Gestalt einer sukzessiven, aktenförmigen Verzeichnung bleibt eine Aufgabe für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, wofür nun aber die umfangreiche Vorarbeit geleistet ist.

Johannes Moosdiele-Hitzler

Neue Online-Findmittel der Abteilung V

Folgende 19 Findmittel aus der Abt. V Nachlässe und Sammlungen mit insgesamt 4.250 Archivalien wurden der Findmittel-Datenbank der Homepage der Staatlichen Archive Bayerns hingefügt: *Arbeitsausschuss Reich und Heimat* (5 Archivalien); *Bayerische Kriegsofferhilfe* (60 Archivalien); *Bayerischer Gemeindetag* (278 Archivalien); *Bayerischer Jugendring* (1.313 Archivalien); *Deutsche Nansen-Gesellschaft, München e.V.* (69 Archivalien); *Einwohnerwehren und Nachfolgeorganisationen* (47 Archivalien); *Genossenschaft katholischer Edelleute in Bayern e.V.* (118 Archivalien); *Gesellschaft zur Förderung jüdischer Kultur und Tradition e.V.* (148 Archivalien); *International Police Association (IPA)-Deutsche Sektion e.V., Landesgruppe Bayern* (11 Archivalien); *Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.* (171 Archivalien); *Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbände* (88 Archivalien); *Münchner Orchesterverein Wilde Gungl e.V.* (1 Archivalie); *Pensionsanstalt für die Rechtsanwälte Bayerns VVaG* (234 Archivalien); *Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Bayern e.V.* (1.029 Archivalien); *Verband Bayerischer Landwirtschaftlicher Brennereien eG* (255 Archivalien); *Verband der Entnazifizierungsgeschädigten in Bayern e.V.* (1 Archivalie); *Verband der heimatvertriebenen und mitteldeutschen Wirtschaft, Landesverband Bayern e.V.* (267 Archivalien) und *Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschland, Landesverband Bayern e.V.* (155 Archivalien). Dieser Zuwachs speist sich aus dem Ergebnis der Verzeichnungsarbeit der vergangenen Jahre und aus der Retrokonversion in Eigenleistung einiger noch nicht in der archivischen Datenbank erfasster Findmittel.

Heinz-Jürgen Weber

Hochkarätige Nachlieferung für das Familienarchiv Schrenck von Notzing

Erstmals urkundlich erwähnt wird die Familie Schrenck im Jahre 1269. Die ununterbrochene Stammreihe beginnt mit Berchtold Schrenck, einem Bürger, Kaufmann und Mitglied des Rates der Stadt München. Die Familie gehörte über 300 Jahre dem Münchner Stadtrat an und stellte mehrere Stadtkämmerer. Schon früh begründete die Familie zwei Linien, die sich nach ihren Stammsitzen in Notzing (Lkr. Erding; im Jahre 1380 erworben) und in Egmatting (Lkr. Ebersberg; seit 1290) nannten. Mit dem Eintritt in herzoglich bayerische Dienste während des 16. Jahrhunderts gelang den Schrenck der Übergang vom

städtischen Bürgertum zum Landadel. Schon 1408 hatte Michael Schrenck das Münchner Bürgerrecht aufgegeben, er wurde als Landsasse wegen des ererbten Besitzes zu Notzing Mitglied der Ritterschaft in Bayern-Landshut. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verlor die Familie den Stammsitz Notzing.

Das Charakteristische an Familienarchiven ist die ausgeprägte Heterogenität des Schriftgutes. So finden sich auch im Familienarchiv Schrenck von Notzing genealogische Aufzeichnungen und Familienchroniken (inklusive einer farbig illustrierten Chronik), Familienurkunden, persönliche Papiere, zahlreiche Korrespondenzen (Briefe von König Ludwig I., König Ludwig II., Kaiser Wilhelm I., Ludwig Frhr. von der Pfordten), Unterlagen und Urkunden der eingehirateten Familienzweige (etwa die Familien von Siegle, Labauche, Seeauer, Schönsteiner und Asch), Fotos, Zeichnungen und Porträts. Das Familienarchiv deckt eine Zeitspanne von 1430 bis 1999 ab.

Die 1688 in den Freiherrnstand erhobene Familie Schrenck von Notzing hat in ihrer Geschichte etliche einflussreiche Persönlichkeiten hervorgebracht. Von den meisten von ihnen sind Unterlagen im Familienarchiv enthalten. Zu nennen sind hier:

- Sebastian von Schrenck (1774–1848), Oberappellationsgerichtsrat, Ministerialrat, Appellationsgerichtspräsident in Amberg, 1832 bis 1846 bayerischer Staatsminister der Justiz;
- Karl von Notzing (1806–1884), 1845/46 Regierungspräsident der Pfalz, 1846/47 Staatsminister der Justiz, 1847 Minister für kirchliche Angelegenheiten, 1848/49 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1850 bis 1859 bayerischer Gesandter beim Bundestag, 1866 letzter Präsident des Deutschen Bundestages, 1859 bis 1864 Staatsminister des königlichen Hauses und des Äußern, Vorsitzender im Ministerrat und Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, 1864 bis 1866 Bundestagsgesandter, 1870/71 bayerischer Gesandter in Österreich-Ungarn;
- Albert von Schrenck-Notzing (1862–1929), Arzt und Pionier der Psychotherapie und Parapsychologie.

Eine Nachlieferung, die nun in das Familienarchiv eingearbeitet werden konnte, enthielt weiteres, teilweise recht hochkarätiges Material, so

- ab Anfang des 17. Jahrhunderts sehr prunkvoll ausfallende, vom Kaiser von Österreich für Angehörige der in Österreich beheimateten Familie Seeauer ausgestellte Urkunden (Wappenbriefe, Wappenbesserungen, Adelsbriefe, Standeserhebungen) aus der Zeit von 1558 bis 1697,

- ebenso prunkvoll ausgestaltete Erhebungen von Angehörigen der Familie Schrenck von Notzing durch den bayerischen Kurfürsten in den Freiherrnstand aus der Zeit von 1694 bis 1723,
- von Zar Alexander II. für Alexander von Schrenck ausgestellter prunkvoller Wappenbrief für dessen in den Jahren 1836 bis 1853 geleistete Dienste (1859),
- aufwändig gestaltete Stammbäume auf Pergament mit farbigen Wappenzeichnungen,
- Briefe von Sebastian von Schrenck-Notzing während seiner Teilnahme bei der Ständeversammlung in München an seine Frau Leopoldine (1831),
- Dokumente zur Mission Karl von Schrencks nach Griechenland anlässlich der Erarbeitung einer neuen Verfassung, darunter zahlreiche Briefe aus Athen an seinen Vater Sebastian von Schrenck (1844),
- Briefe von Karl von Schrenck in seiner Eigenschaft als Mitglied der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt an seine Frau Auguste sowie Tagebuch- und andere Aufzeichnungen von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt (1848/49).

Joachim Glasner

Nachlass der Sozialpolitikerin Marielies Schleicher (1901–1996) übernommen

Marielies Schleicher war die Enkelin von Philipp Dessauer, dem Generaldirektor der Buntpapierfabrik A.G. Aschaffenburg sowie der Weißpapier- und Zellulosepapierfabrik Aschaffenburg. Sie war kommunal- und sozialpolitisch stark engagiert. 1948 wurde sie Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes und des Katholischen Mädchenschutzvereins, 1952 gründete sie ein Mädchenlehrlingsheim mit Haushalts- und Sozialpflegeschule. Seit 1952 war sie Mitglied der CSU-Stadtratsfraktion in Aschaffenburg (bis 1967), ab 1956 Beirätin für das Fürsorgewesen. Ab 1957, nach dem Tode ihres Mannes, engagierte sie sich sozialpolitisch in der CSU. 1962 wurde sie in den Bayerischen Landtag gewählt, dem sie bis 1974 angehörte. Sie war u.a. Mitglied im sozialpolitischen Ausschuss und im Landesgesundheitsrat sowie Initiatorin des Arbeitskreises Gesundheitspolitik. Mit dem Ausscheiden aus dem Landtag kehrte sie wieder ganz nach Aschaffenburg zurück, wo ihr der Vorsitz des Caritasverbandes anvertraut wurde (bis 1979). In Aschaffenburg gründete sie zudem 1963 den Verein „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V.“ 1964 folgten die Eröffnung einer Tagesschule, der Bau der Werkstätten in Schmerlenbach (Lkr. Aschaf-

fenburg) und 1980 die Errichtung eines Wohnheimes für Behinderte in Aschaffenburg.

Vor kurzem übergab die Tochter von Marielies Schleicher, Dr. Monika Ebert, dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv den Nachlass ihrer Mutter. Dieser enthält Material über Tätigkeiten beim Katholischen Frauenbund, im Stadtrat Aschaffenburg, im Bayerischen Landtag und als Vorsitzende des Caritasvereins sowie über die Gründung des Mädchenlehrlingsheims in Aschaffenburg. Weiterhin finden sich persönliche Aufzeichnungen, Dokumente über Ehrungen und Auszeichnungen, diverse Ausweise und Mitgliedskarten sowie Fotos.

Besonders erwähnenswert: Marielies Schleicher besuchte, da es in Aschaffenburg noch keine höhere Schule für Mädchen gab, in Regensburg das Institut der Englischen Fräulein, wo sie auch ihr Abitur machte. Mit ihrer Schulkameradin, der später bekannten Schriftstellerin Marieluise Fleißer, unterhielt sie eine lebenslange Freundschaft. Dies erklärt, warum sich im Nachlass ein Originalbrief von 1921, ein Gedicht „Der sieben Schwaben Streiche“ und einige Fotos von Marieluise Fleißer finden sowie zwei in der Buntpapierfabrik in Aschaffenburg hergestellte Druckstöcke mit originellen Zeichnungen von Marieluise Fleißer aus der Schulzeit, nämlich zum einjährigen Klassenjubiläum 1917 und zum Abitur im Jahre 1920.

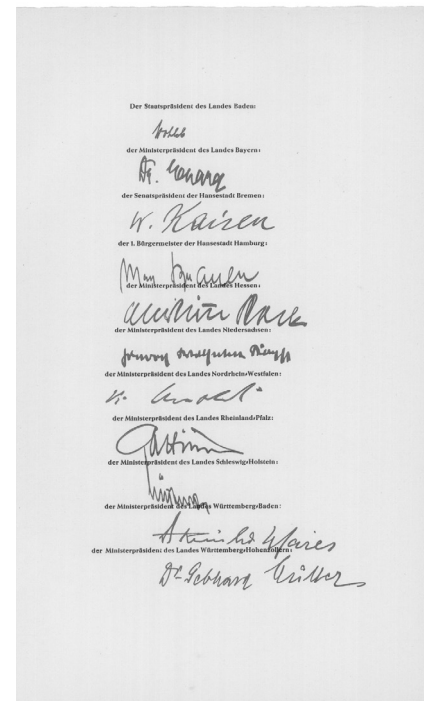
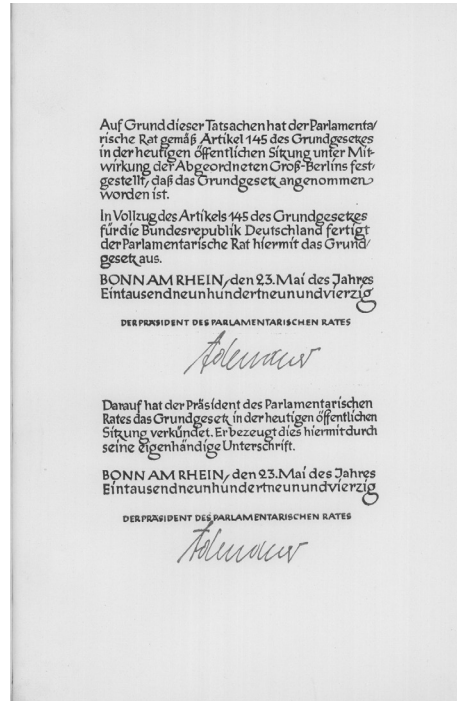
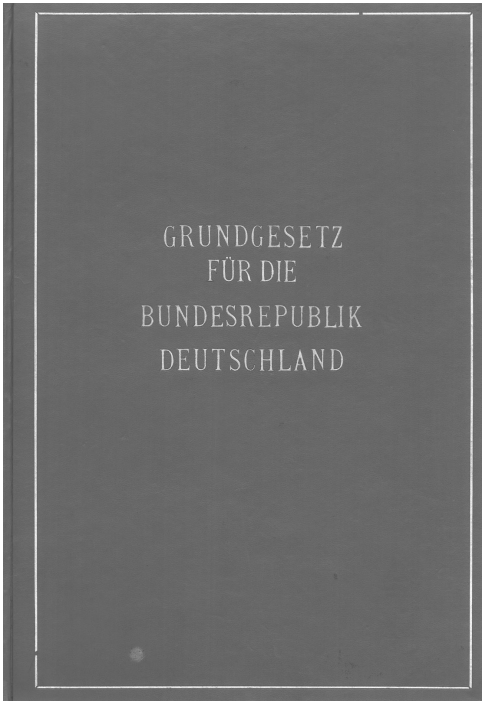
Das Material über die Aktivitäten von Marielies Schleicher in der CSU befindet sich im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München. Einzelne Briefe von Marieluise Fleißer hatte Marielies Schleicher noch zu Lebzeiten dem Marieluise-Fleißer-Archiv in Ingolstadt überlassen.

Der Nachlass von Marielies Schleicher kam mit dem Familienarchiv Dessauer in die Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und wurde dort erst wegen seines Umfangs aus dem Familienarchiv herausgelöst. Es war der Wille der Nachlassgeberin, dass der Nachlass in räumlicher Nähe zum Familienarchiv Dessauer verwahrt wird, weil Marielies Schleicher der Familie Dessauer entstammte.

Joachim Glasner

Das Grundgesetz im Faksimile

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv besitzt mehrere Exemplare einer Faksimile-Ausgabe des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit Unterschriften der deutschen Ministerpräsidenten. Als zweiter unterschrieb beispielsweise der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard (1887–1980).



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sammlung Varia 1826/1 (Fotos: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Der in kleiner Auflage hergestellte Druck befand sich im Nachlass von Dr. Anton Pfeiffer (1888–1957), der als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion dem Parlamentarischen Rat angehörte und in dieser Funktion ebenfalls unterzeichnet hatte. Mit dem Nachlass Pfeiffers sind die Exemplare in die Bestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs eingegangen und werden heute in dessen Abteilung V Nachlässe und Sammlungen verwahrt (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sammlung Varia 1826/1). Der rote Kunstlederband der Faksimile-Ausgabe enthält auf 52 Büttenpapierseiten den Text des Grundgesetzes, im Anschluss die Unterschriften der Vertreter des Bundes und der Länder sowie am Ende einen Druckvermerk (z.B. Ausgabe B mit 100 Exemplaren, davon Nr. 7).

Das Grundgesetz ist die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die durch die anfängliche Teilung der beiden deutschen Staaten bis 1989 eigentlich ein Provisorium sein sollte, sich aber gerade deswegen und wegen ihrer klugen Ausarbeitung bis heute bewährt hat. Von den Grundrechten in Absatz I, dem Verhältnis von Bund und Ländern, der Definition der Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat, Gemeinsamer Ausschuss, Bundespräsident und Bundesregierung in Absatz VII, über die Regelung des Finanzwesens und den Verteidigungsfall bis zu den Übergangs- und Schlussbestimmungen in Absatz XI sind in 146 Artikeln alle für die Verfassung des Staates relevanten Aspekte geregelt.

Den Anstoß zu einer Verfassung gaben die drei westlichen Besatzungsmächte, worauf die elf Ministerpräsidenten der Länder nach dem 1. Juli 1948 eine verfassunggebende Versammlung einberiefen. Durch Wahl konstituierte sich der Parlamentarische Rat, der am 1. September 1948 in Bonn zusammentrat und am 8. Mai 1949 den Entwurf des Grundgesetzes annahm, den er am 23. Mai unterzeichnete und der nach seiner Verkündung am Tag darauf am 25. Mai 1949 in Kraft trat. Damit war für die junge Bundesrepublik Deutschland ein gutes Fundament gelegt.

Nicht zuletzt gehört zum Kuriosum des Grundgesetzes, dass dieser fundamentale Text in Bayern auf Herrenchiemsee entworfen, von Ehard wie von Pfeiffer unterschrieben, aber vom Bayerischen Landtag abgelehnt wurde. Dieser wusste, dass die Ablehnung folgenlos bleiben würde. Denn das Grundgesetz trat am 25. Mai 1949 selbstverständlich auch im Freistaat Bayern in Kraft.

Johann Pörnbacher

München – die „Krone der deutschen Städte“

Mit zahlreichen künstlerischen, gesellschaftlichen und sportlichen Großveranstaltungen im Sommer 1935 zielte die nationalsozialistische Propaganda darauf ab, München, „Hauptstadt der Bewegung“, als „Krone der deutschen Städte“ darzustellen, wie es

Theodor Trautwein in seinem „Führer durch München und Umgebung nebst den Königsschlössern“ formulierte, der 1935 in 40. Auflage erschienen war.

Dieser Werbemaßnahme lag die Absicht zugrunde, den zunehmenden Tourismus und Fremdenverkehr weiter zu fördern und außerdem München im Licht der NS-Propaganda „als Stadt der Kunst, der Freude und der Lebensbejahung“ (Trautwein) erscheinen zu lassen. Neben Konzerten und Opern (Wagner- und Mozart-Festspiele), gab es eine Reihe sportlicher Großveranstaltungen, u.a. die Box-Weltmeisterschaft im Fliegengewicht, den Leichtathletik-Wettkampf zwischen England und Deutschland und das Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und Finnland. Freilichtaufführungen im Kaiserhof der Residenz und volkstümliche Feste im Ausstellungspark und im Englischen Garten ergänzten das Programm des Festsommers, wie auch der Festzug zum 125-jährigen Oktoberfest-Jubiläum.

Der in München lebende Plakatkünstler und Architekt Ludwig Hohlwein (1874–1949) gestaltete 1935 das graphisch eindrucksvolle Werbeplakat für den Verkehrsverein München (Archivsignatur: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 22805). Das Plakat wird von einem Mönch in den Münchner Stadtfarben dominiert. Dieser wirbt mit ausgebreiteten Armen für den „Münchner Festsommer“, der die Zeit von Juni bis Oktober 1935 umfasste. Dabei hält er in seinen Händen ein Blumenbouquet und einen Stab. Dessen oberes Ende trägt das stilisierte, große Stadtwappen der bayerischen Landeshauptstadt. Im Hintergrund sind der Turm des alten Münchner Rathauses, der Turm von Sankt Peter und die Zwillingstürme der Münchner Frauenkirche zu sehen.

Während das Plakat für festliche Kulturveranstaltungen und eine „heile Welt“ in München warb, verfolgten die NS-Machthaber innenpolitisch unter anderem eine rasche Ausgrenzung von Juden und anderer „rassisch Minderwertiger“ aus allen Gesellschafts- und Lebensbereichen. Die „Nürnberger Gesetze“ vom 10. September 1935 bedeuteten einen radikalen Einschnitt in das Leben der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und stellten deren Diskriminierung auf eine pseudo-rechtliche Grundlage nach Kriterien der NS-Rassenlehre. Parallel dazu verfolgte das NS-Regime seine auf Konfrontation gerichtete Außenpolitik, als Hermann Göring, Reichsminister für Luftfahrt, am 9. März 1935 die Existenz einer deutschen Luftwaffe verkündete, obwohl diese durch den Versailler Vertrag verboten war. Eine Woche später folgte die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Westmächte protestierten zwar gegen die Wiederaufrüstung und die Nichteinhaltung

der Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags, verhängten aber keine Sanktionen.

Sebastian Sattler



Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 22805
(Foto: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Die Büste von Friedrich Joseph Maria Rehse in der Abteilung V

Eine überlebensgroße Büste von Friedrich Joseph Maria Rehse (23.3.1870 Münster – 14.1.1952 München), des Sammlers, auf den Kernbestände der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zurückgehen, befindet sich seit Ende vergangenen Jahres in der Abteilung V. Sie konnte durch einen glücklichen Zufall erworben werden. Ein Herr, der dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv bereits 2008 Fotografien zur Ergänzung des Bestandes *Nachlass Rehse* verkauft hatte, wandte sich an die Abteilung V mit der Frage nach einem Bild, das Rehse neben seiner Büste zeige. Nachdem die Fotografie ermittelt war, gab er zu erkennen, dass er die Büste verkaufen wolle, allerdings zögere, weil er fürchte, sie gerate in falsche Hände. Deshalb war er erleichtert, als er schließlich im vergangenen Jahr die

Skulptur persönlich in der Ludwigstraße 14 abliefern konnte, wo sie nun sicher verwahrt wird.

Die Skulptur aus Gips mit bronzefarbenem Anstrich ist ein eindrucksvolles Porträt jenes Mannes, der in seiner Sammelleidenschaft die Jahre des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik und besonders die Zeit des Nationalsozialismus dokumentierte. „F.J.M. Rehse 1933“ steht auf der Vorderseite des Sockels. Auf der rechten Seite ist der Name „Mattes“ eingraviert – der Bildhauer und Kunstprofessor Georg Mattes (1874–1942) war damals ein begehrter Skulpteur in München. Der Kopf wirkt lebendig durch den halb geöffneten Mund, das mit einem leichten Vollbart bedeckte hagere Gesicht verrät eine eigenwillige Persönlichkeit.

Friedrich Joseph Maria Rehse war zunächst Photograph, wandte sich aber bereits während des Ersten Weltkrieges dem Sammeln historisch-politischer Dokumente und Gegenstände zu, das sich zunehmend auf das politische Geschehen der Zwischenkriegszeit und den aufkommenden Nationalsozialismus konzentrierte. 1929 verkaufte Rehse seine Sammlung an die NSDAP und sammelte in deren Auftrag weiter. In einer Arbeitsstelle in Räumen der Münchner Residenz stand er an der Spitze von neun Mitarbeiterinnen, die aus Zeitungen Artikel zu politischen und gesellschaftlichen Fragen ausschnitten, Broschüren zu diesen Themen akquirierten, aber auch dreidimensionale Erinnerungsgegenstände aus der Zeit vor 1933, wie Parteiabzeichen aus Bronze und Armbinden aus Stoff für Parteifunktionäre und Ordnungspersonal, erwarben. Von daher fügt sich auch die Büste Friedrich Joseph Maria Rehses in die Sammlung, die zur Zeit Rehses als Archiv für Zeitgeschichte und Publizistik oder auch als Archiv und Museum für Zeitgeschichte firmierte, bislang als „Varia“ bezeichnet war und nach der derzeitigen Neuverzeichnung die Bezeichnung Sammlung historisch-politischer Dokumente tragen soll.

Johann Pörnbacher

Neue Findbücher zum Verbandsschriftgut

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V. (BLLV)

Das Findbuch zu den Abgaben des Verbandes aus den Jahren 2010 und 2016 ist fertiggestellt (Kernlaufzeit 1905–2012; 278 Archivalien; 9,40 lfm). Dr. Christiane Wilke hatte dankenswerterweise jeweils im Auftrag des BLLV das Schriftgut analysiert, umgelegt und verzeichnet. Als Kernüberlieferung sind vor allem die Unterlagen zu den Landesdelegiertenversammlungen, zum Landesvorstand und zum Haupt-



Gipsbüste, Höhe = 51 cm, Breite = 30 cm, Tiefe = 30 cm
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Nachlass Rehse)

bzw. Landesausschuss, dann aber auch zu den unterschiedlichen Arbeitsstellen und Fachgruppen sowie der Schriftverkehr mit dem Landtag und mit Ministerien zu nennen. Daneben findet sich beinahe lückenlos die Überlieferung des BLLV-Pressedienstes (1987–1995), der Pressemitteilungen (1996–2007), der Pressekonferenzen (1990–2000) und nicht zuletzt des Mitteilungsblattes BLLV direkt (1988–2011).

Einen besonderen Hinweis verdienen die Archivalien, die die Satzung (1971–1987), die Entnazifizierung (Max Hickl: „Entnazifizierung bzw. Frühpensionierung von Lehrern“, 1949–1965) und den Schriftverkehr (Kanzleibuch) in den Jahren 1942 bis 1944 dokumentieren. Des Weiteren ist das Wirken des langjährigen BLLV-Präsidenten Albin Dannhäuser (Vorsitzender 1984–2007) ausführlich nachvollziehbar, vor allem in dessen Reden und Korrespondenz.

Auch Vorträge von dessen Nachfolger Klaus Wenzel (Vorsitzender 2007–2015) lassen sich nachlesen.

Schulpolitisch von Interesse sind die Unterlagen zu den Auseinandersetzungen um die sechststufige Realschule / R6 (1994–1998) und um das Volksbegehren „Schule 2000 / R6“ (1998–2000). Eine besondere Erwähnung verdienen die handschriftlichen Kurzrezensionen des Jugendschriftenausschusses zu Kinder-, Jugend- und Schulbüchern aus den Jahren 1905 bis 1936 sowie das Manuskript von Willi Türk aus dem Jahr 1966: „Aufsatzübungen in der Volksschule“.

Zu beachten ist, dass der Großteil der im vorliegenden Findbuch verzeichneten Archivalien noch der 30-jährigen Schutzfrist unterliegt.

Bayerischer Geschichtslehrerverband e.V. (BGLV)

Der Bayerische Geschichtslehrerverband e.V. (BGLV) gab sich 1997 eine Satzung und ist seit 2001 ein eingetragener Verein. Er ist eine organisatorische Gliederung (Landesverband) des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD e.V.). Darüber hinaus besteht eine enge Kooperation des BGLV mit den gewählten Vertretern der Landesfachgruppe Geschichte/Sozialkunde (G/Sk) im Bayerischen Philologenverband (bpv).

Diese Fachgruppe ist gleichsam ein Vorläufer des BGLV. Landesverband und Fachgruppe waren von Anfang an personell eng verzahnt. Der Philologenverband war bereits 1949 gegründet worden. Der Aufbau seiner Fachgruppe für Deutsch und Geschichte begann im Jahr 1952. 1969 bildete sich dann eine eigene Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde. Genau dieses „bayerische“ Selbstverständnis, nämlich als Fachgruppe G/Sk im bpv „automatisch“ ein eigener Landesverband im deutschen Geschichtslehrerverband zu sein, wurde von den hessischen Kollegen in den Jahren 1988/89 vor Gericht angefochten, aus Sicht der Beklagten aber letztendlich erfolglos.

Augenfällig in der Reihe der Vorsitzenden des Landesverbandes ist die enge Verbindung zum Dachverband VGD. Der im September 1913 gegründete „Verband deutscher Geschichtslehrer“ war 1943 aufgelöst worden. In Person von Prof. Dr. Karl Bosl war Bayern bei der Neugründung des VGD auf dem Historikertag in München von 1949 wesentlich beteiligt gewesen. Bosl war von 1949 bis 1953 Stellvertreter Vorsitzender des VGD, und auch später hatten mit Prof. Dr. Harald Popp und Willi Eisele bayerische Landesverbandsvorsitzende wichtige Funktionen im VGD.

Organe des BGLV sind der Landesvorstand und die Mitgliederversammlung. Die Koordination der Fachverbandsarbeit liegt satzungsgemäß beim Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende ist Mitglied des

Hauptvorstands des föderativ gegliederten Dachverbandes VGD, der seinerseits wieder auf europäischer Ebene beim Fachverband EURO-CLIO mitwirkt. Hier soll er zu allen Fragen Stellung nehmen, in denen durch bundesweite Entwicklungen in der Kultusministerkonferenz (z.B. Standards) oder europäische Entscheidung (z.B. „Bologna-Prozess“) berufliche Interessen seiner bayerischen Mitglieder betroffen sind.

Satzungszweck ist es, Fragen der historisch-politischen Bildung in der Öffentlichkeit, an Schulen und Hochschulen, in der Erwachsenenbildung und in der Lehrerfort- und -weiterbildung aufzugreifen und die Interessen des Faches Geschichte und seiner Fachlehrer zu vertreten. Des Weiteren organisiert er „Kontaktstudien für Geschichtslehrer“ an Universitäten in Kooperation mit den jeweiligen historischen Fakultäten. Die Ergebnisse sind auch als Publikation zugänglich. Neben dem auf den Lehrplan bezogenen Engagement sind in der Vergangenheit Fortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung, dem Gesamtdeutschen Institut und dem Kuratorium Unteilbares Deutschland durchgeführt worden. Hervorzuheben sind auch die jahrelange Zusammenarbeit mit dem Ostkolleg in Köln und die Beteiligungen an den Historikertagen. Das von Willi Eisele organisierte und geleitete Exkursionsprogramm, das vor allem aus Grenzlandseminaren und Fahrten in die DDR und in Ostblockstaaten bestand, fand in zunehmendem Maße Anklang bei den Fachkollegen. Nach der Wende 1989 forcierte Eisele den Kontakt zu den Kollegen der neuen Bundesländer und verhalf ihnen in der Übergangszeit zu Lehrmaterial und Lehrplänen.

Im Zuge der archivischen Erschließung kristallisierten sich drei unterschiedliche Provenienzen heraus. Für das zum Verband der Geschichtslehrer Deutschlands VGD e.V. gehörige Schriftgut hat das Bundesarchiv (Koblenz) Übernahmebereitschaft signalisiert (33 Archivalien bzw. 1,40 lfm). Der langjährige Vorsitzende des BGLV Willi Eisele wiederum hat all diejenigen Unterlagen wieder in seinen Privatbesitz zurückgenommen, die sich weniger auf den Verband als vielmehr auf ihn persönlich beziehen (71 Schriftguteinheiten bzw. 2,30 lfm).

Die verbliebene Überlieferung des Bestandes BGLV (Kernlaufzeit 1975–2009; 94 Archivalien; 3,60 lfm) ist eine Mischung aus Sachverhalten, die sowohl die Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde im Bayerischen Philologenverband als auch den Landesverband Bayern im Deutschen Geschichtslehrerverband betreffen. Sie enthält viel Informations- bzw. Dokumentationsmaterial (Kopien, Internet-Ausdrucke, Broschüren).

Schriftliche Niederschläge über eigene Aktionen und Beteiligungen des BGLV und Unterlagen, die von anderer Stelle (VGD) zugeschickt bzw. als Informationsmaterial gesammelt wurden, liegen oft beieinander.

Inhaltlich überwiegen Jahres- bzw. Geschäftskorrespondenzen, die auch die Planung und die Ergebnisse von Sitzungen und Tagungen enthalten. Der Aktenniederschlag aus der Zeit des Vorsitzenden Prof. Dr. Harald Popps (1931–2017, Vorsitzender 1975–1996) liefert Jahr für Jahr systematisch gegliedert Nachweise zum Verbandsgeschehen, nicht selten auch in Form des speziellen Aktentypus „Handakt“. Innerhalb der Jahre unter dem Vorsitzenden Willi Eisele (geb. 1946, Vorsitzender 1996–2013) finden sich neben den Korrespondenzen viele Anmerkungen und Rezensionen zu unterschiedlichen Sachverhalten und Veröffentlichungen, aber auch umfangreiche Dokumentationen zu Fortbildungsveranstaltungen in Sachsen und Thüringen oder zu Fachexkursionen ins Ausland.

Das Schriftgut unterliegt weitgehend noch der 30-jährigen Schutzfrist.

Europa-Union Bayern e.V.

Der Landesverband Bayern der Europa-Union besteht seit 1948 (Landesvorsitzende waren unter anderen Dr. Dieter Sattler, Dr. Josef Müller, Dr. Otto Schedl und Dr. Karl Hillermeier; derzeitiger Landesvorsitzender ist Markus Ferber, alle CSU) und ist laut Satzung „eine überparteiliche und überkonfessionelle politische Organisation“, die „unter voller Wahrung ihrer geistigen, politischen und organisatorischen Unabhängigkeit“ bestrebt ist, „die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die Parlamente und die Regierungen für die föderative und demokratisch-rechtsstaatliche Vereinigung der europäischen Völker zu gewinnen.“

Der Landesverband besteht aus Kreisverbänden, Einzelmitgliedern, die keinem Kreisverband angehören, **außerordentlichen Mitgliedern**, **Bezirksverbänden** sowie Arbeitsgemeinschaften, Komitees und sonstigen Zusammenschlüssen. Organe sind neben der Landesversammlung der Landesvorstand, der Landesgeschäftsführer, der Landesbeirat und der Parlamentarische Beirat sowie der Landesschieds ausschuss.

1989 kam eine komplette Dokumentation über die Tätigkeit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in das Bayerische Hauptstaatsarchiv: Unterlagen über die Organisation, die Verbandsarbeit, den Bayerischen Rat der Europäischen Bewegung sowie den Parlamentarischen Beirat und über die Jungen Europäer e.V. als der Jugendorganisation der Europa-

Union Bayern. Es fanden sich auch Unterlagen des Bezirksverbandes München darunter, die jetzt zuständigkeithalber an das Staatsarchiv München abgegeben wurden. Eine „klassische“ Aktenabgabe war die „Abgabe 1989“ freilich nicht. Es handelte sich eher um eine mit Hilfe von Kopien zusammengestellte Dokumentation als um gewachsenes Registraturgut. Die Altaktenregistratur des Landesverbandes und die ab circa 1975 geführte „lebendige“ Registratur haben bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht den Weg in das Archiv gefunden. Als bisher letzten Zuwachs zum Bestand wurde 1990 eine Sammlung von Zeitungsausschnitten über die Aktivitäten der Europa-Union Bayern e.V. und deren Unterorganisationen übernommen.

Auf einer Landesgeschäftsführersitzung der Europa-Union war nämlich 1985 vereinbart worden, dass das Generalsekretariat den Landesverbänden die für sie relevanten Zeitungsausschnitte in regelmäßigen Abständen zukommen lässt. Die erste entsprechende Sendung enthielt Zeitungsausschnitte ab Mitte 1984. Diese Zeitungsausschnittsammlung wurde dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv seinerzeit übergeben. Ein weiterer Dokumentationsblock, dessen Abgabe an das Bayerische Hauptstaatsarchiv sich zeitlich nicht festlegen lässt, umfasst die Zeit von 1946 bis 1955 und bietet akribisch, zahlreich und in großem Umfang Presseauschnitte über Europa und auch andere Regionen der Welt. Besonders ins Gewicht fallen hier die deutschsprachigen Zeitungen *Neue Zürcher Zeitung*, *Die Neue Zeitung*, *National-Zeitung* (Basel), *Der Bund* (Bern), *Süddeutsche Zeitung* und *L'Alsace* (Mülhausen im Elsass). Daneben finden sich Ausschnitte der ausländischen Zeitungen *The Times* (London), *The New York Times* und *Le Monde* (Paris) und auch vereinzelt Meldungen von Nachrichtenagenturen wie zum Beispiel *UP* (USA).

Nach abgeschlossener Bearbeitung umfasst der Bestand „Europa-Union Bayern e.V.“ 358 Archivalien im Umfang von insgesamt 4,30 laufenden Metern.

Milch-, Fett- und Eierwirtschaftsverbände

Für die Überwachung und Steuerung der nationalsozialistischen Marktordnung für landwirtschaftliche Produkte war die Reichshauptabteilung III des Reichsnährstandes („Der Markt“) verantwortlich. Nachgeordnet waren neun Hauptvereinigungen, unter anderem für die Eier-, Milch- und Fettwirtschaft. Die 1935 gegründeten Wirtschaftsverbände wiederum fungierten als Unterbau dieser Hauptvereinigungen. Es gab den Milch- und Fettwirtschaftsverband Bayern in München, den Milch- und Fettwirtschaftsverband Allgäu in Kempten, den Milch- und Fettwirt-

schaftsverband Bayreuth und den Eierwirtschaftsverband Bayern in München. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestanden die Wirtschaftsverbände in der Ernährungswirtschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts zunächst fort. Erst im Jahr 1948 wurden sie in das Bayerische Landesernährungsamt überführt. Mit der Lebensmittelbewirtschaftung endete 1950 auch die Tätigkeit der aus den Wirtschaftsverbänden gebildeten Referate des Landesernährungsamtes.

Das Bundesarchiv gab 2016 aus seiner „Sammlung Reichsnährstand“ eine Anzahl von Personalakten an das Bayerische Hauptstaatsarchiv ab. Das Bundesarchiv selbst hatte diese Sammlung von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung übernommen.

Diese Personalakten umfassen 34 Einheiten bzw. 0,60 lfm, erstrecken sich in der Kernlaufzeit von 1933 bis 1960 und erwachsen bei den bayerischen Milch-, Fett- und Eierverbänden. Es wird vor allem der Zeitraum von 1933 bis 1948 abgedeckt. Damit wird ein Ausschnitt der regionalen Ebene des Reichsnährstandes dokumentiert.

Für das konkrete Wirken des jeweiligen einzelnen Wirtschaftsverbandes findet sich in den Personalakten wenig Aussagekräftiges. Ihren historischen Wert erhalten diese Personalakten dadurch, dass sie Quellen zu einer ansonsten nur rudimentär überlieferten Verwaltungssparte sind: Das Schriftgut der Landesbauernschaft Bayern selbst wurde 1944 durch einen Fliegerangriff vernichtet und ist daher nur fragmentarisch im Bayerischen Hauptstaatsarchiv überliefert. Um die Tätigkeit dieser der Ernährungsbewirtschaftung dienenden Verbände über einen (Splitter-)Bestand sichtbar werden zu lassen, diente hier die Anfangsprovenienz als Kriterium der Bestandsbildung, und nicht – wie sonst üblich – die abschließende Provenienz der Akten, die häufig bei staatlichen Nachkriegsbehörden lag.

Pensionsanstalt für die Rechtsanwälte Bayerns VVaG

Die Anstalt war bis Ende 2007 eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zum 1. Januar 2008 erfolgte ihre Privatisierung und Umwandlung in einen kleinen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Ihr Geschäftsgebiet umfasste den Freistaat Bayern. Sie wurde am 27. Juni 1808 als Wohltätigkeitsstiftung ins Leben gerufen. Ihr Zweck war die Gewährung von Renten an die Hinterbliebenen der Mitglieder der Anstalt, also der Witwen und der ehelichen oder diesen gleichgestellten Kinder. Die Mitgliederversammlung der Pensionsanstalt, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt

noch aus ca. 300 Personen besteht, beschloss im Jahr 2013 die Liquidation zum 31. Dezember 2014.

Im Zuge der Auflösung war die Pensionsanstalt 2015 an das Bayerische Hauptstaatsarchiv herangetreten. Verschiedene, insbesondere historische Unterlagen, die noch in den Geschäftsräumen der Pensionsanstalt lagerten, wurden zur Übernahme angeboten. Auf der Basis eines Schenkungsvertrags kam das Registraturgut im März 2016 in die Abteilung V. Einige Unterlagen werden in den nächsten Jahren noch folgen, sobald gesetzliche Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

Die verzeichneten Verwaltungs- und Pensionsakten umfassen 234 Einheiten bzw. 2,30 lfm und erstrecken sich in der Kernlaufzeit von 1829 bis 2015. Nimmt man Abschriften hinzu, die in einschlägigen Archivalien enthalten sind, dann beginnt die Überlieferung bereits im Jahr 1789. Ein Aktenplan war nicht vorhanden. Das Schriftgut wurde daher im Zuge der Verzeichnung systematisch gegliedert.

Südosteuropa-Gesellschaft e.V.

Die Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) ist ein eingetragener Verein mit Sitz in München und mehreren Zweigstellen in der gesamten Bundesrepublik. Die SOG wurde 1952 auf Anregung von Prof. Friedrich Maria Ludwig „Fritz“ Valjavec (1909–1960) gegründet, der bis 1957 auch als ihr Vorstand fungierte.

Organe der SOG sind die Mitgliederversammlung („Jahreshauptversammlung der Mitglieder“), das Präsidium mit einem Präsidialmitglied als Geschäftsführer und der Beirat (später: „Wissenschaftlicher Beirat“). Organe des Wissenschaftlichen Beirates sind daneben ständige Ausschüsse. Es bestanden zeitweise auch ein Kuratorium und ein Kulturbeirat.

Die Südosteuropa-Gesellschaft will unter Beobachtung der Eigenständigkeit des europäischen Südostens die Kenntnis über diese Länder pflegen und die kulturpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Südosteuropa und der Bundesrepublik fördern. Als herausragende Veranstaltung ist hierbei die jährlich abgehaltene Internationale Hochschulwoche zu nennen. Für besondere Verdienste wird als Journalistenpreis die Dr.-Rudolf-Vogel-Medaille verliehen (seit 2013 „Journalistenpreis der Südosteuropa-Gesellschaft“).

Zu den wesentlichen Veröffentlichungen der Gesellschaft zählen die Reihen „Südosteuropa-Jahrbücher“, „Südosteuropa-Studien“ und die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „Südosteuropa Mitteilungen“ (SOM). Einige vormalige und inzwischen eingestellte Schriftenreihen waren „Aus der Südost-

europa-Forschung“, „Südosteuropa-Schriften“ und „Südosteuropa Aktuell“.

Das vorliegende Registraturgut der SOG war keiner eindeutigen Systematik unterworfen; es existierte kein durchgängiger Aktenplan. Die bei der archivischen Bearbeitung verwendete Gliederung orientierte sich an der Mustergliederung für Verbandsschriftgut und bildet die wesentlichen Verbandszielsetzungen nach den Angaben des Aktenplans von 1967 ab, den die SOG über kurze Zeit hinweg angewandt hat.

Die insgesamt 337 Archivalien (10,1 lfm) umfassen einen Überlieferungszeitraum von 1952 bis 1976. Vom Wesen her handelt es sich überwiegend um Korrespondenz der SOG mit ihren (Gremien-) Mitgliedern. Die Überlieferung ist geprägt durch thematisch nicht immer klar trennbaren Schriftverkehr, was durch den vorherrschenden Ablagetypus „Sammelakt“ augenfällig wird. Darüber hinaus sind zahlreiche Manuskripte von Reden und Vorträgen vorhanden. Im Schriftwechsel mit dem Auswärtigen Amt mit vielen Tätigkeitsberichten, Arbeitsprogrammen, Verwendungsnachweisen, Finanzberichten und Wirtschaftsplänen schlägt sich die öffentliche Förderung nieder. Die umfangreiche Schriftgutgruppe der „reinen“ Korrespondenzakten ist über die jeweiligen Korrespondenzpartner und die Chronologie zugänglich. Schließlich verschaffen Presseberichte einen Blick auf die öffentliche Meinung zum Wirken der SOG. Großer Dank gilt Dr. Anna Vlachopoulou, die im Auftrag der SOG die Auswahl, Umlegung und Verzeichnung des nun als Findbuch vorliegenden Bestandes durchführte.

Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands, Landesverband Bayern e.V.

Der 1950 von heimgekehrten Kriegsgefangenen gegründete Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V. (VdH) war als Generationenverband konzipiert. Der Landesverband Bayern des VdH beendete seine Arbeit am 31. Dezember 2007.

Der VdH setzte sich zum Ziel, den Überlebenden bei der Wiedereingliederung zu helfen. Seine Hilfestellungen konzentrierten sich zunächst auf Arbeitsvermittlung und Berufseingliederung, aber auch auf die Gewährung von Existenz- und Wohnraumdarlehen sowie auf Beratung und Unterstützung bei der Bearbeitung von Versorgungsfällen und bei der Feststellung von Spätschäden aus der Gefangenschaft.

In späteren Jahren widmete sich der Verband entsprechend seiner Satzung einer erweiterten Aufga-

benpalette einerseits im sozialen Bereich, andererseits im Bereich der politischen Bildung.

Der Landesverband Bayern e.V. umfasste im Jahr 2000 etwa 7.350 ordentliche Mitglieder und war in ca. 200 Orts-, 80 Kreis- und 6 Bezirksverbände gegliedert. Er unterhielt zahlreiche Patenschaften zu vergleichbaren Verbänden im Ausland. Unter seiner Leitung wurden zudem rund 90 Mahnmale errichtet.

Als Stimme der Kriegsgeneration meldete sich der VdH bei allen grundlegenden Fragen aus Politik und Gesellschaft in seiner Verbandszeitung *Der Heimkehrer* zu Wort.

Der Bestand im Bayerischen Hauptstaatsarchiv umfasst insgesamt 155 Archivalien bzw. 5,1 lfm. In den Korrespondenzen des Landesverbandes mit den Kreisverbänden und vereinzelt auch mit den Ortsverbänden werden neben allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten auch einzelne personenbezogene Unterstützungsgesuche behandelt. Dokumentiert sind Ehrungen von langjährigen Mitgliedern und anderen verdienstvollen Verbandsmitgliedern. Rundschreiben und sporadische Niederschriften zu Verbandstagen auf Kreis- und Ortsebene verhelfen zu einem Einblick in das innere Geschehen des Verbandes. Aufgelockert wird die Überlieferung durch Zeitungsausschnitte, Kopien von Zeitungsausschnitten und einige wenige Fotografien. Nicht zu vergessen sind die vielen persönlichen Schreiben von Heimkehrern, Kriegsgefangenen und Angehörigen von Vermissten. Der Inhalt dieser Briefe kann Aufschluss über Erlebtes, Gedachtes und Erwartetes, über aufrichtige Dankbarkeit und große Enttäuschung geben.

Umfangreich überliefert sind die Anstrengungen zur Errichtung von Heimkehrersiedlungen und Bauvorhaben von Spätheimkehrern. Einen eigenständigen Block bilden Versorgungsangelegenheiten.

Die abgegebenen und nach Prüfung der Archivwürdigkeit im Bestand belassenen Audio-, Video- und Bildmedien (Magnettonbänder, Super-8- und 16-mm-Filme, Negative und Diapositive) verhelfen dem Bestand zu einer besonderen Vielfalt. Diese Medien sind nach Abschluss der Verzeichnungsarbeit zur Wandlung in digitale Dateiformate in Auftrag gegeben worden. Aus den ebenfalls in den Archivbestand übernommenen Gegenständen ragen eine originale schwarze Winterjacke aus russischer Gefangenschaft und große Stoffbanner mit dem Emblem des VdH und den Schriftzügen „Gebt unsere Gefangenen frei“ und „Gebt sie endlich frei!“ heraus.

Heinz-Jürgen Weber

Der Nachlass des sudetendeutschen Politikers und Aktivisten Franz Jesser – eine ideengeschichtliche Perspektive

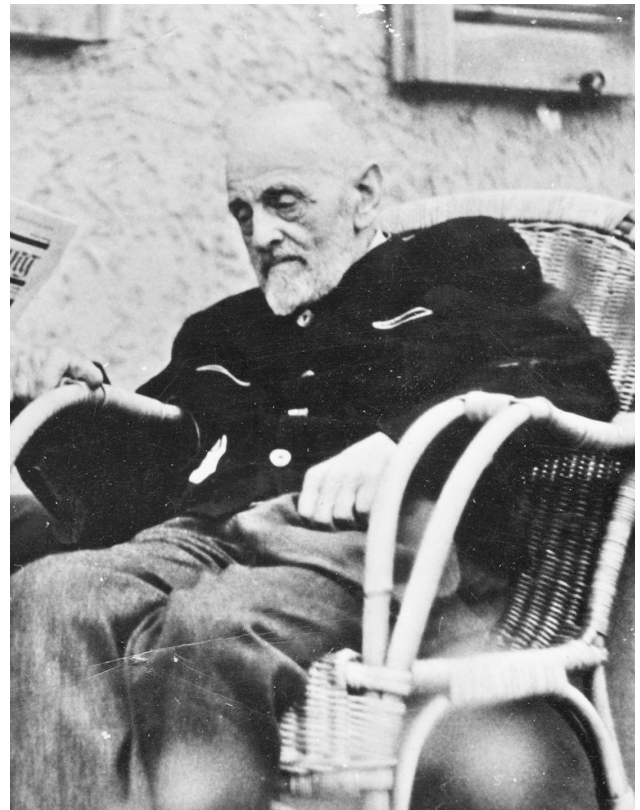
Der Nachlass des 1869 im nordmährischen Städtchen Zwittau (Svitavy, Tschechien) geborenen Franz Jesser († 1954) dokumentiert in besonderer Weise die Tragik der nationalen Spannungen zwischen Deutschen und Tschechen. Franz Jesser war als Senator der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) im Senat der Tschechoslowakei vielfach mit der Rolle der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien befasst, er verkörperte die ideengeschichtliche Entwicklung vor dem Hintergrund einer nationalen Bindung und prägte die Bezeichnungen „Sudetländer“ und „sudetendeutsch“. Nach dem Zweiten Weltkrieg verfasste er eine Reihe von Denkschriften, Betrachtungen und Skizzen, die im Wesentlichen den nun verzeichneten „Nachlass Franz Jesser“ des Sudetendeutschen Archivs ausmachen.

Der Nachlass wurde von dem Literaturwissenschaftler Dr. Arthur Herr († 1986) zusammengetragen, der die Lebenserinnerungen Jessers überarbeitet und 1983 veröffentlicht hat. Die 31 Archivalien des Nachlasses haben einen Umfang von 0,6 laufenden Metern. Einige Archivalien stammen aus den Jahren 1902 und 1906, der Rest im Wesentlichen aus der Zeit nach 1945.

Franz Jesser übte in den Jahren zwischen 1898 und 1906 für den Bund der Deutschen in Böhmen die Tätigkeit eines Wanderlehrers aus und lernte dadurch die vielfältigen Probleme der Deutschen durch eigene Anschauung kennen. Die sich damals abzeichnenden nationalen Spannungen in den böhmischen Ländern sollen ihn so stark bewegt haben, dass er sich entschloss, als Politiker an Lösungskonzepten mitzuarbeiten. 1907 zog er als Abgeordneter der Deutschen Agrarpartei in das Wiener Abgeordnetenhaus des Reichsrats ein. 1911 übernahm er ein Mandat der Deutschen Volkspartei, das er infolge des Krieges ohne zwischenzeitliche Wahl bis zum Ende der Donaumonarchie beibehalten konnte. Wie er später bekannte, habe der deutschnationale Sozialdemokrat Engelbert Pernerstorfer (1850–1918), der zunächst dem Kreis um Georg von Schönerer angehörte, eine große Anziehungskraft auf ihn ausgeübt. Die autokratischen und antisemitischen Auffassungen Georg von Schönerers habe er aber schon damals bedenklich gefunden.

Jesser sprach sich als Abgeordneter wiederholt für eine nationale Personalautonomie der Deutschen innerhalb der österreichischen Kronländer aus. Er hielt den Plan des parteilosen Abgeordneten Rudolf Lodgman von Auen, der am Ende des Ersten Weltkriegs

ein territorial abgegrenztes Deutsch-Böhmen mit der Hauptstadt Reichenberg favorisierte, für nicht praktikabel. Gerade die Kronländer, insbesondere Böhmen, Mähren und Schlesien, wollte er in ihrem territorialen Bestand erhalten wissen. Dabei forderte er auch von den Deutschen Zugeständnisse gegenüber den Tschechen.



Franz Jesser 1953 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Sudetendeutsches Archiv, Bildersammlung 41.537)

Schon vor dem Ende der Donaumonarchie entstanden auf deutscher und tschechischer Seite national getrennte Parteien. Jesser schloss sich der nach der Staatsgründung der Tschechoslowakei neugegründeten DNSAP an. Diese war aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) hervorgegangen und war im Mai 1918 in Wien offiziell gegründet worden. Sie strebte ab November 1918 vor allem eine Autonomie der Deutschen innerhalb der Tschechoslowakei an und lehnte dabei die Zusammenarbeit mit tschechischen Parteien und Behörden im Sinne des sogenannten Negativismus strikt ab. Jesser unterhielt, entgegen der Parteilinie, mit anderen Parteien und auch tschechischen Politikern Kontakte. Er sah in der DNSAP eine deutsche Entsprechung der tschechischen Nationalsozialistischen Partei (Česká strana národně sociální beziehungsweise der Československá strana národně socialistická, ČSNS), der auch Edvard Beneš angehörte.

Viele Funktionäre der DNSAP pflegten enge Kontakte mit den reichsdeutschen Nationalsozialisten und ebenso mit dem am 1. März 1932 von der Staatsregierung verbotenen „Verband Volkssport“, einer der deutschen SA vergleichbaren paramilitärischen Organisation. Damals war vor dem Obersten Gericht der Tschechoslowakei in Brünn im Rahmen des sogenannten Volkssport-Prozesses gegen mehrere Aktivistinnen Anklage erhoben worden; auch führende Parteimitglieder, wie Rudolf Jung und Hans Krebs, wurden staatsfeindlicher Umtriebe verdächtigt. Mit der Selbstauflösung der DNSAP Ende September 1933 kam man einem staatlichen Verbot zuvor.

Franz Jesser hatte noch im April 1933 zusammen mit dem bis 1928 amtierenden Parteivorsitzenden der DNSAP, Hans Knirsch, und mit Rudolf Jung versucht, den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Jan Malypetr zu einem Abkommen mit den deutschen Machthabern zu bewegen. Noch bevor dieses Vorhaben angegangen werden konnte, hatte Edvard Beneš als tschechoslowakischer Außenminister einer möglichen Vereinbarung eine Absage erteilt. Dennoch suchte Knirsch Hitler im Mai desselben Jahres in Berlin auf, konnte ihn aber nicht für einen Nichtangriffspakt gewinnen. Knirsch soll sich, so heißt es in Jessers autobiographischen Aufzeichnungen, entsetzt über die „Weltherrschaftspläne“ Hitlers gezeigt haben und sei in dieser Hinsicht mit Jesser einer Meinung gewesen. Nach den Aussagen des Jugendbeauftragten der DNSAP und späteren Mitbegründers der Sudetendeutschen Heimatfront, Eugen Weese, soll Hitler Knirsch allerdings mitgeteilt haben, dass er sich „des Auslandsdeutschums voll annehmen“ werde, wenn er nach etwa zehn Jahren „aus dem Reich einen bündnisfähigen Staat“ gemacht habe.

Bei allen ideologischen Affinitäten stand Jesser dem nationalsozialistischen Deutschland distanziert gegenüber. So übte er beispielsweise im April 1933 in der Zeitung „Deutsche Zeitung Bohemia“ in einem langen Artikel an der deutschen Schwesterpartei wegen der Gleichschaltungen in Deutschland scharfe Kritik. Insbesondere sprach er sich gegen die damals von der Reichsregierung eingeleiteten Maßnahmen gegen die Lausitzer Sorben aus und kritisierte die Auflösung des sogenannten Lausitzer Sokols. Sich selbst bezeichnete er in diesem Zeitungsartikel als Schüler Pernerstorfers. Noch vor der offiziellen Auflösung der DNSAP Ende September 1933 legte Jesser sein Senatsmandat nieder und erklärte seinen Austritt aus der Partei. Nach dem Krieg verwies er wiederholt auf seine Freundschaft mit dem Politiker und Minister vom Bund der Landwirte, Franz Spina. Mit diesem

habe er über Jahrzehnte in engem Kontakt gestanden und auch politische Konzepte entwickelt.

Jesser sah sich selbst als „Prophet“. So schreibt er kurz nach Kriegsende aus Zwittau an seinen Bekannten Otto Kühnert, dass er „das System Hitler von 1920 an als unheilvolles, als eine Verzerrung des an sich so idealen Gedankens der Identität von natio und societas erkannt und bekämpft“ habe. Er sei „stolz, daß [er] seit 1920 Rebell in der nationalsozialistischen Partei war und daß [er] durch [seinen] Verzicht auf [sein] Mandat und durch [seinen] Austritt aus der Partei vor der behördlichen Auflösung den Trennungsstrich gerade vor der neuen Konjunktur deutlich gezogen habe“. In den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Denkschriften und Aufzeichnungen bedauerte er die tragische Schuld der Deutschen und insbesondere den Mord an den europäischen Juden. Er versuchte, die Entwicklungen und Verbrechen mit dem Zitat Adalbert Stifters „In jedem Menschen schlummert das Tier“ zu deuten. Er war der Meinung, dass das letzte Motiv der verhängnisvollen Entwicklung die Angst gewesen sei, und sah in der Geschichte eine Abfolge von Zwangsläufigkeiten. Er äußerte sich wiederholt zum deutsch-tschechischen Verhältnis in der Zwischenkriegszeit und sprach von einer „Politik der versäumten Gelegenheiten“. „Cardinalfehler der sudetendeutschen Politik, insbesondere der deutschböhmischen, war das allzu zähe Beharren auf politische[n], wirtschaftliche[n], kulturelle[n], soziale[n] Zustände[n], die mit der unwiderstehlichen Entwicklung nicht mehr vereinbar waren“. In vielen Aufzeichnungen und Briefen kam er auf persönliche Motive und Unzulänglichkeiten zu sprechen und ging auch auf seine eigenen psychischen Schwierigkeiten näher ein.

Für die alten österreichischen Lande unterschied Jesser zwischen „Alpendeutschen“ und „Sudetendeutschen“. Während er zu den ersteren auch die Böhmerwälder und Südmährer zählte, waren nach seiner Auffassung unter den „Sudetendeutschen“ die Deutschen in Nordböhmen, Nordmähren und Schlesien zu verstehen. Die zunächst rein ethnographisch verwendete Bezeichnung „sudetendeutsch“ sollte bald zu einem ideologisch und politisch aufgeladenen Begriff werden. Nach der Gründung der Tschechoslowakei verfolgten nämlich viele mit den Bezeichnungen „sudetendeutsch“ und „Sudetenland“ das Ziel, die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien im deutschnationalen Sinn zu einer politischen Einheit zusammenzufassen. In einem abschriftlich erhaltenen Brief an den Adalbert Stifter-Verein vom Oktober 1948 führte Jesser an, die „Sammelnamen“ „Sudetendeutscher“ und „Sudetenländer“ in einem im „Deut-

schen Volksboten“ 1902 in Prag erschienenen Aufsatz „bewusst“ verwendet und damit die Bezeichnungen geprägt zu haben. Tatsächlich wurde die Bezeichnung „sudetendeutsch“ ein Jahr später im unsignierten Beitrag „Zweitheilung?“ in der 11. Nummer des „Deutschen Volksboten“, der höchstwahrscheinlich von Jesser stammte, erstmals in die politische Diskussion eingebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg sprach Jesser in Bezug auf die Sudetendeutschen von einer „Schicksalsgemeinschaft“, verwahrte sich aber gegen die „Wortbildung `sudetendeutscher Stamm““. Allerdings ignorierte er dabei, dass mit der propagandistischen Verwendung der Bezeichnung „sudetendeutsch“ die nationale Problematik der Deutschen in Mitteleuropa von Seiten des nationalsozialistischen Deutschen Reiches angefacht und die Legitimierung der mit dem Münchner Abkommen in Gang gekommenen tragischen Grenzüberschreitungen grundgelegt worden war.

Helmut Demattio

Staatsarchiv Augsburg

Grenzziehung mit Holzklötzen

Eher selten werden in Archiven dreidimensionale Objekte verwahrt, wie im Fall der beiden vorliegenden Grenzstein-Bozetti, die zusammen mit einem Plan über die Grenze zwischen Füssen und Waltenhofen aus dem Jahr 1774 überliefert sind. Es handelt sich um zwei gut acht Zentimeter hohe, aus Holz geschnitzte, mit Tinte nachgezogene, beschriftete Modelle (Staatsarchiv Augsburg, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand 36 a) (Abb. siehe Umschlagrückseite).

Die beiden Holzmodelle zeigen die Grenzsteine, die am Schwarzenberg zwischen dem Hochstift Augsburg und der kurbayerischen Herrschaft Schwangau im Dreiländereck Hochstift Augsburg, Grafschaft Tirol und Herzogtum Bayern neu errichtet werden sollten. Anschaulich sind die Wappen der angrenzenden Territorien festgehalten: die Grenze an der Landstraße nach Tirol mit dem österreichischen Wappen, das Emblem der bayerischen Herrschaft Schwangau, dargestellt durch einen Schwan, sowie der Schwarzenberg mit drei Nadelbäumen auf einem Dreieck. Wie die Grenzsteine aufgestellt werden sollten, wird durch die damals übliche Bezeichnung der Himmelsrichtungen mit Mitternacht (Norden), Morgen (Osten), Mittag (Süden) und Abend (Westen) erläutert.

Festgelegt wurden die Markungen durch eine Grenzkommission, die sich aus Beamten des Hochstifts Augsburg und der ebenfalls hochstift-augsbur-

gischen Stadt Füssen zusammensetzte. Diese schritt die Route am 23. September 1774 ab, worauf wenige Tage später Johann Georg Ahorn, ein Steinhauer aus Füssen, einen Plan über die Gegend mit der einzuzeichnenden Grenze fertigte, eine teilkolorierte Federzeichnung mit Sepia auf einem 56,5 x 44,5 cm großen Blatt Papier (Staatsarchiv Augsburg, Plansammlung, Münchner Bestand 9607).

Vermutlich war Ahorn Teil der Kommission und auch Schöpfer der Grenzsteinmodelle. Er hielt die Grenze, die beim Schwarzenberg bis zum bayerischen Zoll- und Mauthaus verlief, samt den Grenzsteinen fest. Die mit Großbuchstaben gekennzeichneten Örtlichkeiten erläuterte er in der Legende des Plans, die Grenzsteine nummerierte er durch.

Der Plan sowie die beiden Modelle entstanden in Folge eines Grenzvertrags zwischen dem Haus Österreich und dem Hochstift Augsburg, bei dem es um die Bereinigung der Grenze zwischen dem Gericht Vils und der Pflege Füssen ging. Dem waren langjährige Verhandlungen beider Territorien vorausgegangen. Offenbar waren ältere Akten über den Grenzverlauf infolge des Dreißigjährigen Kriegs verloren gegangen, so dass es seitdem zu keinen Neuvermerkungen mehr gekommen war.

Claudia Kalesse

Staatsarchiv Coburg

Neuer Bestand „Bienenzuchtverein“ erschlossen

Unterlagen, die 2012 dem Staatsarchiv Coburg geschenkt wurden, wurden im Bestand „Bienenzuchtverein“ formiert. Sie spiegeln drei Stufen der Vereinsentwicklung wider. Zwei Akten stammen noch aus der Zeit des „Vereins der Bienenzüchter des Herzogtums Coburg“, der im Jahr 1852 gegründet wurde. Der folgende Teil von Unterlagen beleuchtet seit Beginn der 1920er Jahre die Arbeit des „Coburger Bienenzuchtvereins“, der im Jahr 1933 unter dem Druck der politischen Verhältnisse mit dem „Imkerverein für Coburg und Umgebung“ zusammengeschlossen wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Vereinsarbeit im Jahr 1949 wieder aufgenommen. Im Jahr 1968 kam es schließlich zur Gründung des „Neuen Bienenzuchtvereins Coburg“. Die Vereinsunterlagen illustrieren die gesamte Bandbreite der Vereinsarbeit, ausgehend von den Protokollen der Mitgliederversammlungen, der Vortragstätigkeit (z.B. Veranstaltungsreihen an der Volkshochschule) bis hin zu den Fahrten der Vereine. Zahlreiche aus der Zwischenkriegszeit stammende, zum Teil schwer greifbare Veröffentlichungen und Zeitschriften zur Imkerei

und Bienenzucht runden den Bestand ab (z.B. Deutsche Illustrierte Bienenzeitung, „Das Bienenmütterchen“).

Zwei Aspekte machen die Überlieferung des Bienenzüchtervereins so interessant und lebendig:

Das Bewusstsein um die fragilen Lebensverhältnisse der Bienenvölker führte dazu, dass sich die Bienenzüchter schon immer mit Themen wie Umwelt- und Artenschutz oder die Wirkung von Heilkräutern beschäftigten. Will man erfahren, wo diese heute so aktuellen Fragen ihren Ausgang nahmen, findet man hier reichhaltiges Material. Und: Bienenzüchter sind nicht nur traditionsbewusst und naturverliebt, sie sind auch Poeten. Der Bestand enthält gleich eine ganze Reihe von Gedichten und gereimten Texten, die auf den Versammlungen der Bienenzüchter vorgetragen wurden. So rät der alte Imker in bestem Fränkisch einem Neuling, der wissen möchte, wie viele Bienen sein Schwarm umfasst:

*Da steht, am besten sollen es über 30.000 Bienen
sei,
mein Gott, wie mache ich dies mit der Zählerei?
Da fällt mir auch gleich wieder was ei,
20 Stück zähle ich in eine Tüte nei,
die tue ich dann zum Apotheker trage
der wiegt sie mir auf der analytischen Waage,
und wenn ich dann das Gewicht so ho,
wird dann geteilt und malgenomme, dann habe
ich die Anzahl.*

Alexander Wolz

Staatsarchiv Landshut

Landespolizeikommandos Landshut, Passau und Straubing neu verzeichnet

Seit der zweiten Jahreshälfte 2016 werden die Überlieferungen der Landespolizeikommandos von der Abt. IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zuständigkeitshalber an alle Staatsarchive in Bayern abgegeben. So kamen insgesamt 91 Akten der Landespolizeikommandos Landshut, Passau und Straubing in das Staatsarchiv Landshut. Der Bestand hat einen Umfang von 1,8 laufenden Metern.

Die Bayerische Landespolizei wurde vom Landespolizeiamt beim Staatsministerium des Innern zentral verwaltet. Diesem nachgeordnet waren die Kommandos, die in allen größeren Städten Bayerns entstanden. Die Landespolizei erfüllte im Wesentlichen zwei Aufgaben. Zum einen fungierte sie als kasernierte Bereitschaftspolizei, zum anderen als Personalreservoir für die Schutzpolizei. Zunächst bestand das Personal überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der

Reichswehr. Erst 1922 kam es zu Neueinstellungen. Die innere Nähe zum Militär war immer offenkundig. Die Landespolizei existierte insgesamt von 1920 bis 1935.

In Niederbayern entstand zunächst im Jahr 1920 das Kommando Landshut. Danach folgte 1921 das Kommando Passau. Als letztes kam noch das Kommando Straubing im Jahr 1923 hinzu. 1929 wurden alle drei Standorte wieder aufgelöst.

Aus dem Bestand lassen sich Informationen zur Struktur des Polizeiwesens und zur Musterung von jungen Männern gewinnen. Ebenso ist die Gesundheitsvorsorge für die Polizisten ein Schwerpunkt der Überlieferung. Hierfür wurden Ärzte und ein Sanitätsdienst installiert und mit niedergelassenen Ärzten vor Ort Versorgungsverträge geschlossen. Darüber hinaus kann man interessante Einblicke zur Wohnsituation in den 1920er Jahren gewinnen. Offiziere und verheiratete Wachtmeister durften in eigenen Wohnungen leben, ledige Wachtmeister wurden in eigenen Kasernen untergebracht. Die Bewaffnung mit Pistolen, Maschinengewehren und Handgranaten war für den Polizeidienst unerlässlich. Leider sind Akten zur Bewaffnung nur beim Landespolizeikommando Passau überliefert. Die technische Ausstattung lässt sich für die Zeit als sehr fortschrittlich bezeichnen. Es wurden Kraftfahrzeuge angeschafft und die Fahrer dazu ausgebildet. Auch die Anfänge des Polizeifunks lassen sich in den Akten finden. Im Bestand befinden sich keinerlei Einsatzakten, sondern lediglich Verwaltungsakten.

Insgesamt werfen die Akten ein recht interessantes Schlaglicht auf die Verhältnisse der 20er Jahre in Niederbayern.

Johannes Stoiber

Staatsarchiv Nürnberg

Mindestens ein Drittel weniger am Fach – Erfolgreiche Ausdünnung und Kassation von Bauakten im Staatsarchiv Nürnberg

In den acht bayerischen Staatsarchiven umfasst die Überlieferung der Baugenehmigungsakten aus den 71 Landkreisen insgesamt etwa 21.500 Laufmeter. Allein das Staatsarchiv Nürnberg verwahrt von den sieben mittelfränkischen Landratsämtern und deren bis 1972 bestehenden 17 Vorgängerbehörden etwa 3.000 laufende Meter an Baugenehmigungsakten. Dies entspricht einem Anteil von ca. 8 Prozent der gesamten 37.000 Laufmeter umfassenden archivalischen Überlieferung aus Mittelfranken. Durch regelmäßige Abgaben der Landratsämter findet ein laufender Zu-

wachs der ab dem Jahr 1862 zaghaft einsetzenden und ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts förmlich anschwellenden Massenakten statt. Andererseits muss angemerkt werden, dass bei diesem Schriftgut eine sehr intensive Benützung durch Privatpersonen und die zuständigen Ämter zu verzeichnen ist. So wurden im Jahr 2016 für 700 private und amtliche Anfragen knapp 2.900 Baugenehmigungsakten recherchiert und zur Vorlage aus dem Magazin geholt.

Über die Archivwürdigkeit der **Baugenehmigungsakten** setzte in den 1970er Jahren eine heftige Diskussion ein, die schließlich mit der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 17. April 1986 zur Aufbewahrung und Archivierung von Baugenehmigungsakten ein erstes Ende fand. Damit war eine feste Grundlage zur Ausdünnung und Reduzierung der Bestände ab dem Stichjahr 1951 geschaffen, derzufolge in der Regel nur noch der Bauantrag, die Baubeschreibung, die Stellungnahme der Gemeinde, der Lageplan, die Bauzeichnungen und der Baugenehmigungsbescheid aufzuheben waren. Der restliche Schriftwechsel einschließlich Zustellungsurkunden etc. war zur Vernichtung freigegeben. Baugenehmigungsakten über Baudenkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes oder von besonderer Bedeutung und über Bauten, die bereits bei ihrer Entstehung größeres öffentliches Interesse geweckt hatten, sollten ungeschmälert erhalten bleiben. Wie in allen anderen Staatsarchiven wurden daraufhin auch in Nürnberg die Akten der bereits übernommenen Bestände nach diesen Kriterien Blatt für Blatt durchgesehen; Überflüssiges wurde entfernt, metallene Heftungen und Klammerungen wurden herausgelöst. Von den 17 Alt-Landkreisen in Mittelfranken sind die meisten nach diesen Kriterien ausgedünnt worden, bis die zeitintensive Maßnahme in den 1990er Jahren zum Erliegen kam. Selbstverständlich haben die Landratsämter alle jüngeren Abgaben an das Staatsarchiv bereits nach den vom Innenministerium festgelegten Vorgaben ausgedünnt.

Einen neuen Impuls erhielt die nachträgliche Kassation durch die geplante Neufassung der Bekanntmachung des Innenministeriums vom 17. April 1986 über die Aufbewahrung und Archivierung nach strengeren Vorgaben. Dies beruhte vor allem auf dem 2008 in Kraft getretenen Artikel 57 der Bayerischen Bauordnung über „Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen“. Nach Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern bietet dieser Artikel den staatlichen Archiven die Möglichkeit zur Nachkassation der Akten für genehmigungsfreie Bauvorhaben für die Jahre 1963 bis 1972. Vernichtet werden können beispielsweise Akten über Umbauten oder

Umnutzungen, Veränderungen der Raumeinteilung, Ölfeuerungsanlagen, Fassadenänderungen, Werbeanlagen, Kleinumbauten, technische Umbauten, Gartenlauben, Solaranlagen.

Im Staatsarchiv Nürnberg waren nach den Vorgaben von 1986 die Baugenehmigungsakten von vier Alt-Landkreisen noch nicht ausgedünnt; überdies ist eine generelle Nachkassation für die Jahre 1963 bis 1972 erforderlich. Bedenkt man, dass ein Laufmeter Schriftgut ca. 10.000 Seiten umfasst, so müssen Millionen Seiten umgeblättert und ausgedünnt sowie zigtausende Akten nach den differenzierten Kriterien gemäß Artikel 57 der Bayerischen Bauordnung kassiert werden – eine wahrhaft mühselige Tätigkeit. Um diese Aufgabe zu bewältigen, wurde im Staatsarchiv Nürnberg im November 2014 eine Projektgruppe unter Leitung von Archivoberinspektor Hans Kaltenbrunner und Archivhauptsekretär Richard Stiegler eingesetzt. Gemeinsam mit Mitarbeitern des Staatsarchivs hat sich ein fünf- bis siebenköpfiges Team, zeitweise unterstützt von Aushilfskräften bzw. Werkstudenten und Praktikanten, an zwei Tagen in der Woche für jeweils zwei Stunden zur Ausdünnung getroffen. Die Projektgruppe nahm sich zunächst die Baugenehmigungsakten des Alt-Landkreises Nürnberg (die wegen Kriegsverlusts erst 1946 einsetzen) im Umfang von 215 Regalmetern vor. Zunächst wurden die Bauakten bis 1962 ausgedünnt, dann diejenigen bis 1972 ebenfalls ausgedünnt und nachkassiert. Nach einjähriger Arbeit übertraf das Ergebnis alle Erwartungen: es konnten 108 Regalmeter eingespart werden, was einer Reduzierung des Bestandes um ca. 50 Prozent entspricht (allerdings waren viele Kartons nur unvollständig befüllt gewesen). Im Jahr 2016 wurden auf die gleiche Weise die Baugenehmigungsakten des Alt-Landkreises Lauf an der Pegnitz im Umfang von 210 Regalmetern und Rothenburg o.d.T. im Umfang von 71 Laufmetern bearbeitet. Hier beliefen sich die Einsparungsquote auf 72 Laufmeter bzw. 34 Prozent und auf 28 Laufmeter bzw. 38 Prozent. Für die Akten der noch zu bearbeitenden Alt-Landkreise werden diese Quoten als realistische Größe für die Kassation angesehen.

Die Projektgruppe hat dank eines Leitfadens und infolge regelmäßiger Besprechungen ein routiniertes, stringentes Vorgehen entwickelt. Darüber hinaus konnten die damit betrauten Mitarbeiter in den Landratsämtern in die Nachkassation der an das Staatsarchiv abzugebenden Baugenehmigungsakten fachgerecht eingewiesen werden. Rechnet man die im Staatsarchiv Nürnberg von dem Team eingebrachte Arbeitszeit hoch, beläuft sich der Einsatz auf ca. 6 bis 8 Arbeitsmonate effizienter Tätigkeit an den Mas-

senakten eines Landratsamts. Allerdings muss jeweils individuelle Nacharbeit durch Angleichung der Verzeichnisse bei den reduzierten Bauaktenbeständen, durch neue Lagerung der Akten nach Jahrgängen und laufender Nummer sowie durch Tektieren der Archivkartons geleistet werden. Gegenwärtig sind die Baugenehmigungsakten der Alt-Landkreise Ansbach und Schwabach in Arbeit. Nach Abschluss dieser zugegeben zeitraubenden Ausdünnung und Nachkassation dürften im Staatsarchiv Nürnberg mindestens 1.000 Laufmeter am Fach eingespart worden sein.

Hans Kaltenbrunner

Staatsarchiv Würzburg

Die Akten der Gestapostelle Würzburg – Ein Ausnahmebestand zum nationalsozialistischen Unterdrückungsstaat und seine Erhaltung

Zu den herausragenden Beständen des Staatsarchivs Würzburg gehören knapp 25.000 Akten der Geheimen Staatspolizei – Staatspolizeistelle Würzburg. Originale Akten, in denen Dienststellen der Gestapo ihre eigene Tätigkeit dokumentiert haben, wurden zum Ende des Zweiten Weltkriegs meist gezielt vernichtet und haben sich vielerorts höchstens fragmentarisch erhalten. Individuelle Verfolgungsschicksale und das konkrete Vorgehen gegen diejenigen, die ins Visier des Unrechtsregimes gerieten, lassen sich deswegen archivalisch oft nur aus der Überlieferung der Wiedergutmachung wie Entschädigungs- und Rückerstattungsakten rekonstruieren. Nach dem Bestand der Staatspolizeistelle Düsseldorf, die vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland archiviert wird (72.000 Akten), gehört der Würzburger Bestand deshalb zu den größten und bedeutendsten seiner Art, mit historischer Bedeutung weit über Unterfranken hinaus. Die mit geringen Ausnahmen personenbezogenen Akten gelangten zu unterschiedlichen Zeiten ins Staatsarchiv Würzburg. Der erste, umfangreichste Teil mit mehr als 18.000 Akten kam über die US-Militärregierung, die Staatsanwaltschaft Würzburg und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz 1961. Im Jahr 1985 kamen die Akten zu den Deportationen von Juden aus Mainfranken hinzu. Fast 6.000 weitere ebenfalls personenbezogene Akten aus dem ehemaligen Berlin Document Center, vor allem Fremdarbeiter betreffend, wurden Mitte der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts vom Bundesarchiv Berlin abgegeben.

Soweit es sich anhand der bislang in der Archivdatenbank erschlossenen ca. 15.000 Akten des seit den sechziger Jahren im Staatsarchiv Würzburg auf-

bewahrten Überlieferungsteils sagen lässt, behandeln die Unterlagen der Gestapostelle Würzburg überwiegend Personen, die (zumindest zeitweise) im unterfränkischen Raum lebten; die wenigen Ausnahmen wurden infolge allgemeiner Rundschreiben anderer Stapo-Stellen, etwa Aufenthaltsermittlungen oder Personalienfeststellungen, angelegt.

Verfolgung von politischen Gegnern: Telegramm zur Überwachung des BVP-Reichstagsabgeordneten und späteren CSU-Politikers Friedrich Huth (1892–1980) (Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg 2466)

Ein Großteil der Akten beschäftigt sich mit Untersuchungen zu Verstößen gegen das „Heimtückegesetz“, jenen „Gummiparagraphen“ zur Unterdrückung tatsächlicher oder vermeintlicher Kritik am NS-Regime oder seinen Vertretern. Die derart Beschuldigten wurden oftmals vorläufig verhaftet und – sofern ihre Unschuld nicht zweifelsfrei erwiesen werden konnte – unabhängig vom Ausgang eines etwaigen Gerichtsverfahrens vorsorglich verwahrt und künftige Verfehlungen mit verschärften Maßnahmen bis hin zur Einweisung in ein Konzentrationslager bedroht. Dann wurden die Fälle üblicherweise an die jeweiligen, den Landgerichten angegliederten Sondergerichte weitergeleitet.

Ebenfalls häufig finden sich zumeist recht dünne Akten mit Beurteilungen der politischen und kriminellen Vergangenheit von Angestellten bzw. Bewerbern auf Posten in der Verwaltung oder militärisch relevanten Betrieben und Institutionen wie der Reichsbahn. Auch bekannte ehemalige Mitglieder der aufgelösten Parteien und als regimefeindlich eingestufte Verbände wie dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurden teils wiederholt auf Wohlverhalten überprüft.

Zahlreiche Dokumente belegen zudem den Umgang der Gestapostelle Würzburg mit den unterfränkischen Juden, deren Inhaftierung im Rahmen der Novemberpogrome 1938, die Bemühungen der Verfolgten um die Möglichkeit zur Auswanderung, die Einziehung jüdischen Vermögens sowie die letztendliche Deportation der jüdischen Bevölkerung, wobei dies in den Akten mittels zynischer Euphemismen wie „Evakuierung“, „Abwanderung“ oder „Verlegung des Wohnsitzes“ verschleiert wird; auch die Nennung der im besetzten Polen errichteten Vernichtungslager wird größtenteils vermieden.

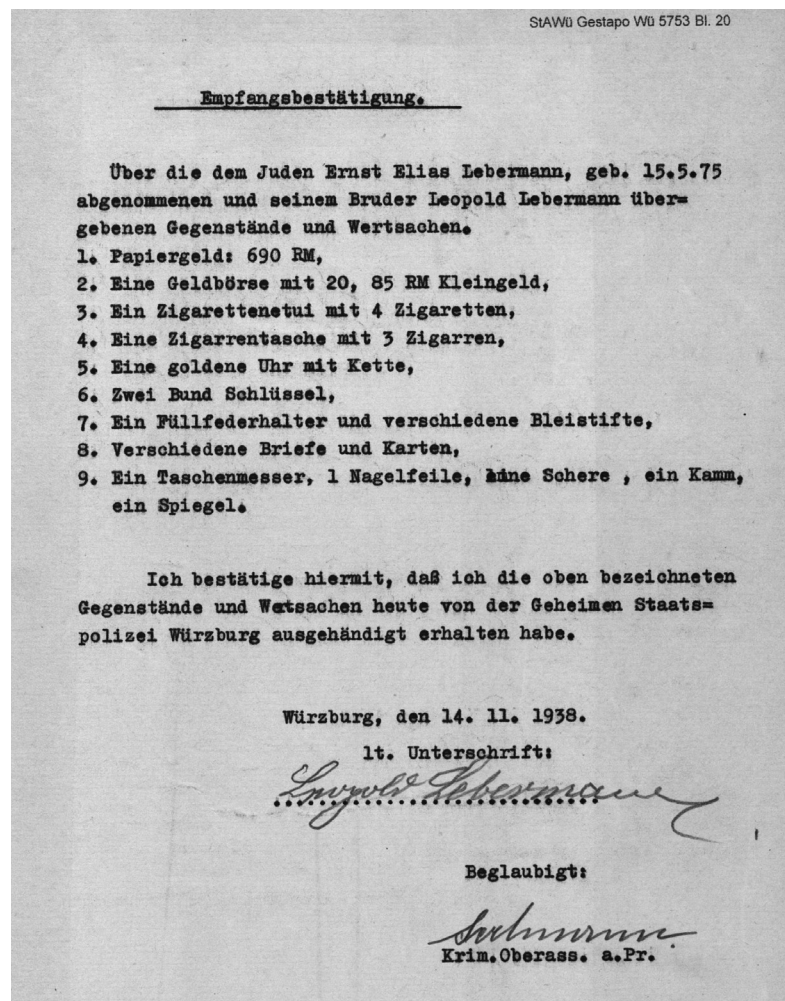
Daneben finden sich u.a. Vorgänge über sogenannte Arbeitsscheue, unerwünschte Kontakte zwischen Deutschen und Kriegsgefangenen bzw. Fremdarbeitern, die Verfolgung Homosexueller und anderer „Sittlichkeitsverbrecher“ oder die Überwachung missliebiger, oftmals katholischer Geistlicher.

Hierbei veranschaulichen die Akten sehr deutlich, wie willkürlich die Gestapo einerseits mit bürokratischer Akribie und andererseits mit teils absurden, aus der rassistisch-völkischen Weltanschauung des Nationalsozialismus heraus konstruierten Vorwürfen gegen dessen Gegner und stigmatisierte Personengruppen vorging und selbst bei Lappalien durch Drohungen und Einschüchterungen jegliche Opposition im Keim zu ersticken suchte.

Kann das Staatsarchiv hier also einen besonders direkten Blick ins Denken und Funktionieren des nationalsozialistischen Terrors bieten, so versteht sich, dass ein solcher Aktenbestand gegen den materiellen Zerfall geschützt werden muss. Bereits das Ausheben aus dem Magazin und die Benutzung im Lesesaal setzen die Papiere einer mechanischen Beanspruchung aus, die sie gefährdet. Wie alle modernen, aus Holzschliff hergestellten Papiere sind die Aktenschriftstücke der 1930er und 40er Jahre zudem dem inneren Zerfallsprozess ausgesetzt, den die bei der Herstellung verwendeten Grundstoffe und Chemikalien nach und nach durch die Freisetzung von Säure und die Zerstörung der Papierfasern auslösen: Gelb- oder bräunliche Verfärbung, steife und brüchige Papiere, und schließlich nur noch Schnipsel und Fragmente: Das ist der Schadensverlauf, wenn der Entwicklung nicht aktiv entgegengewirkt wird. Die Lagerungsbedingungen und die Verpackung beeinflussen den Schadensverlauf, und je schlechter die

Ausgangsqualität der Papiere, desto schneller ist der Verfall – besonders angegriffen werden oft die Papiere, auf die Notizen und Entwürfe geschrieben wurden – nicht zuletzt diese Dokumente bürokratischer Arbeits- und Entscheidungsprozesse aber machen den historischen Quellenwert von Akten aus.

Chemische und maschinelle Verfahren der Entsäuerung können den Zerfallsprozess zwar weder umkehren noch völlig stoppen, wohl aber so verlangsamen, dass der Originalerhalt noch für Generationen



Terror gegen die jüdische Bevölkerung: Liste der persönlichen Gegenstände des Würzburgers Ernst Lebermann, der während des Pogroms vom 11. November 1938 festgenommen und kurz darauf an den Misshandlungen gestorben war (Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg 5753)

gesichert ist. Für den Bestand haben wir uns für das wässrige Einzelblattverfahren entschieden, das als „Bückeburger Verfahren“ eigens für Archivgut entwickelt worden ist. Heute wird das Verfahren von der Firma GSK Conservation in Brauweiler bei Köln angeboten.

Dabei werden die Archivalien zunächst foliiert und, wo nötig, grob von Staub und Schmutz gereinigt. Alle in den Akten verbliebenen Metallklammern werden entfernt, Verklebungen werden gelöst, lose und kleinformatige Aktenbestandteile wie Telegrammstreifen, Notizzettel oder Briefmarken werden gesichert und fixiert, große Risse in den Papieren werden repariert. Nicht entsäuerbare Teile wie Fotos und bestimmte Dünndruck- und Kopierpapiere werden entnommen und durchlaufen einen „Bypass“, um nach der Entsäuerung wieder einsortiert zu werden.

Das eigentliche Entsäuerungsbad besteht (1) aus einer Fixierlösung, (2) dem basischen Wirkstoff zur Entsäuerung und chemischen Pufferung und (3) Methylzellulose, die zur Verfestigung der angegriffenen Papiere dient. Besonders empfindliche Einzelblätter können auch im Zuge des Bypass‘ von Hand entsäuert werden. Nach der Entsäuerung können die Akten neu in säurefreie konservatorische Schutzverpackungen eingelegt werden.

Die Bearbeitung ist damit zum einen aufwändiger als bei lösungsmittelbasierten Blockverfahren, die die Archivalien als Ganze entsäuern, und sie greift

zum anderen mit stärkeren Nebenwirkungen in die Papierstruktur ein. Sie bietet jedoch eine Gewähr für die Gleichmäßigkeit und Nachhaltigkeit der Entsäuerung, die durch Langzeitmessungen an entsäuerten Papieren nachgewiesen ist, einen konservatorischen Mehrwert für die Unterlagen durch die Vor- und Nebenarbeiten sowie die Papierverfestigung. Schließlich macht es der Arbeitsablauf besonders gut möglich, die Digitalisierung und/oder Verfilmung der Archivalien vorzuschalten. Die Würzburger Gestapoakten werden vor der Entsäuerung digitalisiert und (!) mikroverfilmt. Es entsteht damit als zweite Säule des Erhaltungskonzepts sowohl ein modernes, flexibel verwendbares Schutzmedium als auch gleichzeitig eine Langzeitsicherung auf dem nach wie vor dauerhaftesten reprographischen Ersatzmedium für Archivmaterial. Die Originale brauchen dann für Forschungen und Recherchen nicht mehr in die Hand genommen zu werden. Bisher wurden seit 2013 9.000 Akten auf diese Art bearbeitet, Zug um Zug mit der fortschreitenden Erschließung. In diesem Jahr werden wiederum 6.000 dazukommen.

Ingrid Heeg-Engelhart, Julian Sauer, Julian Holzapfl

Bestandserhaltung

Bayerisch-baden-württembergische Zusammenarbeit: Intensivkurs zur Tintenfraßbehandlung

Die Landesarchivverwaltungen Bayerns und Baden-Württembergs arbeiten bereits bei der Archivierung digitaler Unterlagen und bei der Sicherungsverfilmung zusammen. Ein weiterer Bereich für eine Kooperation ist die Bestandserhaltung: Im April 2016 besuchte Diplom-Restauratorin Cornelia Bandow vom Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut (IFE) in Ludwigsburg die Restaurierungswerkstatt im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Frau Bandow leitet das Sachgebiet für Papierrestaurierung Graphik/Großformate und hält regelmäßig Fortbildungen, so auch im Auftrag der Archivschule Marburg, ab.

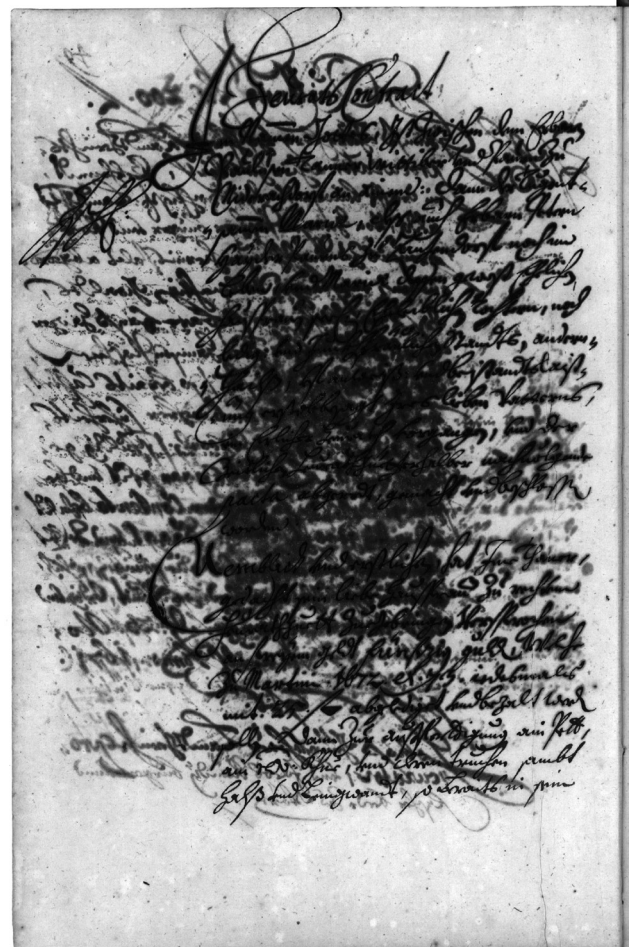
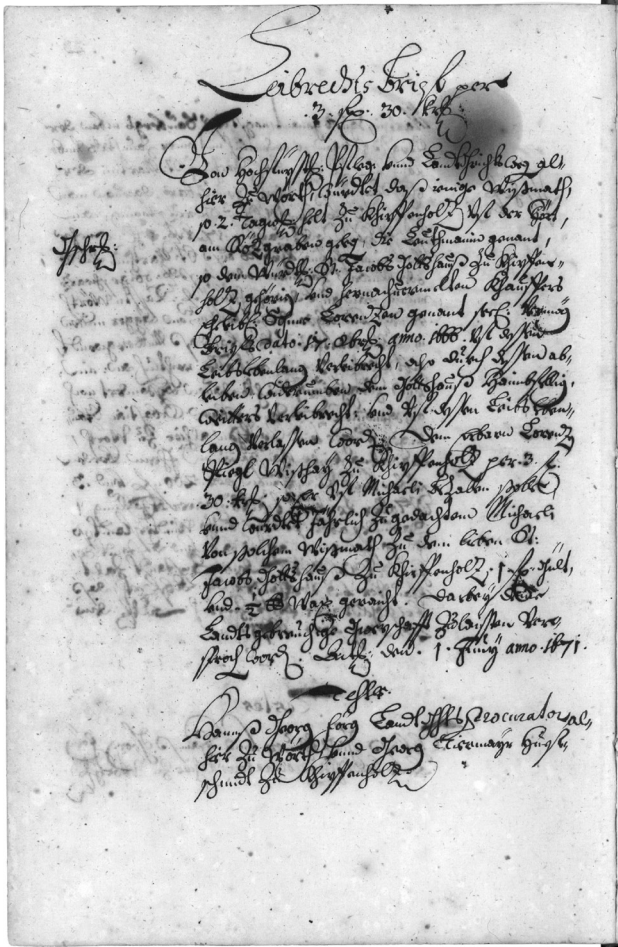
Tintenfraß – die schleichende Gefahr

Ein Schwerpunkt des Besuches war die Schulung zum Thema „Tintenfraß“. Dieses Schadensbild bedroht einen großen Teil aller tintenbeschriebenen Archivalien in unterschiedlich starkem Ausmaß. Denn bis ins 20. Jahrhundert hinein wurde Eisengallustinte als

Standardschreibflüssigkeit verwendet. Diese in der Spätantike erfundene Tinte besteht aus den Hauptzutaten Eisenvitriol, Galläpfel, Gummi arabicum und Alaun. Stehen diese Inhaltsstoffe in einem ausgewogenen, gleichsam idealen Mischungsverhältnis zueinander, ist die Tinte äußerst haltbar („ideale Tinte“). Allerdings verschlechterte sich die Mixtur seit dem



Gruppenbild mit Cornelia Bandow (2. v. l.)
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)



Mittelschwerer Tintenfraß links und Tintenfraß im Endstadium
(Fotos: Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Spätmittelalter mit dem Anstieg der Schriftlichkeit. Unausgewogene oder minderwertige Zusatzstoffe bewirken ein allmähliches Oxidieren der Tinte. Die Oxidation ist in Zusammenarbeit mit Hydrolyse für das Entstehen von Tintenfraß verantwortlich. Hydrolyse bedeutet die Spaltung einer chemischen Verbindung durch die Reaktion mit Wasser. Sie entsteht bei Archivalien durch den Kontakt mit der Feuchtigkeit der Umgebungsluft und kann daher nicht verhindert werden. Im Ergebnis bewirkt die Hydrolyse, dass die Cellulose (Bestandteil der Papierfasern) ihre Festigkeit verliert. Die Kombination aus Oxidation und Hydrolyse lässt neue Stoffe entstehen, die untereinander reagieren und letztlich zum Zerfall von Schriftgut führen. Symptome sind eine auf Kosten der guten Lesbarkeit gehende Hofbildung (Verbräunung) um die Buchstaben als Folge der Migration von Eisen-II-Ionen und Schwefelsäure ins Trägermaterial. Zunehmend schlägt die Schrift dann auf die Rückseiten der betroffenen Blätter durch. Im Endstadium kommt es zu Text- und Materialverlusten durch ausbrechende Papierteile.

Ein Tintenfraßschaden entwickelt sich in der Regel langsam. Dieser Prozess kann aber durch gute Lagerungsbedingungen deutlich unterdrückt und verzögert werden. Umgekehrt wirken sich ungünstige klimatische Verhältnisse im Magazin beschleunigend auf die Tintenoxidation aus. Kommen betroffene Papiere direkt mit Wasser in Berührung, beginnt die Hofbildung sogar innerhalb einiger Sekunden! Großen Einfluss hat übrigens auch die Qualität des Papiers: je saurer das Trägermaterial, desto früher und stärker bildet sich Tintenfraß.

Tintenfraßbehandlung mittels Phytatverfahren

Tintenfraß galt lange Zeit als nicht behandelbar. Dank eines 2007 abgeschlossenen Marburger DFG-Projekts steht inzwischen ein Verfahren zur Verfügung, das am IFE seit bald einem Jahrzehnt standardmäßig angewandt wird. Diese Methode basiert auf der wässrigen Behandlung der betroffenen Blätter mit Phytat. Phytat ist das Anion der Phytinsäure. Es kommt in der Natur in vielen Pflanzen vor, beispielsweise in Hülsenfrüchten, Mais und Roggen. Phytinsäure be-

sitzt sogenannte komplexbindende Eigenschaften. Sie vermag daher Mineralstoffe wie Magnesium, Zink oder eben Eisen zu binden, so dass diese nicht mehr umherwandern und dadurch Schaden anrichten können.

Cornelia Bandow erläuterte das aufwendige und daher bisher nur für ausgewählte Einzelstücke zum Einsatz kommende Verfahren in Theorie und Praxis. Im Praxisteil rührten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schulung in Zweierteams jeweils eine Portion des Phytatansatzes per Hand an und brachten diese Flüssigkeit durch Zugabe von Natriumcarbonat und unter ständiger Messung auf einen PH-Wert von 5,1. Anschließend wendeten alle Teams das aus mehreren Bädern bestehende Verfahren an mit Tintenfraß befallenen, nicht archivwürdigen Blättern einmal an. Die behandelten Proben wurden abschließend mit Gelatine gefestigt und zum Trocknen beiseite gelegt. Am nächsten Morgen wurden alle Teststücke untersucht. Sie verfärbten sich, anders als noch am Vortag, beim Säuretest nicht mehr rötlich. Der Prozess war gestoppt, der Tintenfraß erfolgreich behandelt worden.

Am Rand des Besuches ergab sich ein Fachgespräch über Massenverfahren. Dabei lag der Fokus auf den Möglichkeiten und Grenzen der Massenentsäuerung in konservatorischer wie auch organisatorischer Hinsicht. Thema war auch das Problem der aufgrund der großen Mengen stets nur sehr eingeschränkt umsetzbaren Qualitätskontrolle.

Sarah Hadry

Bestand „Kraftfahr- und Fliegertruppen (WK)“ des Kriegsarchivs konservatorisch behandelt

Mit der Rücklieferung des Bestandes **Kraftfahr- und Fliegertruppen (WK)** in die Abteilung IV Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs im Herbst 2016 konnte das Großprojekt „Reinigung und Verpackung von Truppenakten des Ersten Weltkriegs“ nach mehreren Jahren vorläufig abgeschlossen werden (siehe die Beiträge in den Nachrichten Nr. 67/2014, S. 38–39 und 68/2015, S. 34–36.)

Konkret handelt es sich um 2414 Archivalien im Umfang von 58 laufenden Metern (lfm). Die Bestände waren im Zweiten Weltkrieg von Ilse Döderlein geordnet und verzeichnet worden, wobei die einzelnen Akten – wie seinerzeit im Kriegsarchiv üblich – nicht einzeln gelegt wurden, sondern in sogenannten Bündeln von ca. 10–15 cm Höhe zusammengefasst und mit einer Schnur umwickelt wurden. Nachdem die maschinenschriftlichen Findmittel 2013/2014 im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts retro-

konvertiert worden waren, wurden im Laufe des Jahres 2016 von einem externen Dienstleister die Akten sorgfältig gereinigt, entmetallisiert, einzeln in säurearme Jurismappen verpackt, mit neuen Signaturetiketten versehen und in Stülpedeckelkartons gelegt. Die Zusammenarbeit mit dem Dienstleister verlief nahezu reibungslos. Durch die Neuverpackung wuchs allerdings der Umfang des Schriftguts von ursprünglich 40 auf 58 lfm an.

Der Bestand setzt sich aus den beiden Blöcken Kraftfahrtruppen und Fliegertruppen zusammen, die jeweils wieder in zahlreiche Teilbestände zerfallen. Die Organisation des Feldkraftfahrwesens war im Ersten Weltkrieg so geregelt, dass bei jeder Armee ein Kommandeur der Kraftfahrtruppen, eine Anzahl an Kraftwagenkolonnen und ein Kraftwagenpark als mobile Einheiten vorgesehen waren. Der Kommandeur war für die Leitung und Beaufsichtigung der Kraftfahrverbände verantwortlich. Die Kolonnen kümmerten sich um die Anlieferung von Heeresbedürfnissen aller Art, etwa von Munition und Verpflegung, und besorgten den Kranken- und Verwundeten-transport. Die Kraftwagenparks waren zuständig für die Versorgung der per Motor betriebenen Fahrzeuge der Armee mit Brennstoffen, Bereifung, Ersatzteilen und Werkzeug, reparierten fahrunfähig gewordene Kraftwagen und deckten den Bedarf an Kraftfahrpersonal.

Die Kraftfahrtruppen hatten während des Ersten Weltkriegs mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Als besonders problematisch erwies sich der notorische Mangel an Treibstoff und an Gummi. Im Laufe des Jahres 1916 wurde daher der westliche Kriegsschauplatz zur Ersparnis von Vollgummireifen komplett auf eisenbereifte Lastkraftwagen umgestellt. Diese Maßnahme wurde während der Sommermonate 1916 auch für den größten Teil der Ostfront angeordnet. Lediglich in den Karpaten, in Mazedonien und in der Türkei blieb die Verwendung von gummi-bereiften LKWs gestattet. Wie schwierig die Bedingungen beispielsweise im heutigen Mazedonien waren, belegen eindrucksvoll die Bilder eines im Morast eingesunkenen LKWs. Anhand der Bezeichnung „BEKK 15“ auf der Motorhaube lassen sich nähere Einzelheiten zu den Begleitumständen ermitteln. Die Abkürzung „BEKK 15“ steht für „Bayerische Etappenkraftwagenkolonne 15“, die in der später errichteten „Armeekraftwagenkolonne 185“ aufging. In deren Überlieferung befinden sich ein Kriegstagebuch vom 7. September 1915 bis zum 24. März 1918 und einige Fotografien als Beilagen, wodurch sich das gezeigte Foto recht genau datieren lässt. Die Beschriftung weist nach, dass es sich um eine Transportfahrt



In Morast eingesunkener LKW der Bayerischen Etappenkraftwagenkolonne 15, Januar 1917
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV Kriegsarchiv, Kraftfahr- und Fliegertruppen 848)

auf der Straße von Prilep nach Krivogaštani (beide Mazedonien) im Januar 1917 handelt. Die eingesunkenen LKWs mussten mit menschlicher Muskel- und mit Motorkraft buchstäblich aus dem Dreck befreit werden. Im zugehörigen Kriegstagebuch werden die Straßenverhältnisse lediglich als „sehr schlecht“ bezeichnet. Details zu der gezeigten Aktion sind dort nicht erwähnt.

Das Rückgrat im Bestand Kraftfahrtruppen bilden – wie auch sonst bei den Truppenakten des Ersten Weltkriegs – die Kriegstagebücher samt Anlagen. Gemäß den Bestimmungen über die Führung von Kriegstagebüchern sollte damit einerseits die Grundlage für die Geschichtsschreibung und die historische Würdigung des Verhaltens und der Leistungen der Truppe geschaffen werden, andererseits sollte durch die Sammlung bemerkenswerter Beobachtungen und Erfahrungen deren Nutzbarmachung für Kriegszwecke gewährleistet werden. Die Kriegstagebücher enthalten neben Hinweisen auf den Standort, die Kriegsgliederung, die Gefechts- und Verpflegungsstärke, die Verluste an Mensch und Tier und das Wetter insbesondere Nachrichten über die dienstliche Tätigkeit und bei kämpfenden Einheiten über die Gefechts-handlungen. Sie sind deshalb eine zentrale Quelle bei Forschungen über den Ersten Weltkrieg.

Die Bestandsgruppe Fliegertruppen ist mit rund 350 Archivalien verhältnismäßig schmal. Erklären lässt sich dieser Befund durch Beständeverluste im

Zweiten Weltkrieg. Die gesamte Überlieferung der bayerischen Flieger- und Luftschiffertruppe musste im Februar 1939 auf Befehl des Chefs der Heeresarchive in Berlin, dem seit 1937 auch das Bayerische Kriegsarchiv unterstellt war, an das „Luftarchiv“ des Reichsluftfahrtministeriums abgegeben werden. Dort sollten die Unterlagen von der 6. (kriegswissenschaftlichen) Abteilung des Generalstabs der Luftwaffe ausgewertet werden. 1943 wurden die Bestände des Luftwaffenarchivs mit der kriegswissenschaftlichen Abteilung nach Karlsbad (Karlovy Vary, Tschechien) evakuiert. Bei Kriegsende wurde die Masse der Archivalien verbrannt; ein Teil ging in Saaz (Žatec, Tschechien) vor dem Abtransport in die Alpen in Flammen auf. Der Rest, der in Vorderriß (Gde. Lengries, Lkr. Bad Tölz-Wolfratshausen) im Karwendelgebirge eintraf, wurde von der US-Armee beschlagnahmt. Ein anderer Teil fiel den britischen Truppen in die Hände. In der Nachkriegszeit gelangten allerdings Teile der Überlieferung über das Bundesarchiv wieder nach München in das Bayerische Kriegsarchiv.

In der erhalten gebliebenen Überlieferung der Fliegertruppen finden sich auch neun Akten der Bayerischen Fliegerabteilung 304 b. Diese Einheit verdient besonderes Interesse, da deren Bildüberlieferung, die sogenannten Palästinaabilder, einen herausragenden kulturellen Wert darstellt. Zur Unterstützung der osmanischen Bodentruppen im November 1917 nach Palästina geschickt, brachte die Fliegerabteilung im

Jahre 1919 einen Schatz von rund 3.000 Luftaufnahmen auf Glasnegativen zurück, der seinesgleichen sucht. Die Palästinabilder wurden vor einigen Jahren in einem Gemeinschaftsprojekt digitalisiert und können über die Homepage der Staatlichen Archive Bayerns weltweit abgerufen werden.

Thomas Steck

Archivgut auf 35 mm – Aus der Arbeit der Sicherungsverfilmung im Jahre 2016

Die Sicherungsverfilmung des Bundes arbeitet seit 1961 deutschlandweit am Erhalt unseres kulturellen Erbes. Ihr Programm ist ein Beispiel für die Vorteile föderaler Strukturen: Der Bund koordiniert die Verwaltung des unter besonderem völkerrechtlichem Schutz stehenden Barbarstollens, des „Gedächtnisses der Nation“ (Der SPIEGEL), und trägt die Kosten der Verfilmung (Personal, Material, Reparaturen und Service). Die Länder ihrerseits kümmern sich um die Auswahl des Verfilmungsguts und um die Verfilmung selbst.

Nach nunmehr fünfeinhalb Jahrzehnten Sicherungsverfilmung konnte am 3. Oktober 2016 (Tag der deutschen Einheit) symbolisch die Milliardste Aufnahme eingelagert werden. Die entsprechende, mit Filmen befüllte Edelstahltonne enthielt somit auch etwas Besonderes: Darin war eine Sicherungskopie des Grundgesetzes, und zwar in dessen erster Fassung mit den Unterschriften der Mitglieder des Parlamentarischen Rates unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer. Auch die zugehörigen Vorakten waren verfilmt worden.

Zum kontinuierlichen Aufbau einer bundesweiten Sicherungsüberlieferung auf Mikrofilm trägt auch der Standort Bayern der Bundessicherungsverfilmung, der sich am Bayerischen Hauptstaatsarchiv befindet, von Anfang an bei. Allein im Jahr 2016 stellten die acht Sicherungsverfilmerinnen, die sich sechs Vollzeitstellen teilen, insgesamt 666 Filme (35 mm x 66 m) her. Aneinandergereiht ergibt dies knapp 44 km Film und gut 1,3 Millionen Aufnahmen, die in der Regel Doppelseiten zeigen. Als Jahresergebnis können also Informationen aus etwa zweieinhalb Millionen Seiten bayerischer Archivalien als Sicherungskopien eingelagert werden – und zwar auf Medien, die voraussichtlich mindestens 500 Jahre lang haltbar sein werden.

2016 widmete sich die Sicherungsverfilmungswerkstatt im Hauptstaatsarchiv folgenden Verfilmungsprojekten:

Schlossarchiv Kunreuth der Freiherren und Grafen von Egloffstein

Rund zweieinhalb Jahre (2013–2016) nahm die Verfilmung dieses Schlossarchivs in Anspruch. Die insbesondere für den oberfränkischen Raum bedeutsamen Urkunden, Amtsbücher und Akten füllten 423 Filme (ca. 840.000 Aufnahmen). Direkt im Anschluss an die Verfilmung hat der Egloffstein'sche Familienverband e.V. von allen Filmen einerseits langzeithaltbare analoge Silberfilmduplikate sowie andererseits komfortabel benutzbare Digitalisate in Auftrag gegeben. Außerdem konnte ein weiterer Satz an analogen Kopien (Diazoduplikate) im Staatsarchiv Bamberg hinterlegt werden. Somit verfügt das Schlossarchiv Kunreuth nun über Sicherungskopien nicht nur im Barbarstollen, sondern an mehreren Standorten. Für etwaige Katastrophenfälle ist also bestens vorgesorgt.

Fürstlich und Gräfllich Fugger'sches Familien- und Stiftungsarchiv

Auch das in Dillingen beheimatete Fuggerarchiv hat seit Ende 2013 Archivalien sicherungsverfilmen lassen. Zunächst waren ausgewählte Teile der umfangreichen Rechnungsserien in die Münchner Werkstatt geliefert worden. Auch hier haben sich die Archiveigentümer dafür entschieden, vor der Einlagerung der Sicherungsfilme analoge und digitale Kopien erstellen zu lassen. Inzwischen stehen der Forschung bereits Digitalisate von rund 200 Filmen an einem neu eingerichteten digitalen Arbeitsplatz im Fuggerarchiv zur Verfügung.

Im letzten Jahr entstanden weitere 128 Filme. Auf den Kameratisch kamen diesmal die Archive der wichtigsten Fuggerschen Grundherrschaften: Kirchberg-Weißenhorn, Wellenburg, Grönenbach, Kirchheim, Brandenburg-Dietenheim, (Donau-)Wörth. Denn schon unter Jakob Fugger hatte das Augsburgische Handelshaus damit begonnen, im großen Stil Landgüter zu erwerben und Hofhaltungen auszubilden. Möglich geworden war dies durch die österreichische Schwabenpolitik, deren traditionelle Zielsetzung darin bestand, sich durch Lehens-, Pfand- und sonstige Klientelbindungen eine möglichst weitreichende Einfluss-Sphäre zu schaffen. Im Gegensatz zum Großteil der Sitze des übrigen schwäbischen Adels bestehen die Fuggerschlosser in Schwaben bis heute. Ihre wichtigsten Archive sind nun für die Zukunft gesichert.

Bestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

2016 wurden erstmals Akten der Provenienz „Bayerisches Staatsministerium der Justiz“ verfilmt. Entstanden sind 42 Filme. Die enthaltenen Unterlagen dokumentieren den Strafvollzug in der Weimarer Republik und der frühen NS-Zeit. Abgedeckt werden dabei unter anderem Themen wie „Erbbiologie“ und „Kriminalbiologie“, die Gefangenenenseelsorge oder auch der Betrieb in einzelnen Strafanstalten, wie Landsberg a. Lech.

Weiterhin kamen sämtliche Sachakten des Bestandes „Generaldirektion der Staatlichen Bibliotheken“ zur Verfilmung (65 Filme); die Personalakten blieben aus datenschutzrechtlichen Gründen ausgespart. Die bis in das ausgehende 19. Jahrhundert zurückreichenden Unterlagen dokumentieren die Verwaltung einer der bedeutendsten, größten und ältesten Bibliotheken weltweit.

Zudem konnte 2016 auch mit der Verfilmung des Bestandes „Kurbayern Landesdirektion von Bayern in Klostersachen“ begonnen werden. Dieser Fonds formiert die Akten mehrerer Spezialbehörden und Kommissionen, die zwischen 1802 und 1814 die Aufhebung der Klöster im Kurfürstentum und Königreich Bayern abwickelten. So findet sich hier unter anderem der schriftliche Niederschlag der 1802/03 tätigen „Spezialkommission in Klostersachen“, die mit der Inbesitznahme und Verwertung der nicht-ständischen Klöster beauftragt war. Die Säkularisation stellt einen der massivsten verfassungsrechtlichen, aber auch kultur- und sozialgeschichtlichen Einschnitte der bayerischen Geschichte dar.

Bestände des Staatsarchivs Nürnberg

Ein interessantes Verfilmungsprojekt bildete der in der Forschung stark nachgefragte dortige „NS-Mischbestand“. Dabei handelt es sich um Registrartgut der NSDAP und ihrer Gliederungen, das nach Kriegsende zunächst in alliierter Gewahrsam und in den 1960er Jahren an das Bundesarchiv gelangt war. In den 1970er Jahren gab der Bund diese Unterlagen an die staatlichen Archive der Länder ab. Bei der Neuerschließung konnten in Nürnberg überwiegend provenienzreine Gruppen gebildet werden, nämlich: NSDAP-Gauleitung Franken, Kreisleitungen; Gliederungen, z.B. SS (Bereich des Oberabschnitts Main); angeschlossene Verbände, z.B. Deutsche Arbeitsfront; Varia (Schriftgut privater oder unklarer Herkunft); Mitgliederkarteien; Sammlung Streicher. Letztere enthält neben persönlichen Unterlagen des Gauleiters Julius Streicher vor allem Material zur Frühzeit der NS-Bewegung in Franken.

Diese zeitgeschichtlich äußerst relevanten Unterlagen sind nun auf 107 Filmen im doppelten Sinne gesichert: Einerseits liegen im Verlustfall Ersatzmedien vor (Silberfilme im Stollen). Und andererseits kann das Staatsarchiv Nürnberg nun seinen Benutzern Schutzmedien (Diazofilme) vorlegen, was es ermöglicht, die fragilen Originale (Kriegspapier!) zu schonen.

Bestände des Staatsarchivs München

Weitere 247 Filme entstanden zum vielbenutzen, bislang aber nur teilweise verfilmten Bestand „Polizeidirektion München“. Über den engeren Polizeibereich hinaus ist dieses Schriftgut einschlägig für Forschungen über Parteien und Verbände, Bräuche und Traditionen sowie nicht zuletzt auch für das Zeitverständnis des Theater-, Buch-, Verlags- und Zensurwesens.

Stadtarchiv Hof

Das 1931 eingerichtete Stadtarchiv Hof hat seine Altbestände bereits in den 1990er Jahren sicherungsverfilmen lassen. 2016 lieferte das Stadtarchiv einen Nachtrag. Dabei handelte es sich um „A-Akten vor Einführung des Einheitsaktenplans“. Diese wurden seit 1837 nach einem alten Aktenplan (Ordnung nach „Fächern“) geführt, der in Hof bis in die späten 1960er Jahre hinein gültig war. Die Unterlagen dokumentieren die Geschichte einer Stadt im äußersten bayerischen Nordosten. Prägend für Hof waren von jeher die vielfältigen Beziehungen zu Sachsen und Böhmen; nach 1945 war Hof in einer völligen Randlage (Stichwort „Zonenrandgebiet“). Wegen der im späten Mittelalter begründeten, bis in das 20. Jahrhundert bewahrten Stellung der Stadt als Zentrum der Textilherstellung besitzt die Hofer Überlieferung überregionale Bedeutung.

Sarah Hadry

Notfallplanung

„Land unter“ im Archiv der Freiherren Zobel zu Giebelstadt

Bei den schweren Unwettern, die in der Nacht zum 30. Mai 2016 über Unterfranken hinwegzogen, wurde auch der kleine Ort Darstadt, zwischen Giebelstadt und Ochsenfurt im Landkreis Würzburg gelegen, hart getroffen. Innerhalb kürzester Zeit staute sich der durch das Dorf fließende kleine Bach so stark auf, dass das direkt angrenzende Schloss von Heiner Freiherr Zobel v. Giebelstadt im Erdgeschoss bis auf ca. 1,5 Meter Höhe überflutet wurde. Zwar konnten die eingedrungenen Wassermassen im Laufe des nächsten Tages wieder aus den Räumen herausgepumpt werden. Doch blieb ein Chaos von zerstörten und ineinander verkeilten Einrichtungsgegenständen zurück, durchmischt und überzogen von einer zähen, übelriechenden Schicht aus Schlamm und anderem Schwemmgut.

Betroffen war auch das in einem Nebenraum gelagerte, für die fränkische Landesgeschichte bedeutsame Archiv der Freiherren Zobel zu Giebelstadt, das seit 2011 in Darstadt untergebracht war. Drei Tage später, am 2. Juni, meldete sich der Archiveigentümer Stephan Freiherr Zobel zu Giebelstadt telefonisch im Staatsarchiv Würzburg und bat um rasche Hilfe. Eine sofort anberaumte Besichtigung vor Ort durch zwei Mitarbeiter des Staatsarchivs offenbarte das ganze Ausmaß der Schäden am Archiv. Es bestand kein Zweifel daran, dass der Eigentümer mit den sofort einzuleitenden Bergungsmaßnahmen überfordert sein würde. Deshalb wurden noch vor Ort telefonisch mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns erste Bergungsmaßnahmen besprochen und eine Notfallgruppe organisiert, die aus Vertretern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Staatsarchive Bamberg und Würzburg bestand. Später kam noch eine freiwillige Helferin vom Gemeindearchiv Giebelstadt hinzu.

Auf besondere und unerwartete Schwierigkeiten stieß die unter hohem Zeitdruck stehende Suche nach einem geeigneten und aufnahmewilligen Kühlhaus. Die im bestehenden Notfallplan aufgelisteten Einrichtungen sahen sich entgegen vorheriger Auskunft nicht in der Lage, die geschädigten Archivalien aufzunehmen. Am 3. Juni 2016 gelang es dem in Darstadt eingetroffenen zehnköpfigen Bergungsteam, das etwa 35 laufende Meter umfassende Adelsarchiv in sechsstündiger schwerer Arbeit behelfsmäßig zu verpacken und in das zwischenzeitlich ermittelte Kühlhaus zu transportieren. Dort wurden die Archivalien

in kurzer Zeit bei minus 25 Grad Celsius schockgefroren und dadurch ihre weiter voranschreitende Schädigung vorerst unterbunden.

Sehr stark verschlammte Amtsbücher und Akten wurden vor dem Verpacken unter fließendem Wasser abgespült, um den groben, zum Teil schon eingetrockneten Schlamm zu entfernen. Die Pergamenturkunden wurden nicht mit Wasser abgespült. Anschließend wurden die Archivalien einzeln in Folienbeutel aus Polyethylen (PE) verpackt, um zu verhindern, dass diese beim Einfrieren zusammenklebten. Die Folienbeutel sind Bestandteil der Notfallboxen der Staatsarchive Würzburg, Bamberg und München und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Das Eintüten in die Beutel erwies sich in der Handhabung als viel praktischer und weniger zeitintensiv als das Umwickeln mit Stretchfolie. Nur ein Großformat musste mit Stretchfolie eingepackt werden. Allerdings war es in manchen Fällen nicht mehr möglich, die Archivalien einzeln zu verpacken, da sie aufgrund des angetrockneten Schlammes bereits zusammenklebten. Ein Versuch, sie zu trennen, hätte zu größeren mechanischen Schäden geführt. Um das Öffnen der Beutel zu einem späteren Zeitpunkt zu erleichtern, wurden diese nicht verschlossen, sondern nur locker umgeschlagen. Lediglich die Pergamenturkunden wurden luftdicht in PE-Druckverschlussbeutel verpackt. Die Urkunden wurden zudem in den Urkundentaschen im gefalteten Zustand belassen, da nasses Archivgut möglichst nicht bewegt werden soll.

Die einzelnen Archivalien sind gut zuzuordnen, da auf ihnen in einem Großteil der Fälle noch die Tektur vorhanden und diese auch durch die Plastiktüte gut sichtbar ist. Somit konnte auf eine aufwändige Beschriftung und Nummerierung der einzelnen Folienbeutel verzichtet werden. Die wenigen Archivalien, die nur leicht feucht waren, wurden wie das nasse Archivgut für das Einfrieren vorbereitet, da nicht genügend Platz vorhanden war, um sie auszulegen und an der Luft trocknen zu lassen.

Dass die Bergungsmaßnahme zu spät angelaufen war, konnte man daran erkennen, dass die Archivalien teilweise einen sehr unangenehmen Gestank ausströmten und einige bereits Schimmelbefall aufwiesen. In einigen Fällen steht jedoch nicht eindeutig fest, ob es sich dabei nicht um Altschäden handelt, die durch die Feuchtigkeit neu aufgeblüht sind.

Abschließend wurden die gepackten Folienbeutel in 89 Transportwannen aus den Staatsarchiven Würzburg und Bamberg und dem Bayerischen Haupt-



Fotos: Josefine Echensperger, Bayerisches Hauptstaatsarchiv

staatsarchiv untergebracht. Diese wiederum wurden auf Paletten in einen gemieteten LKW gestapelt, um sie sicher in das Kühlhaus transportieren zu können. Bei den Bergungsarbeiten wurde auch deutlich, wie schwer nasses Archivgut ist. So wogen komplett gefüllte Wannen bis zu 39 Kilogramm und alle Wannen zusammen 2,3 Tonnen, d.h. durchschnittlich 26 Kilogramm.

Als positives Fazit dieses Katastrophenfalls kann festgehalten werden, dass die Bergung für die Beteiligten eine sehr lehrreiche Erfahrung war, aus der einige neue Erkenntnisse für die Notfallplanung der Staatlichen Archive Bayern gewonnen werden konnten, wie etwa zum geeigneten Inhalt der Notfallboxen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beteiligten Archive haben sehr gut zusammengearbeitet.

Auch die ersten Schritte zur Wiederherstellung des Archivs konnte in die Wege geleitet werden. Es wurde zunächst die Gefriertrocknung der Unterlagen beauftragt. Nach deren Abschluss wird zu prüfen sein, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Archiv möglichst wieder in Gänze für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung stellen zu können.

Jens Martin, Josefine Echensperger

Notfallverbund Augsburg probt den Ernstfall

Im Frühjahr 2015 wurde der Notfallverbund Augsburger Archive, Bibliotheken und Museen ins Leben gerufen (vgl. Nachrichten Nr. 68/2015, S. 6–7 sowie www.notfallverbund-augsburg.de). Ein solcher Verbund ist keine Augsburger Idee. Durch die Elbe-Flut 2002, den Brand der Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar 2004 oder den Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 ist der Kulturgutschutz vielerorts zum Thema geworden.

Insgesamt zehn Einrichtungen im Stadtgebiet Augsburg leisten nun im Schadensfall schnelle und unbürokratische Hilfe und stellen sich gegenseitig bei Bedarf auch Personal- und Sachmittel zur Verfügung. Der Verbund veranstaltet außerdem regelmäßig Schulungen und Übungen für seine Mitglieder, um den Umgang mit brand- und wassergeschädigtem Kulturgut zu trainieren. Zur Vorbereitung einer größeren Übung mit der Berufsfeuerwehr Augsburg nahmen im August/September 2016 die Notfallteams der am Verbund beteiligten Einrichtungen an einer Schulung im Stadtarchiv Augsburg teil. In mehreren Kleingruppen wurde unter der Anleitung der Restauratorin des Stadtarchivs, Dipl.-Restauratorin Anna Ventura,

Handhabung, Verpackung und Transport von geschädigtem Archivgut geübt.

Nach einer theoretischen Einführung in die Bergung und Verpackung von wassergeschädigtem Archivgut (PowerPoint) stellte Frau Ventura den Inhalt einer für jede am Verbund beteiligte Institution beschafften Notfallbox vor (vgl. Nachrichten Nr. 70/2016, S. 71). Anschließend wurde eine Station für die Verpackung von durchnässtem Schriftgut mit Stretchfolie aufgebaut. Diese Methode hat sich bewährt, um geschädigte Archivalien auf das Einfrieren vorzubereiten. Die Folie trennt die einzelnen Objekte. Im Ernstfall verhindert das möglichst rasche Einfrieren Schimmelbildung und andere schädliche Prozesse. Eine anschließende Vakuumgefriertrocknung ist das schonendste und sicherste Verfahren, um aus nassem und durchweichem Archiv- oder Bibliotheksgut das Wasser zu entfernen. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht in der direkten Umsetzung von Eis in Wasserdampf unter Umgehung der flüssigen Phase. Alle Teilnehmer konnten an diesem Tag den An- und Abtransport von zuvor in einem Waschbecken durchweichenden Objekten in Wannen sowie das richtige Verpacken mit Stretchfolie üben.

Auf diese Weise bestens vorbereitet trafen sich 25 Mitglieder der Notfallgruppen am 6. Oktober 2016 zu einer ganztägigen Veranstaltung bei der Berufsfeuerwehr Augsburg. Vormittags stand eine Brandschutzunterweisung auf dem Programm. Im theoretischen Teil informierte der Schulungsleiter der Feuerwehr über das Brandverhalten verschiedener Stoffe, die zur Verfügung stehenden Löschmittel und das richtige Verhalten im Brandfall. Nach einer Mittagspause übten die Teilnehmer auf dem Hof der Feuerwehr in der Praxis, mit verschiedenen Feuerlöschern einen Entstehungsbrand zu löschen.

Anschließend wurde der Ernstfall, ein Brand in einem Archiv- oder Bibliotheksmagazin geprobt. Dazu befüllte man zunächst in einem Übungscontainer der Feuerwehr ein Stahlregal mit zur Vernichtung bestimmtem Akten und Büchern aus dem Stadt- und Staatsarchiv und setzte es anschließend in Brand. Hinter der geschlossenen Tür des Containers breiteten sich die Flammen rasch aus und es rauchte stark aus Ritzen und Fugen. Unter Anleitung der Feuerwehr konnte dann die Brandbekämpfung mit Wasserlöschern durch die Teilnehmer beginnen. Mit vereinten Kräften konnte das Feuer bezwungen werden. Das eingeknickte Stahlregal ließ erahnen, welche hohen Temperaturen in kürzester Zeit in einem geschlossenen Raum erreicht werden. Nachdem die Brandstelle durch die Fachleute freigegeben worden war, galt es



Teilnehmerin löscht das brennende Aktenregal im Übungscontainer unter Anleitung der Berufsfeuerwehr
(Fotos: Kerstin Lengger, Stadtarchiv Augsburg)

nun, die durch Feuer und Löschwasser stark in Mitleidenschaft gezogenen Akten und Bücher zu bergen.

Dafür wurden unterschiedliche Arbeitsstationen (Bergung, Transport, Dokumentation und Verpackung) mit zugeteilten Teams eingerichtet. Mit entsprechender Schutzkleidung ausgestattet legte die erste Gruppe die Unterlagen aus dem zerstörten Regal in Kunststoffwannen. Diese wurden dann vom nächsten Team in die Fahrzeughalle der Feuerwehr getragen. Dort waren bereits Tische für die weitere Bearbeitung aufgebaut. Die geborgenen Akten und Bücher mußten zunächst dokumentiert werden, damit man sie später problemlos wiederfinden könnte. Je nach vorgenommener Kategorisierung (trocken – feucht – nass) waren die Unterlagen anschließend so mit Stretchfolie zu verpacken, dass man sie – je nachdem – zur Einlagerung in Gefrieranlagen oder direkt für eine Restaurierung in eigenen Werkstätten abtransportieren könnte.

Alle Teilnehmer waren beeindruckt von der Größe der Aufgabe, die im Ernstfall zu bewältigen ist. Ein wesentliches Anliegen war es gewesen, Abläufe innerhalb und zwischen den einzelnen Teams abzustimmen und zu trainieren. Auch wenn diese an der ein oder anderen Stelle noch verbessert werden können, war das Fazit dieser ersten großen Übung rundweg positiv. Der Augsburger Berufsfeuerwehr sei an dieser Stelle für ihre ausgezeichnete Unterstützung herzlich gedankt.

Rainer Jedlitschka

Archivbau

Besucherrekord beim neueröffneten Magazinbau des Staatsarchivs Augsburg

Besucherrekorde – sowohl was die Zahl der Führungen als auch die Teilnehmezahlen anging – konnte das Staatsarchiv Augsburg nach der feierlichen Übergabe des Magazinbaus am 8. Juni 2016 erzielen. Allein an diesem Tag fanden vier Führungen für geladene Gäste statt.

Insgesamt hat sich 2016 die Zahl der Führungen mit 35 gegenüber dem Jahr 2015 (16) mehr als verdoppelt. In zwölf Führungen besichtigten kleinere Gruppen der Fachkollegenschaft den Anbau. So holten sich zuletzt im Februar 2017 sechs Vertreter der Stadt Schweinfurt (Stadtarchivar, Museumsleiterin, Kulturamts- und Bauamtsleiter, Architekten) Anregungen für ihren bevorstehenden eigenen Anbau.

Im Rahmen von Veranstaltungen wurde in weiteren zwölf Führungen ebenfalls vor allem der neue Anbau besichtigt: beim Allgäuer Archivtag und dem Bayerisch-Schwäbischen Archivtreffen ebenso wie

bei Tagungen der Amtsleiter der Staatlichen Archive Bayerns oder des Augsburgers Notfallverbands. Veranstaltungen waren bewusst in die zweite Jahreshälfte 2016 gelegt worden, um die Gelegenheit für eine Anbau-Besichtigung zu schaffen.

Damit entfiel nur ein Drittel aller Führungen auf die klassischen Archivführungen, wie sie am Staatsarchiv Augsburg jedes Jahr vor allem für studentische und universitäre Gruppen oder im Rahmen von „Augsburg Open“ angeboten werden.

Auch Architektinnen und Architekten fanden ihren Weg nach Augsburg, denn die Fassade des Anbaus wurde sowohl in architekturfachlichen Veröffentlichungen wie „Bauen und Wirtschaft – Architektur der Region im Spiegel“ vorgestellt, als auch 2017 in die sogenannten Architektouren, besonderen Besichtigungsterminen ausgewählter neuer Bauwerke für Architekten, aufgenommen.

Thomas Engelke



Eine Delegation der Stadt Schweinfurt mit Stadtarchivar Dr. Uwe Müller (3. v. links) und Kulturamtsleiter Christian Kreppel (4. v. l.) holt sich im Februar 2017 Anregungen für den geplanten eigenen Archivbau (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg)

Ausstellungen

Eröffnung der Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“

Am 7. März 2017 wurde die Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“ mit einem Festakt im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs eröffnet. Rund 90 Exponate veranschaulichten, gegliedert in vier Kapitel, die Verflechtungen zwischen Bayern und Bulgarien zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Projektpartner des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bei der Erarbeitung der Ausstellung war die Staatsagentur „Archive“ Bulgariens. Großzügige finanzielle Unterstützung der Bayerischen Staatskanzlei ermöglichte die Realisierung der Ausstellung.

Ausstellung „Krieg! Bayern im Sommer 1914“ gezeigt worden war. Die aktuelle Ausstellung zu den bayerisch-bulgarischen Beziehungen sei ein wichtiger Baustein in dieser Folge von Präsentationen.

In Vertretung des bayerischen Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, MdL, eröffnete Staatssekretär Bernd Sibler, MdL, die Ausstellung. In seiner Rede wies er auf die zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen zum Ersten Weltkrieg hin. Er hob die Bedeutung des Ersten Weltkrieges als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts hervor. Mit der Ausstellung „Verbündet. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg“ ermögliche das Bayerische Hauptstaatsarchiv einen Einblick in wenig bekannte Teile der Geschichte des Ersten



Staatssekretär Bernd Sibler, MdL, eröffnet die Ausstellung (Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

In ihrer Begrüßungsansprache hieß die Generaldirektorin der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Margit Ksoll-Marcon, besonders die Vertreter von Behörden, Gerichten und befreundeten Institutionen sowie die Generalkonsulin der Republik Bulgarien in München, Antoaneta Nikolaeva Baycheva und die Vertreter der bulgarischen Archive Prof. Dr. Mihail Gruev und Dr. Sashka Zecheva willkommen. Sie dankte allen am Gelingen der Ausstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und hob die gute Zusammenarbeit mit der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens hervor.

Dr. Ksoll-Marcon ordnete die Ausstellung in die Veranstaltungsreihe der Staatlichen Archive Bayerns zum Ersten Weltkrieg ein, in der unter anderem die

Weltkrieges. Erfreut zeigte er sich über die gute Zusammenarbeit des Hauptstaatsarchivs mit der bulgarischen Archivverwaltung. Er wertete die Ausstellung als Beispiel der guten Zusammenarbeit von Bayern und Bulgarien.

Die bulgarische Generalkonsulin Antoaneta Nikolaeva Baycheva lobte in ihrem Grußwort die Ausstellung ebenfalls als wichtigen Beitrag im Rahmen der bayerisch-bulgarischen Zusammenarbeit. Sie bedankte sich bei den beiden beteiligten Archivverwaltungen für ihr Engagement und die Initiative zu dieser Ausstellung.

Prof. Dr. Mihail Gruev, Präsident der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens skizzierte in seinem Grußwort die Genese der Ausstellung. Die Ausstellung gehe

auf eine bereits 2007 geborene Idee zurück, die vom Direktor des Hauptstaatsarchivs, Dr. Gerhard Hetzer, über lange Jahre weitergetragen und schließlich zum Erfolg geführt wurde.



Prof. Dr. Mihail Gruev,
Präsident der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Im Anschluss an die Grußworte führte Dr. Gerhard Hetzer in die Ausstellung ein. Einleitend dankte er den an der Ausstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Generaldirektion, besonders den Mitarbeiterinnen der Werkstätten, sowie den Leihgebern.

Für die Ausstellung wurde auf die reichhaltigen in den Staatlichen Archiven Bayerns und Bulgariens verwahrten Quellen zurückgegriffen. Ergänzend traten interessante Leihgaben beispielsweise aus dem Bayerischen Armeemuseum in Ingolstadt, der Sanitätsakademie der Bundeswehr und von Privatpersonen hinzu.

Dr. Hetzer skizzierte kurz die Sequenzen der Ausstellung: „Die Vorgeschichte – auf dem Weg zum Bündnis“, „Bulgarien und die Mittelmächte“, „Auf den Kriegsschauplätzen“ sowie „Erinnerungen und Neubeginn“ und wies auf die Verbindungen zwischen Bayern und Bulgarien in kriegerischen und friedlichen Zeiten hin.

Die Ausstellung war bis zum 18. April 2017 in den Ausstellungsräumen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs an der Ludwigstraße zu sehen. Am 9. Juni 2017 wurde die Ausstellung an der zweiten Ausstellungstation Sofia eröffnet. Zur Ausstellung ist ein reich bebildeter Katalog mit einleitenden Aufsätzen erschienen.

Laura Scherr



Staatssekretär Bernd Sibler, MdL und
Generalkonsulin Antoaneta Nikolaeva Baycheva
(Foto: Doris Wörner, Bayerisches Hauptstaatsarchiv)

Zur Ausstellung „1914–1918: Der Krieg und die Frauen“

Von Januar bis März 2017 wurde im Bayerischen Hauptstaatsarchiv die Ausstellung „1914–1918. Der Krieg und die Frauen“ gezeigt. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv erinnerte damit an die Leistungen, die Frauen während des gesamten Ersten Weltkrieges und vor allem im Hungerwinter 1916/17 erbrachten. Konzipiert und gestaltet wurde die Ausstellung von Dr. Elisabeth Weinberger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) und Dr. Ulrike Hofmann (Staatsarchiv München).

Auch wenn Krieg auf den ersten Blick Männersache zu sein scheint, zeigte der Erste Weltkrieg, dass ohne das Durchhaltevermögen und die Arbeitskraft der Frauen ein Krieg nicht zu führen ist. In den ersten Kriegsjahren engagierten sich viele Frauen in patriotischer Begeisterung vor allem in der freiwilligen Krankenpflege und im Fürsorgewesen. In diesen Bereichen setzten sich gerade die Frauen ein, die finanziell besser und gesellschaftlich höher gestellt waren. Unterstützt wurden sie dabei von den Frauenvereinen.

In zahlreichen Berufen mussten Frauen daneben die eingezogenen Männer ersetzen. Ohne Frauen, die auch körperlich harte Arbeit übernahmen, hätten die landwirtschaftlichen Betriebe nicht überleben können, und viele öffentliche Dienstleistungen wie Post, Straßenreinigung oder Fahrkartenkontrollen wären eingestellt worden. Die Abbildungen, die in der Ausstellung Frauen in Männerberufen zeigten, entstammen unter anderem den Glasplattensammlungen des Kriegsarchivs. Diese entstanden schon während des Krieges und bestehen aus einer Vielzahl von Gruppen, die das Geschehen an der Front und das Leben in der Heimat dokumentieren sollten. Eine Reihe daraus thematisiert die geänderten Lebensbedingungen der Frauen, die weiterhin den Haushalt und die Kinder versorgten und zugleich den Lebensunterhalt der Familien verdienten.

Ab Mitte des Jahres 1916 mobilisierte die deutsche Regierung alle verfügbaren Reserven, um die Produktion der Kriegsindustrie zu steigern. Damit gerieten neben den bisher nicht erfassten Männern auch Frauen in das Blickfeld der Kriegswirtschaft. Der Staat versuchte durch zusätzliche administrative Maßnahmen, den Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie zu erhöhen. 1917 wurden in Bayern ein Referat „Frauenarbeit“ im Kriegsministerium, ein „Bayerischer Ausschuss für Frauenarbeit“ sowie Frauenreferate in den Kriegsamtstellen in München, Nürnberg, Würzburg und Ludwigshafen geschaffen. Das Hauptaugenmerk dieses Frauenreferats galt der sozialen Unterstützung der in der Rüstungsindustrie tätigen Frauen. So organisierte man die ärztliche Versorgung der Arbeiterinnen und die Betreuung ihrer Kinder oder vermittelte Erholungsaufenthalte. Sinn und Zweck dieser Aktivitäten war die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und die Steigerung der Rüstungsproduktion.

Der Anteil von weiblichen Arbeitskräften erhöhte sich auch deshalb, weil viele Frauen nun der Haupternährer ihrer Familien waren. Dennoch konnte der Fraueneinsatz den Arbeitskräftemangel nicht beheben. Niedrige Löhne und fehlende fachliche Ausbildung schmälerten ihre Bereitschaft, in der Kriegsproduktion tätig zu werden. Oft genügte den Soldatenfrauen die von den Gemeinden gezahlte Familienunterstützung.

Auch die Landwirtschaft litt unter den Auswirkungen des Krieges: Neben der Arbeitskraft der Männer fehlten Acker- und Zugpferde. Saatgut- und Düngemittelimporte blieben aus; verregnete Sommer und kalte Winter führten zu Missernten und Hungersnöten. Unter diesen erschwerten Bedingungen wurden zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe von Frauen

1914–1918

Der Krieg und die Frauen



24. Januar bis 7. April 2017

Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs
Schönfeldstraße 5, 80539 München

Mo – Do 8.30 – 18.00 Uhr, Fr 8.30 – 13.30 Uhr
(Faschingsdienstag, 28.2.2017, ab 12.00 Uhr geschlossen)

Eintritt frei

In der Landwirtschaft traten die Frauen bereits zu Beginn des Krieges an die Stelle ihrer eingezogenen Männer. Da vielfach auch die Pferde fehlten, führten sie den Pflug hinter dem Ochsespann. Der Plakatentwurf des Malers und Grafikers Ludwig Hohlwein (1874–1949) beschreibt mit dem Titel „Die uns durchhalten helfen“ den unentbehrlichen Einsatz der Frauen in der Landwirtschaft. Plakatgestaltung: Karin Hagendorn (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns)

geführt – oft nur mit Hilfe von Kindern, Jugendlichen oder älteren Leuten.

Weniger betroffen waren die Frauen auf dem Land von der katastrophalen Ernährungslage. Auch wenn selbsterzeugte Nahrungsmittel der Zwangsbewirtschaftung unterlagen, ließ sich doch die eigene Familie ausreichend ernähren. Hungerkrawalle und Warteschlangen vor Lebensmittelgeschäften waren vor allem Phänomene der Stadt.

Gezeigt wurden in der kleinen Ausstellung etwa 40 Exponate aus den Beständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, vor allem aus der Abteilung IV Kriegsarchiv und den Sammlungen der Abteilung V.

Zur Ausstellung erschien ein bebildeter kleiner Katalog. Bei der Eröffnung konnten die Besucher eine nahrhafte Version der legendären Dotschensuppe probieren, die dem Hungerwinter von 1916/17 auch den Namen Steckrübenwinter bescherte.

Elisabeth Weinberger

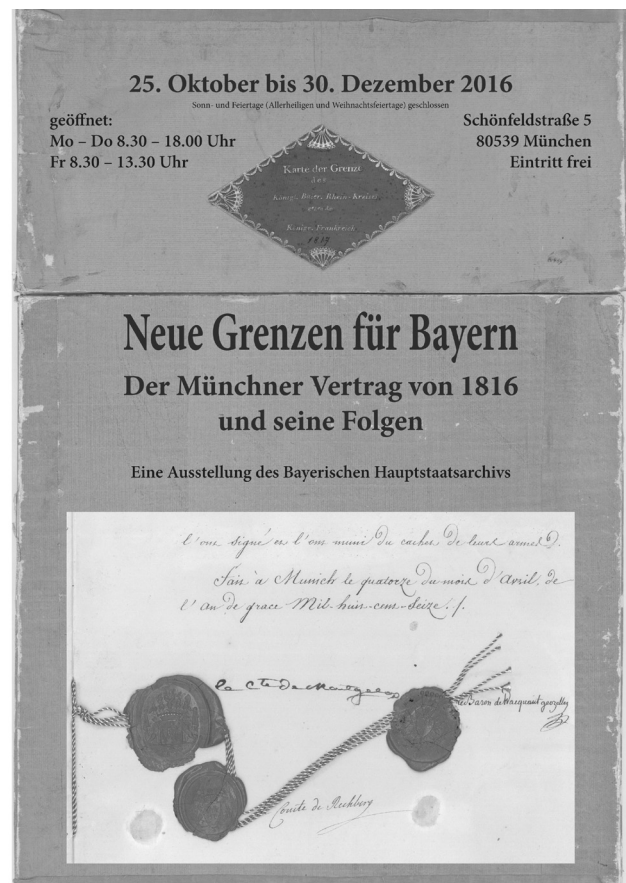
Neue Grenzen für Bayern – Ausstellung zum „Münchener Vertrag“ von 1816 und seinen Auswirkungen

Als Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts und verstärkt nach 1800 unter Kaiser Napoleon I. Europa mit Krieg überzog, geriet die ständisch verfasste Ordnung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ins Wanken und brach schließlich 1806 endgültig zusammen. Die beiden Nachbarstaaten Bayern und Österreich gerieten, zunächst in scharfer Konkurrenz zueinander, mitten hinein in einen territorialen und staatsrechtlichen Umwälzungsprozess, der sich bis in die Jahre nach dem Wiener Kongress von 1815 erstreckte. Infolge des Niedergangs der Macht Napoleons ab 1812/13 ging das Ringen der beiden deutschen Nachbarländer um neue Grenzen und um territorialen Ausgleich in die letzte Runde. Das Ergebnis der bilateralen Verhandlungen war der sogenannte Münchener Vertrag vom 14. April 1816. Dieser Grenzvertrag zog einen Schlussstrich unter die zahlreichen Gebietsverschiebungen seit 1799. Bayern musste im Münchener Vertrag zwar schweren Herzens auf das erst 1810 erworbene Herzogtum Salzburg verzichten, mit Ausnahme des sogenannten Rupertiwinkels westlich von Salzach und Saalach, und obendrein auf das Inn- und Hausruckviertel sowie das Tiroler Amt Vils, aber dafür erhielt es die linksrheinische Pfalz, mehrere Gebiete am Rand des heutigen Regierungsbezirks Unterfranken und das ehemals böhmische (Markt-) Redwitz in Oberfranken. Zwar ging die räumlich abgetrennte Rheinpfalz nach 1945 wieder verloren, im Kern blieb die äußere Gestalt Bayerns aber seit dem Münchener Vertrag bis in die Gegenwart unverändert.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv hat zum 200-jährigen Jubiläum mit einer kleinen Ausstellung im Treppenhaus in der Zeit vom 25. Oktober bis Jahresende 2016 an dieses für Bayern so wichtige Abkommen erinnert. Beleuchtet wurden zum einen die Entstehung und der Inhalt des Münchener Vertrags, zum anderen seine langfristigen Auswirkungen. Der Münchener Vertrag regelte nämlich keineswegs nur territoriale Fragen. Da das Königreich Bayern die erhoffte Landbrücke zu seiner neuen linksrheinischen Provinz nicht bekam, handelte man Kompensationen heraus, etwa verbilligte Salzlieferungen aus Österreich oder die sogenannte Kontiguitätsentschädigung, für die extra ein geheimer Zusatzvertrag geschlossen wurde. Bayern musste sich außerdem mit seinen Anrainerstaaten Baden und Hessen-Darmstadt auseinandersetzen. Der mächtige Rheinstrom zwang die neuen Nachbarn schließlich zur Kooperation. Grenzkommissionen arbeiteten noch Jahre später an der exakten Festlegung

der neuen bayerischen Landesgrenzen, Akten mussten aufgeteilt werden und das Verwaltungspersonal wechselte.

In 29 Exponaten aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und zwei Reproduktionen von Stücken aus dem Historischen Museum der Pfalz in Speyer wurde zuerst der Münchener Vertrag selbst präsentiert und gezeigt, wie das Abkommen entstanden ist. Markante Objekte – neben dem Originalvertrag mit den



Plakatgestaltung: Karin Hagendorn
(Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns)

Unterschriften der Hauptunterhändler Maximilian Graf von Montgelas und Aloys Graf von Rechberg und Rothenlöwen zu Hohenrechberg auf bayerischer sowie Theodor von Wacquant-Geozelles auf österreichischer Seite – waren ein Handschreiben von Kaiser Franz I. an den bayerischen König Max I. Joseph und die prachtvolle österreichische Ratifikationsurkunde. Auch Archivalien zu den wechselseitigen Besitzübergaben waren ausgestellt, darunter das bayerische Besitzergreifungspatent für die linksrheinische Pfalz. Ein kürzerer Mittelteil der Ausstellung porträtierte neben Rechberg und Wacquant-Geozelles zwei weitere Hauptakteure rund um den Münchener Vertrag, die beiden bayerischen Übernahme- bzw. Übergabekommissäre Franz Xaver von Zwackh (Pfalz) und Carl Graf von Preysing (Salzburg).

Im zweiten Hauptabschnitt ging es um die Folgen des Münchner Vertrags. Zunächst mussten die neuen Landesgrenzen, die im Vertrag nur grob beschrieben waren, im Detail festgesetzt und im Gelände markiert werden, was mitunter Jahre gedauert hat. Besonders aufwändig war dies in der Pfalz. Das 1816 künstlich geschaffene bayerische Territorium mit der Hauptstadt Speyer grenzte im Osten an den Rhein bzw. an Baden, im Norden an „Großhessen“, im Westen an die spätere preußische Rheinprovinz und im Süden an Frankreich. Exemplarisch wurden zwei individuelle Kartenwerke in der Ausstellung präsentiert. Während die Nordgrenze der bayerischen Pfalz 1820/21 auf drei Kartenstreifen in einer lederbezogenen Rolle fixiert worden war, hatte man die nunmehr bayerisch-französische Grenze bereits 1817 in 32 Kartenblättern aufgenommen, eingelegt in einen blauen Schuber, der auch als Hintergrundbild für das Ausstellungsplakat verwendet wurde. Unbefriedigend aus bayerischer Sicht war der Umstand, dass das neu geschaffene Großherzogtum Baden mit seinen nördlichen Gebieten den Rheinkreis vom Rest Bayerns trennte – in der Ausstellung visualisiert durch eine großformatige Karte von 1819. Als Ausgleich hatte Österreich jährlich 100.000 Gulden zu zahlen – zuletzt im Mai 1919. Ein hoher Stapel an Akten des Finanzministeriums sollte diese langfristige Nachwirkung des Münchner Vertrags demonstrieren.

Die exakten Grenzen des bayerischen Landgerichts Reichenhall und Berchtesgadens zum nunmehr österreichischen Herzogtum Salzburg waren noch lange strittig. Erst 1823 konnte die eingesetzte gemeinsame Kommission den bis heute gültigen Grenzverlauf in 20 Sektionskarten festhalten. Für die Archivgeschichte bedeutsam ist die damals übliche Praxis, bei Gebietsabtretungen auch alle schriftlichen Unterlagen mitabzuliefern, die sich auf die jeweiligen Territorien bezogen. In mehrjährigen Verhandlungen bemühten sich deshalb Spezialkommissionen um die wechselseitige „Extradition“ von Akten, Plänen und Urkunden aus den Registraturen und Archiven, wovon zwei in der Ausstellung präsentierte Akten der Hofkommission Salzburg zeugten.

Abgerundet wurde die Präsentation durch mehrere öffentliche Ausstellungsführungen und eine Lesung aus ausgewählten Exponaten, organisiert von den beiden Kuratoren Gerhard Fürmetz und Markus Frauenreuther. Zu Gast war auch eine Gruppe aus dem Bund der Pfalzfreunde in Bayern, für die der Münchner Vertrag seit jeher ein zentraler Orientierungspunkt ist. Zum Publikumsmagneten wurde die Schau freilich nicht – vielleicht wegen des auf den ersten Blick spröde anmutenden Themas, vielleicht aber auch weil

kleine Archivausstellungen nur begrenzt beworben werden können und Zufallsbesucher, die nicht selbst im Lesesaal forschen wollen, selten sind.

Abgesehen vom konkreten Thema und dem zeitlichen Anlass wollte die Ausstellung aber noch etwas ganz Anderes deutlich machen. Der wichtige Bestand *Bayern Urkunden*, der alle archivierten Staatsverträge des Kurfürstentums, Königreichs und Freistaats Bayern seit 1799 umfasst, enthält nämlich keineswegs nur die eigentlichen Vertragswerke. Vielmehr gruppieren sich um diese herum zahlreiche weitere Einzelschriftstücke wie Vollmachten und Übergabeprotokolle, denen man im damaligen Geheimen Staatsarchiv urkundlichen Wert beimaß, die aber in der Regel kaum von der Forschung wahrgenommen werden. Von den insgesamt 15 Archivalien des Bestands zum Komplex des Münchner Vertrags wurden neun in der Ausstellung präsentiert, außerdem das entsprechende Findbuch. Die Ausstellung sollte auf diese Weise an einem einzigen Beispiel zeigen, wie vielfältig sich die Überlieferung rund um die Genese und Umsetzung neuzeitlicher Staatsverträge gestaltet.

Gerhard Fürmetz

700 Jahre Reichsstadt Augsburg!? – Eine kleine Ausstellung des Staatsarchivs und des Stadtarchivs Augsburg

Das Werden einer Reichsstadt ist normalerweise ein Prozess, der sich über mehrere Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte hinzieht. Es ist die Ansammlung verschiedenster Rechte, Freiheiten, Privilegien und Ämter in der Hand der Bürgerschaft einer Stadt, die den Status als Reichsstadt ausmacht. Freiheit von jeder fremden Stadtherrschaft (durch Unterstellung alleine unter den König), Selbstverwaltung der Bürgergemeinschaft, weitgehende rechtliche Unabhängigkeit sowie Rechtssicherheit im Handel sind wichtige Kriterien hierfür. Auch in Augsburg war dies nicht anders. Von den ersten Anfängen einer Bürgergemeinschaft – damals noch unter der Stadtherrschaft des Bischofs von Augsburg – bis zum Ausbau all der oben genannten Rechte dauerte es vom 12. bis ins die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts. Insofern ist es eigentlich nicht möglich, den „Geburtstag“ einer Stadt als Reichsstadt mit einem fixen Datum zu verbinden; es ist eben ein Prozess.

Andererseits gibt es auch innerhalb einer solchen Entwicklung entscheidende Einschnitte. Und im Falle Augsburgs war das Privileg Ludwigs des Bayern vom 9. Januar 1316 ein solcher Einschnitt. Insbesondere mit der Zusicherung des Königs an die Stadt, diese niemals und auf welchem Wege auch immer



V.l.n.r.: Dr. Michael Cramer-Fürtig, Dr. Claudia Kalesse, Johannes Kroh und Dr. Thomas Engelke
(Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg)

veräußern zu dürfen, war in jedem Fall die endgültige Emanzipation von jeglicher fremder Stadtherrschaft unumkehrbar geworden – und blieb es strenggenommen bis zur Übernahme Augsburgs durch das Königreich Bayern im Jahr 1806. Mit anderen Worten: Es gab durchaus gute Gründe, im Jahr 2016 den 700. Geburtstag von Augsburg als Reichsstadt zu begehen.

Aus diesem Anlass präsentierte das Staatsarchiv Augsburg in Kooperation mit dem Stadtarchiv Augsburg und unterstützt vom Freundeskreis des Staatsarchivs Augsburg vom 24. November bis zum 16. Dezember 2016 eine kleine Ausstellung mit dem Titel „700 Jahre Reichsstadt Augsburg!“, die vom 16. Januar bis 10. Februar 2017 – wenn auch in leicht reduzierter Form – nochmals im Stadtarchiv Augsburg zu sehen war. Die Präsentation stieß auf reges Interesse seitens der Besucher des Staatsarchivs.

Gezeigt wurden neben dem erwähnten königlichen Privileg von 1316 auch drei Konsensbriefe der Kurfürsten von Mainz, Trier und Böhmen zum genannten Privileg. Obwohl dies im Grunde mehr über das frühe Königtum Ludwigs des Bayern aussagt, als über die Reichsstadtwerdung Augsburgs, stellt es doch eine deutschlandweit seltene Besonderheit dar, die in dieser Form erstmals einer breiteren Öffentlich-

keit präsentiert wurde. Abgerundet wurde die kleine Ausstellung durch das Stadtrecht von 1276, das mit genauso gutem Grund wie das Privileg von 1316 für sich in Anspruch nehmen kann, als Meilenstein auf dem Weg zur Reichsstadt zu gelten.

Thomas Engelke, Claudia Kalesse

Wanderausstellung „Ma Tovv ...‘ ,Wie Schön sind deine Zelte, Jakob ...‘ Synagogen in Schwaben“ im Staatsarchiv Augsburg

Am 18. Januar 2017 wurde im Staatsarchiv Augsburg die Ausstellung „Ma Tovv ...‘ ,Wie schön sind deine Zelte, Jakob ...‘ Synagogen in Schwaben“ feierlich eröffnet. Die Ausstellung über die Synagogenbauten der zahlreichen verstreuten Landjudengemeinden in Schwaben fußt nicht unwesentlich auf Archivalien des Staatsarchivs Augsburg, die im Rahmen von Forschungen vor einigen Jahren ausgewertet wurden. Ein Ergebnis dieser Forschungen war die Konzeption einer Wanderausstellung, die seit etwas mehr als drei Jahren an den verschiedenen Orten im Regierungsbezirk Schwaben Station machte, an denen es früher jüdische Synagogen gab.

Mit Bopfingen (Baden-Württemberg), das historisch jedoch zum Ries gehörte, Würzburg und Veitshöchheim (beide Unterfranken) sowie München (Landwirtschaftsministerium) ging die Wanderausstellung sogar über die Grenzen des Regierungsbezirks hinaus. Als vorläufig letzte Station kehrte die Wanderausstellung nach Augsburg zurück. Mit dem Ausstellungsort im Staatsarchiv soll zum einen ein jüngeres Publikum aus der Universität Augsburg angezogen werden, zum anderen geht die Ausstellung quasi an den Ort zurück, an dem die ihr zugrundeliegenden Forschungen begonnen wurden.



Ausstellungseröffnung im Vortragssaal des Staatsarchivs Augsburg. In der ersten Reihe von links Souzana Hazan, Kuratorin der Ausstellung, Dr. Benigna Schönhagen, Leiterin des Jüdischen Kultur Museums Augsburg Schwaben, und Nicola David, Kantor der liberalen jüdischen Gemeinde „Beth Shalom“ München (Foto: Paul John, Staatsarchiv Augsburg)

So betonten dann auch Dr. Benigna Schönhagen, die Leiterin des Jüdischen Kultur Museums Augsburg Schwaben, und Dr. Thomas Engelke, Leiter des Staatsarchivs Augsburg, in ihren Ansprachen den Wert der guten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kulturträgern, wie er im Raum Augsburg gegeben ist. Daneben führte Souzana Hazan, Kuratorin der Ausstellung, in deren Konzeption und Hauptinhalte ein. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch Nicola David, Kantor der liberalen jüdischen Gemeinde „Beth Shalom“ in München, der durch seinen stimmungswaltigen Vortrag synagogaler Melodien selbst dem ansonsten eher nüchternen Vortragsraum des Staatsarchivs Augsburg eine feierliche Note verleihen konnte.

Thomas Engelke

Wanderausstellung „Schuld und Sühne?“ im Labertal

Die Ausstellung „Schuld und Sühne? Zur Verfolgung der NS-Verbrechen durch oberbayerische Justizbehörden anhand der Überlieferung im Staatsarchiv München“ war ursprünglich im Mai und Juni 2014 im Staatsarchiv München zu sehen gewesen (s. Nachrichten Nr. 67/2014, S. 44–45).

Um die Ausstellung auch an anderen Orten zeigen zu können, wurde eine Wanderausstellung erarbeitet, in der der wesentliche Ausstellungsinhalt zusammengefasst wurde.

Der SPD-Arbeitskreis Labertal, der immer wieder Projekte für die SPD-Ortsvereine im Kleinen und Großen Labertal im Raum Landshut, Kelheim, Straubing und dem südlichen Landkreis Regensburg organisiert, war sofort an der Präsentation dieser Ausstellung interessiert. Da sie in erster Linie Dokumente aus den Akten der Staatsanwaltschaft München II enthält, wurde sie um Verfahren zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG) aus Niederbayern erweitert.

Um auch einen direkten Bezug zum Labertal herzustellen, gestalteten die beiden Sprecher des SPD-Arbeitskreises Labertal, Rainer Pasta und Karin Hagedorn, zusätzlich zwei Schautafeln mit den Themen „Die toten Engel von Laberweinting“ und „Standgerichte“. In dem Säuglingsheim in Laberweinting (Lkr. Straubing-Bogen) starben wegen der katastrophalen hygienischen Zustände kurz nach der Geburt mehr als 60 Neugeborene überwiegend von polnischen Zwangsarbeiterinnen. Der verantwortliche Arzt Dr.



Dr. Christoph Bachmann, Leiter des Staatsarchivs München (Foto: SPD-Arbeitskreis Labertal)

Emil Bassmann wurde zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt, die mit der Untersuchungshaft als abgebußt galten. Durch die deutsche Justiz fand keine weitere Strafverfolgung statt. Die Standgerichtsverfahren waren NS-Verbrechen der letzten Kriegstage, die vom Gauleiter der Ostmark Ludwig Ruckdeschel angeordnet worden waren. Er wurde lediglich wegen der Hinrichtung des Dompredigers Johann Maier aus Regensburg zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits nach vier Jahren vorzeitig entlassen.

Die Frage „Schuld und Sühne?“ beschäftigte die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher immer wieder. Der eigentliche Wert dieser NSG-Verfahrensakten liegt im Erhalt der Informationen über die Verbrechen, die ohne die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden nicht überliefert wären. „Gesühnt kann der Tod ohnehin nicht werden“, so Dr. Christoph Bachmann, Leiter des Staatsarchivs München, bei seiner Eröffnungsrede am Johannes-Nepomuk-Gymnasium im Kloster Rohr am 4. Oktober 2016 vor den Schülern der 11. und 12. Klasse. Der SPD-



V.l.n.r.: Schulleiter des Johannes-Nepomuk-Gymnasiums Franz Lang, SPD-Ortsvorsitzender Georg Riedl, Landtagsabgeordnete Johanna Werner-Muggendorfer, MdL und Karin Hagendorn (Foto: SPD-Arbeitskreis Labertal)

Ortsverein Rohr bot in einer Abendveranstaltung eine Führung für die Bevölkerung an, an der auch Johanna Werner-Muggendorfer, MdL, teilnahm. Sie nutzte die Gelegenheit, sich über die Thematik eingehend zu informieren und die Wanderausstellung nach Neustadt a.d. Donau ins evangelische Gemeindehaus I.R.E.N.E. zu holen. Am 22. Oktober 2016 wurde die Ausstellung im Rathaus-Foyer der Marktgemeinde Ergoldsbach in Anwesenheit des 1. und 2. Bürgermeisters Ludwig Robold und Sebastian Hutzentaler durch Ruth Müller, MdL, eröffnet. Im Anschluss daran erläuterten sie und Karin Hagendorn die einzelnen Ausstellungstafeln. Eine weitere Station war der Gemeindsaal in Aufhausen, wo Bürgermeister Johann



V.l.n.r.: 1. Bürgermeister Ludwig Robold, SPD-Ortsvorsitzender Michael Forster, Landtagsabgeordnete Ruth Müller, MdL, Karin Hagendorn, 2. Bürgermeister Sebastian Hutzentaler, Rainer Pasta, Marktgemeinderätin Franziska Gruber-Schmidt und Heimatpfleger Helmut Siegl (Foto: SPD-Arbeitskreis Labertal)

Jurgovsky sie mit einem Ausspruch des Philosophen Hegel kommentierte: „Aus der Geschichte der Völker können wir lernen, das die Völker aus der Geschichte nichts gelernt haben.“ Am 6. November 2016 wurden die Tafeln im Bürgersaal in Rottenburg a.d. Laaber gezeigt. Danach gingen sie zu Unterrichtszwecken an die Wirtschaftsschule Kasberger-Wildmann e.V. nach Straubing. Im Rahmen einer Verfassungsfeier am 18. November 2016 im Haus der Generationen in Mallersdorf-Pfaffenberg, bei der der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher, MdL, die Festrede hielt, konnte die Ausstellung ebenfalls gezeigt werden. Die Eröffnung übernahm wieder Ruth Müller, MdL, und Dr. Christoph Bachmann erläuterte die bürokratischen Abläufe der NSG-Verfahren. In der Kreuzkirche in Geiselhöring war die Ausstellung zwei Wochen lang für die Kirchgänger zu sehen und zuletzt wurde sie in Regensburg an der Privaten Schule Breitschaft für den Schulunterricht genutzt.

Insgesamt konnte die Wanderausstellung an neun Stationen gezeigt werden, sie wurde von den Besucherinnen und Besuchern sehr interessiert angenommen, was sich auch in zahlreichen Presseberichten niederschlug.

Die Wanderausstellung (insgesamt 12 Schautafeln) kann gern ausgeliehen werden (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Postfach 221152, 80501 München, E-Mail: poststelle@gda.bayern.de). Die Ausleihe ist kostenlos, der Transport ist vom Leihnehmer zu organisieren. Der bedruckte Stoff der freistehenden Rollups ist schwer entflammbar (B1). Sie sind jeweils 2,15 m hoch, 1 m breit, wiegen 5 kg und können sehr einfach auf- und abgebaut werden.

Karin Hagendorn

Archivschule

Berufsstart für zehn Referendarinnen und Referendare

Mit dem erfolgreichen Abschluss der Qualifikationsprüfung für den Einstieg in die 4. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Bildung und Wissenschaft, fachlicher Schwerpunkt Archivwesen, deren schriftlicher Teil im Oktober und deren mündlicher Teil im Dezember abgelegt wurde, begann am 16. Dezember 2016 das Berufsleben für zehn Referendarinnen und Referendare, nachdem ihnen einen Tag zuvor die Zeugnisse ausgehändigt worden waren. Ein nahtloser Übergang in den Archivberuf war für alle gegeben. Vier davon sind im Bayerischen Hauptstaatsarchiv tätig, eine im Staatsarchiv München und Dr. Alexander Wolz wurde neuer Leiter des Staatsarchivs Coburg (s.S. 10).

Insgesamt wurden 1440 Stunden unterrichtet. Neben den Fächern Digitale Unterlagen und Digitale Archivierung wurde erstmals auch in wenigen Stunden in die Erschließung digitalen Archivguts eingeführt. Das Fach Projektmanagement, das von einem externen Dozenten unterrichtet wurde, wurde auf zwei ganze Tage ausgeweitet und als Blockunterricht gehalten. In den Lehrausstellungen, die fester Bestandteil der Ausbildung sind, stellten die Referendarinnen und Referendare ihr Können in der Präsentation der Archivalien, in der Erarbeitung eines kleinen Katalogs, der Erstellung einer Pressemitteilung und der Führung durch die Ausstellung unter Beweis. Das Competence Center-DMS bei der Regierung von Schwaben schulte die staatlichen Referendarinnen und Referendare zwischen der schriftlichen und der mündlichen Prüfung in dem Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagementsystem eGov-Suite Bayern der Firma Fabasoft, das in den Staatlichen Archiven Bayerns seit 2009/2010 im Einsatz ist. Durch Besuche verschiedener Archive und Archivträger wurde ein Einblick in die unterschiedlichen Arbeitsweisen und auch Arbeitsschwerpunkte gegeben.

Der nächste Referendarkurs beginnt an der Bayerischen Archivschule am 1. Oktober 2018.

Margit Ksoll-Marcon

Die Frankenfahrt des Referendarkurses der Archivschule

Die Referendarinnen und Referendare des Vorbereitungsdienstes für die 4. Qualifikationsebene der Bayerischen Archivschule besuchten vom 7. bis 9. November 2016 zusammen mit Dr. Margit Ksoll-Marcon, Generaldirektorin der Staatlichen Archive, und Sabine Frauenreuther von der Generaldirektion die Staatsarchive in Franken und in der Oberpfalz sowie das Familienarchiv der Grafen von Seckendorff in Oberzenn.

Im Staatsarchiv Nürnberg wurde der Besuch aus München begrüßt durch Professor Dr. Peter Fleischmann und dessen Stellvertreter, Dr. Herbert Schott. Im sogenannten Kaisersaal erhielten die Referendarinnen und Referendaren die Gelegenheit, sich anhand zeitgenössischer Fotografien über die Baugeschichte und die weitreichenden Zerstörungen des Staatsarchivs Nürnberg im Zweiten Weltkrieg zu informieren. Anschließend begleiteten Dr. Herbert Schott und Dr. Daniel Burger die Gäste durch das Magazin und den Öffentlichkeitsbereich und gingen dabei auch auf den infolge von baulichen Schäden notwendig werdenden Umzug und die damit verbundenen logistischen Herausforderungen für die Archivarinnen und Archivare des Staatsarchivs Nürnberg ein.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das noch einmal Gelegenheit bot, sich über das Staatsarchiv Nürnberg auszutauschen, ging die Fahrt weiter nach Amberg. Dort begrüßte Dr. Maria Rita Sagstetter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Referendarkurses und führte diese durch das Staatsarchiv. Die Station im Lesesaal wurde dazu genutzt, die Chancen und Risiken eines unmittelbar bevorstehenden Pilotprojekts in Amberg zu diskutieren: Dort erhalten die Benutzerinnen und Benutzer die Gelegenheit, selbständig Reproduktionen von Archivalien an einem bereitstehenden Scanner anzufertigen. Beeindruckt zeigten sich die Referendarinnen und Referendare vom historischen Lesesaal aus der Erbauungszeit des Staatsarchivs mit dem originalen Archivmobiliar. Diese Kulisse bildete einen ansprechenden Rahmen für die Präsentation ausgewählter Zimelien, die die Geschichte des Hauses und der Oberpfalz illustrierten.



V.l.n.r.: 1. Reihe: Sabine Frauenreuther (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns), Lenaïg Roumegou (École nationale des chartes), Dr. Teresa Massinger M.A., Dr. Alexander Wolz; 2. Reihe: Generaldirektorin Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Lina Katharina Hörl M.A., Dr. Susanne Wanninger M.A., Dr. Bettina Pfotenhauer, Dr. Andreas Schmidt; 3. Reihe: Jens Martin M.A., Dr. Klaus Rupprecht (beide Staatsarchiv Würzburg), Dr. Daniela Kraus M.A., Dr. Antonia Landois M.A. (Foto: Staatsarchiv Würzburg)

Ganz dem imposanten Erscheinungsbild der Weltkulturerbestadt Bamberg entspricht das neubarocke Archivgebäude an der Hain- und Sodenstraße. Der Leiter des Staatsarchivs Bamberg, Dr. Stefan Nöth, führte den Referendarkurs durch das Archiv und ging dabei auch auf die Baugeschichte dieses Archivzweckbaus vom Beginn des 20. Jahrhunderts ein, dessen repräsentative Außengestaltung sich an den Schlossbauten Balthasar Neumanns orientiert. Die Referendarinnen und Referendare erhielten dabei einen Überblick über die Bestände des Staatsarchivs. Ein Schwerpunktthema bildete bei der Führung die archivfachliche Behandlung von Selekten. Zudem war ein Blick auf das Gelände möglich, auf dem in Kürze ein Erweiterungsbau entstehen wird, der modernsten archivbaulichen Anforderungen genügen wird.

Mit dem ehemaligen Zeughaus vom Ende des 17. Jahrhunderts und dem Archivumbau des 20. Jahr-

hunderts verbinden sich auch in Coburg Tradition und Moderne. Der Leiter des Staatsarchivs Coburg, Johannes Haslauer M.A., erklärte, wie das Zeughaus, das unter Herzog Johann Casimir von Sachsen-Coburg als fürstliche Rüstkammer errichtet wurde, im Inneren für die Zwecke eines modernen Archivs ertüchtigt wurde, um den Anforderungen an Statik, Klimatechnik und Denkmalschutz gerecht zu werden. Zudem ging er auf die Sonderstellung Coburgs innerhalb der bayerischen Archivlandschaft ein und vermittelte hierzu die Grundzüge der Geschichte des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha sowie des Freistaats Coburg.

Am dritten Tag der Studienreise wurden die Referendarinnen und Referendare vom neuen Amtsleiter des Staatsarchivs Würzburg, Dr. Klaus Rupprecht, begrüßt. Nach einer detaillierten Einführung in die Geschichte und Bestandsstruktur des Staatsarchivs führte Jens Martin M.A. die Kursteilnehmerinnen und

Kursteilnehmer durch die Magazinräume. Besonderes Interesse galt dabei der bevorstehenden Verlagerung des Staatsarchivs von zwei Magazinstandorten in der Residenz Würzburg sowie der Festung Marienberg nach Kitzingen und den damit einhergehenden Herausforderungen durch den Umzug und die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs. Ein kurzer Blick in die prächtige Hofkirche von Balthasar Neumann rundete den Besuch in Würzburg ab.

Die letzte Etappe bildete der Besuch des Familienarchivs der Grafen von Seckendorff im „Blauen Schloss“ in Oberzenn. Rainer Graf von Seckendorff-Aberdar führte die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer persönlich durch sein Archiv, das in einem ehemaligen Wirtschaftsgebäude fachgerecht untergebracht ist. Die Urkunden, Amtsbücher, Akten, Rechnungen und Familienpapiere, die teils bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts zurückreichen, hat das Staatsarchiv Nürnberg professionell erschlossen. Sie sind nun an ihrem angestammten Platz für interessierte Benützer zugänglich. Beim anschließenden Rundgang durch das „Blaue Schloss“ durfte der Referendarkurs unter anderem auch den Bildersaal besichtigen, in dessen Wände die Porträts der Adelsfamilie aus dem 17. und 18. Jahrhundert eingelassen sind. Zum Abschluss bewirtete der Hausherr seine Gäste mit Kaffee und Kuchen an der selbstgedeckten Tafel.

Die Referendarinnen und Referendare freuten sich sehr über die durchweg interessanten und aufschlussreichen Einblicke und den herzlichen Empfang in allen besuchten Archiven. Ein besonderer Dank gilt allen Gastgeberinnen und Gastgebern, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studienfahrt mit viel Zeit, Engagement und reichlicher Bewirtung willkommen hießen.

Daniela Kraus

Studienfahrt des Referendarkurses nach Berlin

Wie andere Kurse zuvor unternahm auch der Vorbereitungsdienst für die 4. Qualifikationsebene der Bayerischen Archivschule eine Studienfahrt nach Berlin. Zwischen dem schriftlichen und mündlichen Examen besuchten die Referendarinnen und Referendare zusammen mit Dr. Bernhard Grau und Sabine Frauenreuther, beide Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, für drei Tage die Hauptstadt, um einige wichtige archivische Einrichtungen außerhalb Bayerns kennenzulernen.

Den Beginn machte am 14. November 2016 das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, wo Dr. Ingeborg Schnellling-Reini-

cke in Vertretung von Direktor Professor Dr. Jürgen Kloosterhuis dem Referendarkurs knapp die Geschichte des Hauses erläuterte und ihn durch den öffentlichen Bereich und das Magazin führte. Hierbei ging Schnellling-Reinicke vor allem auf die Bauweise, die derzeitige Magazinsituation mit einem Großteil ausgelagerter Archivalien (ca. 28.000 laufende Meter) und die Verpackungs- und Lagerungsmethoden ein. Auch im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz werden ältere Verpackungssysteme wie die preußische „Aktenschürze“ derzeit systematisch von modernen Archivkartons abgelöst.

Am Vormittag des 15. November stand die Besichtigung des Bundesarchivs am Dienstag Berlin-Lichterfelde, der größten Einrichtung des Bundesarchivs, in den früheren „Andrews Barracks“ auf dem Programm, wo die Referendarinnen und Referendare einen Überblick über die komplexe Organisationsstruktur des Bundesarchivs erhielten und ihnen die Abteilungen vor Ort – Deutsches Reich, Deutsche Demokratische Republik und Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR – ihre Bestände vorstellten. Dr. Karsten Christian führte den Referendarkurs darüber hinaus durch den Magazinneubau („Ernst-Posner-Bau“) und erklärte die Bauweise und die einzelnen Funktionsbereiche. Ein bebildeter Artikel über den Besuch der Bayerischen Archivschule ist auch auf der Homepage des Bundesarchivs einsehbar (<https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/meldungen/05234/index.html.de>).

In der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen wurden die Gäste aus Bayern am Nachmittag zunächst von Birgit Salamon, der Leiterin der Abteilung Archivbestände und Kommunikation begrüßt. Anschließend erläuterte Dr. Karsten Jedlitschka die spezielle Problematik und die außergewöhnlichen Aufgabenstellungen, die sich bei der Archivierung der Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ergeben. Insgesamt umfasst das verwahrte Archivgut über 112.000 laufende Meter, wobei sich in der Berliner Zentrale ca. 45.000 Laufmeter befinden. Bei einer Führung durch die Magazinanlage und das Gebäude der Bundesbehörde konnte Jedlitschka eindrucksvoll vorführen, welchen speziellen Anforderungen sich das Archiv gegenüber sieht, beispielsweise durch die manuelle und virtuelle Rekonstruktion von zerrissenen Akten oder durch die Verwahrung von ca. 41 Millionen personenbezogenen Stasi-Karteikarten.

Legationsrat Herbert Karbach führte den Referendarinnen und Referendare am letzten Tag der Berlinfahrt beim Besuch im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes im Magazin besondere Zimelien



Foto: Dr. Bernhard Grau, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

vor, wobei er – zur großen Freude des Archivkurses – von Lukas Herbeck aus dem Anwärterkurs 2012/2015 unterstützt wurde. Das Magazin des Politischen Archivs befindet sich in den Kellergeschossen der alten Reichsbank und weist daher einige Besonderheiten auf wie die Stahlresortüren oder das massive Mauerwerk. Die Klimatisierung und Belüftung der Anlage mit den gut 26 laufenden Kilometern an Unterlagen stellt die Archivare des Auswärtigen Amtes somit vor sehr spezifische Herausforderungen. Auch die Restaurierungswerkstatt konnte besichtigt werden, in der nicht nur beschädigte Archivalien behandelt, sondern auch die Papiersiegel der Bundesrepublik Deutschland für Staatsverträge hergestellt werden. In der abschließenden Diskussion mit Herbert Karbach und seinem Kollegen Dr. Holger Berwinkel wurden vor allem aktuelle archivische Fragen sowie Charakteristika des Politischen Archivs wie zum Beispiel der Ablauf von Aussonderungen bei Dienststellen im Ausland thematisiert.

Den Abschluss des höchst spannenden Programms bildete der Besuch des Landesarchivs Berlin, das sich seit 2001 in einem für Archivzwecke adaptierten denkmalgeschützten Gebäude einer ehemaligen Waffen- und Munitionsfabrik am Eichborndamm befindet. Nach der Begrüßung durch Archivleiter Prof. Dr. Uwe Schaper stellte Bianca Welzing-Bräutigam das Haus und seine Geschichte vor und führte die Gruppe durch die gesamte Einrichtung. Neben den sehr weitläufigen Ausstellungsflächen im Foyer stießen vor allem ein eigener Karten- und Planlesesaal sowie das mit einem klaren Farbkonzept gestaltete Magazin des Landesarchivs auf große Aufmerksamkeit. Wie Welzing-Bräutigam bemerkte, seien die bald nach dem Einzug aufgetretenen Statikprobleme inzwischen behoben.

Teresa Massinger, Susanne Wanninger

Personalia

Ltd. Archivdirektor a.D. Dr. Günther Schuhmann im Alter von 96 Jahren verstorben

Am 10. März 2017 verstarb der langjährige Leiter des Staatsarchivs Nürnberg Leitender Archivdirektor Dr. Günther Schuhmann. Hans August Günther Schuhmann wurde am 27. Mai 1920 als Sohn eines Oberlehrers in Ansbach geboren, wo er auch das Humanistische Gymnasium besuchte, das er 1939 mit dem Abitur abschloss. Daran anschließend besuchte er zunächst die Hochschule für Lehrerbildung in Bayreuth,



Dr. Günther Schuhmann mit Ehefrau und Tochter 2010
(Foto: Staatsarchiv Nürnberg)

bevor er im Januar 1940 das Studium der Geschichte und Philologie in München aufnahm. Wenige Monate später, im Oktober dieses Jahres wurde er zum Militärdienst eingezogen. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft am 17. Mai 1945 nahm er sich zunächst der Neuordnung der Regierungsbibliothek in Ansbach an, bevor er im Januar 1946 sein Studium wiederaufnahm, nun an der Universität Erlangen mit den Fächern Mittelalterliche Geschichte, Historische Hilfswissenschaften, Bibliothekswissenschaft, Mittellatein, Literatur-, Kunst- und Rechtsgeschichte. Günther Schuhmann verfasste seine Doktorarbeit über das Thema: Die Geschichte der Ansbacher Bibliotheken vom Mittelalter bis 1806.

Am 10. Mai 1948 wurde Dr. Schuhmann unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Archivreferendar bei den Staatlichen Archiven Bayerns ernannt. Am 1. Juni 1948 trat er seinen Dienst im Staatsarchiv Nürnberg an. In einem Empfehlungsschreiben des damaligen Leiters des Staatsarchivs Nürnberg, Dr. Fridolin Solleder, vom 4. Dezember 1947 an den Leiter der Generaldirektion der staatlichen Ar-

chive, Dr. Wilhelm Winkler, heißt es unter anderem: „Schuhmann ist dem Staatsarchiv durch seine wiederholten Forschungen seit langem bekannt ... Für die Archivverwaltung entscheidend ist seine rechtshistorische Ausbildung bei Prof. Liermann, seine bibliothekarische Ausbildung bei Prof. Stollreiter und Prof. Redenbacher von der Universitätsbibliothek Erlangen, schließlich seine kunsthistorische Ausbildung bei Prof. Kömstedt. Er ist der einzige Anwärter für den höheren Archivdienst, der gediegene Kenntnisse in der Geschichte der Buchmalerei mitbringt, ein Vorzug, der bei dem Mangel an Kennern unter den deutschen Archivaren und bei dem Reichtum farbiger Handschriften in unseren Archiven nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Er ist weiter der einzige Anwärter, der besondere Studien in Mittellatein getrieben hat und zwar bei Professor Dr. h.c. Schreibmüller, der seinerseits die Tradition und die Schule des berühmten mittelalterlichen Handschriften-Kenners Traube fortsetzt. So kann Schuhmann neue Erkenntnisse in das Archivwesen einbringen ... Ich befürworte seine Einberufung an das Staatsarchiv Nürnberg auch aus dem Grund auf das Wärmste, weil unser Amt wissenschaftliche Hilfskräfte braucht,“ die endlich die restlichen „auswärts verlagerten 50 Möbel- und Lastwagen Schriftgut heranschaffen, die vielen niemals signierten Bestände systematisieren, neu und besser verzeichnen und moderne Repertorien darüber anlegen.“¹ Die theoretische Ausbildung an der Archivschule in München begann erst anderthalb Jahre später und zwar am 30. Januar 1950. Der damalige Generaldirektor der Staatlichen Archive Winkler schrieb an die Dozenten der Archivschule am 13. Dezember 1949: „Auf dringenden Wunsch des Staatsarchivs Nürnberg wird die Einberufung der Archivreferendare Dr. Schuhmann und Dr. Piendl nach München bis zum 30. Januar 1950 verschoben. Der neue Lehrgang der Archivschule beginnt demzufolge nicht wie zuerst angeordnet am Montag, den 9. Januar, sondern am Montag, den 30. Januar 1950“² – heute unvorstellbar.

Nach Ablegung der Staatsprüfung für den höheren Archivdienst wurde Dr. Schuhmann mit Wirkung vom 1. Januar 1952 dem Staatsarchiv Nürnberg zugewiesen. Zunächst wurde er für die Aktenaussonderung bei der Regierung von Mittelfranken eingesetzt,

¹ Die Erlaubnis aus dem Personalakt der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zu zitieren, wurde anlässlich der Laudatio zum 90. Geburtstag des Verstorbenen bei diesem eingeholt.

² Ebd.

weitere Aufgaben kamen hinzu wie die Aufsicht und die Betreuung des bereits damals stark frequentierten Lesesaals, die Archivpflege, Recherchedienst und Verzeichnungsarbeiten. Bereits 1956 erschien in der Reihe der Bayerischen Archivinventare das Stadtarchiv Ansbach. Dr. Schuhmann, selbst Ansbacher, hatte die unter Prof. Solleder begonnene Neuordnung und Verzeichnung des Ansbacher Stadtarchivs überprüft, ergänzt und zu Ende geführt und eine kurze Bestände- und Archivgeschichte dazu verfasst.

1968 wurde Dr. Schuhmann die Stellvertretung der Leitung des Staatsarchivs Nürnberg übertragen, mit Wirkung zum 1. Dezember 1975 erfolgte die Bestellung zum Vorstand des Archivs und zum gleichen Zeitpunkt die Ernennung zum Leitenden Archivdirektor. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende Mai 1985 führte Dr. Schuhmann die Amtsgeschäfte mit großem Engagement und großer Weitsicht.

Nachhaltige Maßnahmen wurden von ihm ergriffen und neue Wege eingeschlagen:

Im Zusammenhang mit dem 100jährigen Jubiläum des Staatsarchivs 1980 hatte das Landbauamt die erforderlichen Mittel bereitgestellt, für die Beseitigung der erheblichen Kriegsschäden am Archivgebäude, so dass im Zuge dieser Maßnahmen die ursprüngliche Architektur wieder zur Geltung kam; im Innern wurden die Wandmalereien aus dem 19. Jahrhundert wieder freigelegt. Der Magazinbau wurde durch den Einbau einer Heizung und energiesparender Doppelfenster modernisiert, die Magazine des Staatsarchivs wurden neu strukturiert, neue Stand-, aber auch Rollregale eingebaut. Dadurch konnten Platzreserven gewonnen werden. Gleichzeitig bemühte sich Dr. Schuhmann um weitere Magazinflächen; 1983 wurde die Festung Lichtenau als Außenstelle für das Staatsarchiv adaptiert. Bei deren Sanierung war man bestrebt, denkmalpflegerische und archivpraktische Gesichtspunkte zugleich zu berücksichtigen.

Dr. Schuhmann setzte während seiner Amtszeit größere Ausstellungen als wesentliches Element archiver Öffentlichkeitsarbeit gezielt ein. So wurde mit der vielgelobten Ausstellung „Markgraf Alexander, Frankens letzter Hohenzollernfürst“ das neu renovierte Gebäude an der Archivstraße gleichsam der Öffentlichkeit übergeben. 1982 folgte die viel beachtete Ausstellung: Gustav Adolf, Wallenstein und der 30jährige Krieg in Franken.

Die große Wertschätzung, die Dr. Schuhmann aus dem Kollegenkreis zuteil wurde, zeigte sich in der Festschrift anlässlich seines 70. Geburtstages – der Großteil der Autoren sind Archivare. Nicht unerwähnt bleiben darf das große Engagement in Gremien und Vereinen, vor allem in und mit dem Historischen

Verein von Mittelfranken. Die enge Verbindung zwischen dem Historischen Verein und dem Staatsarchiv Nürnberg war das große Verdienst Dr. Schuhmanns. Seiner Heimatstadt Ansbach blieb Dr. Schuhmann stets verbunden. Am 2. Juli 1982 wurde er mit dem Kulturpreis der Stadt Ansbach ausgezeichnet. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die zahlreichen fundierten wissenschaftlichen Publikationen vor allem zur fränkischen Geschichte.

Ltd. Archivdirektor a.D. Dr. Günther Schuhmann machte sich um die Staatlichen Archive Bayerns in großem Maße verdient. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wenige Wochen nach dem Tode Dr. Günther Schuhmanns, am 6. April 2017, verstarb dessen einzige Tochter Renate Schuhmann im Alter von 60 Jahren. Seine Ehefrau Erika, geb. Dietzfelbinger, war bereits vor zwei Jahren, am 27. Februar 2015, im Alter von 93 Jahren verstorben.

Margit Ksoll-Marcon

Archivdirektor Dr. Joachim Lauchs verstorben

Dr. Joachim Lauchs, zuletzt Leiter der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verstarb am 20. Februar 2017 im Alter von 73 Jahren. Dr. Joachim Heinrich Ernst Friedrich Lauchs wurde am 18. September 1943 in Bamberg geboren. Die Volksschule und das humanistische Neue Gymnasium besuchte er in Nürnberg. Nach dem Abitur begann er im Wintersemester 1962/63 an der Universität Erlangen-Nürnberg das Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaften, das er im Sommersemester 1965 für einen Aufenthalt an der Universität Göttingen unterbrach, wo er sich neben der Geschichte auch der Theologie widmete. 1970 wurde er mit einer Dissertation über „Bayern und Hessen 1529/1534–1546. Deutsche Fürstenpolitik zwischen Konfession und Libertät“, die von Prof. Dr. Walther Peter Fuchs betreut wurde, an der Universität Erlangen-Nürnberg promoviert. Dafür unternahm er Quellenstudien in den Archiven in München und Marburg. Seit April 1967 war Joachim Lauchs studentische Hilfskraft am Seminar für mittlere und neuere Geschichte bei Prof. Fuchs und arbeitete an der Edition „Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907“ mit.

Nach erfolgreicher Bewerbung für den Archivdienst wurde Dr. Joachim Lauchs zum 1. Oktober 1970 zum Vorbereitungsdienst für den höheren Archivdienst zugelassen; damit verbunden war die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf und die Ernennung zum Archivreferendar. Zum 16. Juli 1973 erfolgte

die Ernennung zum Archivrat z.A. beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe. Dr. Lauchs wurde zunächst den Abteilungen I Ältere Bestände und II Neuere Bestände zugewiesen für die Karten- und Plansammlung und für die Benutzerberatung für Fragestellungen ab 1806. Der Aufgabenzuschnitt verlagerte sich dann ganz auf die neueren Bestände mit der Zuständigkeit für die Ministerialakten des Königreichs und des Freistaates Bayern. Mit Wirkung vom 1. August 1976 wurde Dr. Lauchs zum Archivrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ernannt und mit Wirkung vom 1. Februar 1980 zum Archivober- rat. Seit 1982 war er Vertreter des Abteilungsleiters der Abteilung II Neuere Bestände. 1997 wurde Dr. Lauchs die freigewordene Leiterstellung der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs übertragen. 1999 erfolgte die Er-

vernachlässigen. Dr. Lauchs war eingebunden sowohl in die praktische Ausbildung des gehobenen Archivdienstes damals an der Bayerischen Beamtenfachhochschule als auch in die praktische Ausbildung der Referendarinnen und Referendare der Bayerischen Archivschule, vor allem in die Erschließung modernen Registraturguts und die Bewertung von Unterlagen der Ministerien. Zum 30. September 2008 erfolgte die Versetzung in den Ruhestand.

Archivdirektor Dr. Lauchs zeichnete sich durch Geradlinigkeit, absolute Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft aus. Er verfügte über ein breites historisches und Allgemeinwissen, das auch in geselliger Runde bereichernd war. Unvergessen bleiben wird seinen Kolleginnen und Kollegen sein herzliches, gewinnendes Lachen. Die Staatlichen Archive Bayerns werden Dr. Lauchs ein ehrendes Andenken bewahren.

Margit Ksoll-Marcon



Foto: Klaus Mende, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, 1995

nennung zum Archividirektor. Nachdem ihm zum 1. Februar 2005 die kommissarische Vertretung des Leiters des Bayerischen Hauptstaatsarchivs übertragen worden war, war er seit dem 1. März 2005 ständiger Vertreter des Direktors des Hauptstaatsarchivs. Als Leiter der Abteilung V Nachlässe und Sammlungen galt sein Augenmerk vor allem dem Verbandsschriftgut, ohne dabei jedoch den Bereich der Nachlässe zu

Dr. Reinhard Seitz für sein Lebenswerk ausgezeichnet

Im Oktober 2016 hat die Dr. Eugen-Lidl-Stiftung den früheren Leiter des Staatsarchivs Augsburg, Ltd. Archividirektor a.D. Dr. Reinhard Seitz, in Fellheim (Lkr. Unterallgäu) mit dem Pro-Suebia-Wissenschaftspreis für sein Lebenswerk ausgezeichnet, der mit 10.000 Euro dotiert ist.

Seitz, ein gebürtiger Lauinger, hat in München an der Ludwig-Maximilians-Universität Geschichte, Germanistik, Geographie und Historische Hilfswissenschaften studiert und wurde 1961 mit einer Arbeit über die Ortsnamen im Landkreis Dillingen promoviert. Im Anschluss besuchte er von 1961 bis 1964 als Archivreferendar die Bayerische Archivschule in München. Dr. Seitz begann seine Berufslaufbahn im Staatsarchiv Amberg, das er seit 1973 leitete. 1976 wechselte er als Leiter an das Staatsarchiv Neuburg, das 1989 in einen Neubau nach Augsburg umzog. Seit 1977 Mitglied der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, legte Dr. Reinhard Seitz teils vor, teils nach seiner Pensionierung im Jahr 1999 zahlreiche Monografien und Aufsätze zu weitgestreuten Themen der Geschichte Schwabens vor.

In der Laudatio heißt es: „Reinhard Seitz hat mit seinen Leistungen als Archivar, mit seinen Arbeiten als Historiker in der schwäbischen Geschichtsforschung wichtige Akzente gesetzt. Die Bandbreite reicht von der Siedlungs- und Stadtgeschichte über Herrschafts-, Bau- und Kunstgeschichte bis zur Kirchengeschichte. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass regionale Geschichte als verbindendes Element in einem vielschichtigen Raum zur Wirkung

kommt“ (www.augsburger-allgemeine.de/neuburg, 14.10.2016).

Wir gratulieren unserem pensionierten Kollegen herzlich zu der ehrenvollen Auszeichnung!

Christian Kruse

Direktor des Hauptstaatsarchivs neues Mitglied der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

In ihrer Jahreshauptversammlung im Oktober 2016 wählten die Mitglieder der Kommission für Bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Dr. Gerhard Hetzer, Direktor des Hauptstaatsarchivs, in seiner Funktion als Vorsitzenden der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft zu ihrem neuen Mitglied. Damit sind die Staatlichen Archive Bayerns durch Prof. Dr. Franz Machilek, Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Prof. Dr. Joachim Wild, Dr. Gerhard Hetzer, Dr. Gerhard Immler und Dr. Margit Ksoll-Marcon in der Kommission vertreten.

Margit Ksoll-Marcon

Neuwahl des Vorstands der Societas Amicorum im Staatsarchiv Augsburg

Am 13. Oktober 2016 wurde nach vier Jahren der Vorstand der Societas Amicorum – des Freundeskreises des Staatsarchivs Augsburg – wieder neu gewählt.

Dr. Thomas Engelke, Amtsvorstand des Staatsarchivs Augsburg, bedauerte den Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Professor Dr. Karl Filser sehr und hob die seit 2010 durchgeführten Quellengespräche hervor. Unter allgemeinem Applaus überreichte Dr. Engelke Herrn Professor Filser mit herzlichem Dank ein Präsent.

Im Anschluss daran stellte Dr. Engelke Professor Dr. Marita Krauss vor, die sich bereit erklärt hatte, den Vorsitz des Vereines zu übernehmen. Nach Ausbildung an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München mit Habilitation im Jahr 1995 waren die Wirkungsorte LMU in München sowie die Universitäten in Bremen und Wien. Im Jahr 2008 wurde sie auf den Lehrstuhl

für Bayerische Landesgeschichte an der Universität Augsburg berufen. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. Migrationsforschung, Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern, Aufbau des Sudetendeutschen Museums in München, Kommerzienräte und Regierungspräsidenten.

In der anschließenden Wahl wurden alle Mitglieder des Vorstands jeweils ohne Gegenstimme gewählt. Mit Frau Professor Krauss als Lehrstuhlinhaberin steht nun wieder ein hochrangiges Mitglied der Universität Augsburg an der Spitze des Freundeskreises.

Frau Professor Krauss betonte mit einem Dank an das Staatsarchiv Augsburg die fruchtbare Nähe zwischen Universität Augsburg und Staatsarchiv Augsburg. Sie fühlt sich als langjähriges Freundeskreismitglied dem Staatsarchiv Augsburg über viele landesgeschichtliche und regionalgeschichtliche Forschungen, bei denen eine neue „Archivphantasie“ entwickelt werden konnte, sehr verbunden. Beispielsweise standen bei der Integration der Vertriebenen in Bayern nach 1945 damals die Ängste der Ankommenden sowie die Ängste der bereits Hier-Wohnenden im Vordergrund, was durch Interview-Projekte (auch durch tschechische Interviews) deutlich wurde. An weiteren Projekten nannte Frau Professor Krauss „Erinnerungskultur und Lebensläufe“. Außerdem wies sie auf den „Vorstand Wissenschaftszentrum Umwelt“ mit einem „Lehrstuhl für Ressourcenstrategie“ hin, bei dem versucht wird, die Umwelt vor Ort zu entdecken.

Günter Steiner



V.l.n.r.: Schriftführer Günter Steiner, Kassierer Bernhard Stadler, Vorsitzende Professor Dr. Marita Krauss, 2. Stellvertreter der Vorsitzenden Manfred Wegele
(Foto: Rainer Jedlitschka M.A., Staatsarchiv Augsburg)

Neue Veröffentlichungen

Ministerratsprotokolle

Das Kabinett Hoffmann II. Teil 1: 31. Mai – 1. September 1919, bearb. von Wolfgang Ehberger unter Mitarbeit von Matthias Bischel (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1919–1945, hrsg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und dem Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München), München 2017, ISBN 978-3-7696-6685-4, XVII+81*+453 S.

Das Kabinett Ehard III, 18. Dezember 1950 bis 14. Dezember 1954. 2. Teilband: 8. Januar – 30. Dezember 1952, bearb. von Oliver Braun (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bd. 5/2), München 2017, ISBN 978-3-11-035003-6, XCVII+1054 S.

Ausstellungskataloge

VERBÜNDET. Bayern und Bulgarien im Ersten Weltkrieg. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Staatsagentur „Archive“ Bulgariens. München, 7. März – 18. April 2017. Konzeption und Bearbeitung: Gerhard Hetzer in Zusammenarbeit mit Martina Haggenmüller, Reinhard Kirner, Georgi Markov, Maria Stehr, Saška Žečeva (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 58), München 2017, ISBN 978-3-938831-64-9, ca. 180 S., zahlr. Abb. Es ist auch ein Ausstellungskatalog in bulgarischer Sprache erschienen.

1914–1918. Der Krieg und die Frauen. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, 24. Januar – 24. März 2017. Konzeption und Bearbeitung: Elisabeth Weinberger, Ulrike Hofmann (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 53), München 2017, ISBN 978-3-938831-63-2, 28 S., einige SW-Abb.

Geborgene Schätze. Ausgewählte Neuerwerbungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, 11. Mai – 30. Juni 2017. Konzeption und Bearbeitung: Bernhard Grau, Johannes Moosdiele-Hitzler (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 54), München 2017, ISBN 978-3-938831-77-9, 76 S., zahlr. SW-Abb.

1517. Die Welt der Pflege Coburg vor 500 Jahren. Eine Ausstellung des Staatsarchivs Coburg in Kooperation mit dem Coburger Designforum Oberfranken e.V., 1. Juni – 5. November 2017. Konzeption und Bearbeitung: Johannes Haslauer, Alexander Wolz (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 55), München 2017, ISBN 978-3-938831-78-6, 44 S., zahlr. SW-Abb.

Hinweise

Das Kriegsgefangenenlager Amberg-Kümmersbruck im Ersten Weltkrieg. Eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Amberg, dem Stadtarchiv Amberg, der Gemeinde Kümmersbruck und dem Bergbau- und Industriemuseum Kultur-Schloss Theuern, 2. April – 9. Juli 2017. Redaktion: Maria Rita Sagstetter u.a. (Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern, Kultur-Schloss Theuern 56), Kümmersbruck 2017, ISBN 978-3-925690-31-0, 228 S., Abb.

200 Jahre Regierung von Unterfranken 1817–2017. Von den Anfängen bis heute. Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung, hrsg. von der Regierung von Unterfranken (Redaktion: Johannes Hardenacke, Kathleen Regan), Würzburg 2017.

Bewertungsempfehlungen der Arbeitsgruppe „Archivische Bewertung“ der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchive vom 17.3.2017, online veröffentlicht unter www.kommunalarchive-bayern.de/3358.html

Vorankündigung:

Original!

Pracht und Vielfalt
aus den Staatlichen
Archiven Bayerns

**11. Oktober
– 5. Dezember
2017**

Eine Ausstellung im
Bayerischen Hauptstaatsarchiv
München, Ludwigstraße 14
Sonntag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr
Eintritt frei

Geschlossen am
31. Oktober und 1. November

*Original des Urkundenbuchs
König Carl: Me. Ferdinands II.
König Maximilian in Wien
aus der Reichslegation
wider die Kaiserliche Reichslegation
unter Weiller in Wien, am
17. April 1617. Darin Land
König in der Reichslegation
König Carl: Me. Ferdinands II.
König Maximilian in Wien
aus der Reichslegation
wider die Kaiserliche Reichslegation
unter Weiller in Wien, am
17. April 1617.*

11. Oktober 2017



www.staatliche-archiv.bayern.de

Impressum

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
80501 München • Postfach 22 11 52 • Tel. (089) 28638-2482 • Fax (089) 28638-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Umschlag, Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Umschlag Vorderseite: Spatenstich in Bamberg s. S. 6 (Foto: Reinhold Schäffer, Staatsarchiv Bamberg)
Rückseite: Staatsarchiv Augsburg, Hochstift Augsburg, Münchner Bestand 36a, s. S. 61

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Helmut Demattio M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Josefine Echensperger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Thomas Engelke M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Prof. Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Nürnberg). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Joachim Glasner (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Sarah Hadry M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Karin Hagendorn (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Martina Haggemüller M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Haslauer M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Ingrid Heeg-Engelhart (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Hannah Hien M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Julian Holzapfl M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Gerhard Immler (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Claudia Kalesse M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Hans Kaltenbrunner (Staatsarchiv Nürnberg). – Christine Kofer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Daniela Kraus M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Jens Martin M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Teresa Massinger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Johannes Moosdieler-Hitzler M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Andreas Nestl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Thomas Paringer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Johann Pörnbacher M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Michael Puchta M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Patrick Rieblinger B.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Martin Rüdth (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Sebastian Sattler M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Julian Sauer M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Mag. Dr. Laura Scherr (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Andrea Schiermeier (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Thomas Steck (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Günter Steiner (Staatsarchiv Augsburg). – Johannes Stoiber (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Susanne Wanninger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Heinz-Jürgen Weber (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Elisabeth Weinberger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Alexander Wolz M.A. (Staatsarchiv Coburg).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Grafik und Druck GmbH Peter Pöllinger, Landsberger Str. 318a, 80687 München

Mit der Annahme eines Beitrags zur Veröffentlichung erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Verlag, Herausgeber und Redaktion alle ausschließlichen Vertragsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung des Beitrags in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online und offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version des Beitrags erwirbt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ohne zeitliche Begrenzung.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Übersetzung in andere Sprachen, die Auswertung der Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck von Beiträgen bleiben vorbehalten. Es bedarf in jedem Einzelfall der vorherigen Zustimmung der Redaktion.



Mittlerer
Markt
Bogen der
Ludwig Markt
Bogen der
Fischer



Abend
der Fischer
der Fischer



Abend
der Fischer
der Fischer

Mittlerer
Markt
Bogen der
Ludwig Markt
Bogen der
Fischer